

# Protokoll

30. Parteitag der CDU Deutschlands

26. Februar 2018, Berlin



# Protokoll

**30. Parteitag der CDU Deutschlands  
26. Februar 2018, Berlin**



## Inhalt

	Seite
Eröffnung und Ehrung der Verstorbenen, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlussfassung über die Tagesordnung	10
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Mandatsprüfungskommission	11
Wahl der Stimmzählkommission	12
Vorlage des Rechenschaftsberichts 2015 gem. § 23 Abs. 2 PartG	12
Grußworte:	
■ Professor Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien	12
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Einführung in den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB	15
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden und Aussprache zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB	31
Bericht der Mandatsprüfungskommission	89
Beschlussfassung über den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD	89
Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands	90
Anträge: Beratung und Beschlussfassung	97
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB	100
<b>ANHANG</b>	
Beschlussprotokoll	102
Rednerverzeichnis	110



**Montag, 26. Februar 2018**

**Plenarsitzung**

(Beginn: 10.48 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung, Begrüßung und Ehrung der Verstorbenen

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 30. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und begrüße Sie alle sehr herzlich hier in Berlin. Mein erster Gruß gilt natürlich zuerst Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. Herzlich willkommen in Berlin, an einem spannenden Veranstaltungsort! Vielen Dank an die Geschäftsführung der STATION Berlin für die sehr guten Arbeitsbedingungen und die kollegiale Vorbereitung des 30. Parteitages. Stellvertretend für die Geschäftsführung der STATION Berlin möchte ich Frau Anita Tillmann begrüßen. Schön, dass Sie bei uns sind!

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich die gastgebende Landesvorsitzende der CDU Berlin und Staatsministerin für Kultur und Medien, Frau Professor Monika Grütters.

(Beifall)

Gerade eben haben wir eine beeindruckende ökumenische Andacht erlebt. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei dem Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälat Dr. Martin Dutzmann, sowie bei dem Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Prälat Dr. Karl Jüsten, bedanken, ebenso auch bei den Bläsern.

(Beifall)

Sehr herzlich begrüße ich auch den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten in Nordrhein-Westfalen, Herrn Professor Dr. Dr. Thomas Sternberg, sowie den Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Herrn Aiman Mazyek. Schön, dass Sie bei uns sind!

(Beifall)

Zahlreiche Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden werden unseren Parteitag begleiten. Stellvertretend möchte ich ganz herzlich den Vorsitzenden der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Herrn Frank Bsirske, begrüßen.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen auch dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Steffen Kampeter, dem Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Herrn Holger Schwannecke, sowie dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Herrn Dr. Martin Wansleben. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich freue mich, dass der Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschlands – einer, der uns immer kritisch begleitet – Herr Reiner Holznagel, erneut Gast auf unserem Parteitag ist. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Des Weiteren begrüße ich den Bundesvorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Herrn André Schulz, den Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Herrn Rainer Wendt, und den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Herrn Oberstleutnant André Wüstner. Auch Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich freue mich, dass der ehemalige Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Professor Kurt Biedenkopf, gemeinsam mit seiner Ehefrau Ingrid an unserem Parteitag teilnimmt. Lieber Kurt, liebe Ingrid, herzlich willkommen!

(Beifall)

Ebenfalls begrüßen möchte ich die Witwe unseres ehemaligen Vorsitzenden Rainer Barzel, Frau Ute Barzel. Schön, dass Sie unser Gast sind!

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen unserem Freund Günter-Helge Strickstrack, Teilnehmer an allen Parteitagen, die die CDU je veranstaltet hatte, also 30, und Herrn Heinz Schwarz. Schön, dass Sie da sind!

(Anhaltender Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ich hoffe, Sie können von unserem Parteitag viel Interessantes und hoffentlich auch viel Gutes berichten.

Liebe Freundinnen und Freunde, unser Parteitag hier in Berlin ist ein wichtiger Parteitag. Dieser Parteitag hat einen klaren Auftrag: Wir wollen heute unseren Beitrag zur Bildung einer stabilen und handlungsfähigen Bundesregierung leisten. Die Erwartungshaltung der übergroßen Mehr-



heit der Menschen in unserem Land, aber auch weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, ist klar. Und wir wollen wichtige Weichen für unsere Partei stellen, personell mit der Wahl einer neuen Generalsekretärin, inhaltlich mit einem ersten Schritt hin auf dem Weg zu einer programmatischen Selbstvergewisserung und Erneuerung. Ich wünsche uns hierfür gute Beratungen und einen zuversichtlichen und engagierten Blick auf all die Aufgaben, die vor uns liegen.

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitags jener gedenken, die seit dem 29. Parteitag im Dezember 2016 von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Von den vielen, die uns verlassen haben, möchte ich stellvertretend Professor Dr. Dr. Johannes Tietmeyer, nennen, geboren am 18. August 1931, gestorben am 27. Dezember 2016. Er war seit 1961 Mitglied der CDU. Von 1982 bis 1989 war Professor Dr. Dr. Johannes Tietmeyer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Er war von 1993 bis 1999 Präsident der Deutschen Bundesbank.

Ich denke an Professor Dr. Roman Herzog, geboren am 5. April 1934, gestorben am 10. Januar 2017. Er gehörte seit 1970 der CDU an. Professor Roman Herzog war von 1973 bis 1978 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz, von 1978 bis 1983 Minister in Baden-Württemberg. Während der gleichen Zeit war er Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises. Von 1973 bis 1991 war er ordentliches Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands. Von 1987 bis 1994 war er Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland bekleidete er von 1994 bis 1999.

Ich denke an Helmut Kohl, geboren am 3. April 1930, gestorben am 16. Juni 2017. Er gehörte seit 1947 der CDU an. Helmut Kohl war Mitbegründer der Jungen Union in Rheinland-Pfalz, Kreisvorsitzender der CDU in Ludwigshafen, Fraktionsvorsitzender des dortigen Stadtrats, Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Pfalz, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Landesvorsitzender der CDU-Rheinland-Pfalz. Von 1969 bis 1976 bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz. Er war Vorsitzender der CDU/CSU-Bundtagsfraktion und von 1982 bis 1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Helmut Kohl war von 1973 bis 1998 Vorsitzender der CDU Deutschlands und ist Ehrenbürger Europas. Helmut Kohl hat sich bereits zu Lebzeiten mit der deutschen Einheit, seinem unermüdlichen Einsatz für ein friedliches Europa ein Denkmal gesetzt. Er hat sich um unser Land und um unsere Partei verdient gemacht. Wir haben mit ihm einen großen Staatsmann, einen leidenschaftlichen Demokraten, einen wahren Patrioten, einen überzeugten Europäer und einen beeindruckenden Menschen verloren.

Ich denke an Dr. Axel Bernstein, geboren am 27. Juli 1974, gestorben am 24. August 2017. Axel Bernstein war seit 1993 Mitglied der CDU, von 1997 bis 2002 Vorsitzender der Jungen Union im

Kreisverband Segeberg, von 2005 bis 2017 Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Wahlstedt. Axel Bernstein war von 2005 bis 2017 Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein und von 2015 bis 2016 Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Ich nenne Monika Brunert-Jetter, geboren am 17. November 1955, gestorben am 6. September 2017. Sie war seit 1974 Mitglied der CDU, von 1988 bis 2000 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Meschede, von 1989 bis 2004 Mitglied des Rates der Stadt Meschede. Sie gehörte von 1995 bis 2012 dem Landtag in Nordrhein-Westfalen an. Monika Brunert-Jetter war von 1997 bis 2011 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes Südwestfalen und Mitglied im Vorstand des CDU-Landesverbandes NRW.

Ich denke an Dr. Heiner Geißler, geboren am 3. März 1930, gestorben am 11. September 2017. Er gehörte seit 1953 der CDU an. Von 1966 bis 1967 war er der erste gemeinsame Vorsitzende der damaligen vier Landesverbände der Jungen Union in Baden-Württemberg, aus denen sich auf sein maßgebliches Betreiben hin der heutige JU-Landesverband bildete. Von 1965 bis 1967 und von 1980 bis 2002 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1971 bis 1977 Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz. Landesminister in Rheinland-Pfalz war er von 1967 bis 1977, Bundesminister von 1982 bis 1985. Im Präsidium und Vorstand der CDU Deutschlands war er Mitglied von 1989 bis 2000. Dr. Heiner Geißler war der bis heute am längsten amtierende Generalsekretär der CDU Deutschlands. Er bekleidete dieses Amt von 1977 bis 1989, und er war nicht nur in dieser Funktion eine wichtige christdemokratische Stimme in programmatischen und gesellschaftlichen Debatten.

Wir trauern um Petra Wernicke, geboren am 2. März 1953, gestorben am 14. September 2017. Sie war seit 1990 Mitglied der CDU, von 1990 bis 1998 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Landesverbandes von Sachsen-Anhalt und von 1990 bis 2011 Mitglied des Landtages in Sachsen-Anhalt. Von 1991 bis 1994 war sie Ministerin für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen in Sachsen-Anhalt, und von 2002 bis 2009 bekleidete sie das Amt der Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt.

Ich erinnere an Herbert Helmrich, geboren am 1. Januar 1934, gestorben am 24. Oktober 2017. Er gehörte seit 1967 der CDU an, war von 1976 bis 1992 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1992 bis 1994 war er Minister für Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, und von 1994 bis 2002 war er Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Ich möchte Stephan Lechner nennen, geboren am 8. Juli 1956, gestorben am 8. November 2017. Er war Mitglied der CDU seit 1990. Von 1990 bis 1994 und 1999 bis 2009 war Stephan Lechner Mitglied im Rat der Stadt Görlitz und von 2005 bis 2017 Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen.

Wir erinnern an Gunnar Uldall, geboren am 17. November 1940, gestorben am 14. November 2017. Er war seit 1962 Mitglied der CDU. Von 1966 bis 1983 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an. Er war von 1980 bis zum Jahr 2000 Schatzmeister des CDU-Landesverbandes Hamburg, von 1983 bis 2001 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2001 bis 2008 war er Senator für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg und seit 2015 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU Hamburg.

Ich denke an Philipp Jenninger, geboren am 10. Juni 1932, gestorben am 4. Januar 2018. Er gehörte seit 1955 der CDU an. Dr. Philipp Jenninger war von 1969 bis 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1973 bis 1982 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 1982 bis 1984 Staatsminister im Bundeskanzleramt. Von 1984 bis 1988 bekleidete er das Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages, und von 1991 bis 1995 wirkte er als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Österreich, 1995 bis 1997 in gleicher Funktion beim Heiligen Stuhl in Rom.

Wir gedenken Verena Butalikakis, geboren am 26. März 1955, gestorben am 8. Februar 2018. Sie war seit 1978 Mitglied der CDU. Verena Butalikakis gehörte von 1987 bis 1992 der Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg an und bekleidete von 1990 bis 1992 den stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitz der Bezirksverordnetenversammlung. Seit 1996 war sie stellvertretende Vorsitzende der KPV des Landesverbandes Berlin. Sie gehörte von 2000 bis 2002 dem Abgeordnetenhaus von Berlin an, und von 2002 bis 2005 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2002 bis 2003 war sie amtierende Generalsekretärin des Landesverbandes Berlin.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Schweigeminute. – Herzlichen Dank.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

#### Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen. Die Abstimmung dazu erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte. Wer für dieses Tagungspräsidium ist, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Tagungspräsidium so angenommen.

Ich bitte jetzt die gewählten Mitglieder, auf der Bühne Platz zu nehmen, und übergebe zur Fortführung der Tagungsgeschäfte das Wort an die Tagungspräsidentin, die Landesvorsitzende der CDU Berlin, Frau Monika Grütters.

(Beifall)

**Monika Grütters**, Tagungspräsidium: Auch ich darf ganz herzlich die Delegierten und Gäste begrüßen und im Namen des Tagungspräsidiums danken, dass Sie uns die Verantwortung für den Ablauf des 30. Parteitags der CDU hier in Berlin übertragen haben.

Ich bitte nun um Aufmerksamkeit für einige Bemerkungen zum organisatorischen und zeitlichen Ablauf.

Für die Aussprache und bei Wortmeldung zu Anträgen bitte ich Sie, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite hier vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldezettel entgegennimmt. Bitte füllen Sie diese vollständig aus, also mit Namen, Thema und Antragsnummer, und geben Sie bitte an, welches der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie benutzen wollen.

Gemäß § 6 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge, also sogenannte Initiativanträge, von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann geben Sie diesen im Büro der Antragskommission ab. Das ist in Halle 7.1. Der Weg dorthin ist ausgeschildert.

Ich schlage vor, den Antragsschluss für Initiativanträge auf 11.45 Uhr festzusetzen. Die Antragskommission wird sich gegen 13 Uhr zu ihrer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission – das ist ebenfalls in der Halle 7.1 – zusammenfinden. Das Tagungspräsidium wird rechtzeitig auf den Beginn dieser Sitzung hinweisen.

Ich weise außerdem ausdrücklich darauf hin, dass für den Koalitionsvertrag keine Möglichkeit von abändernden Initiativanträgen besteht.

Wer diesen Vorschlägen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann verfahren wir so.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

#### Beschlussfassung über die Tagesordnung

Meine Damen und Herren, bevor wir nun die Tagesordnung beschließen, bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für ein paar kurze, aber wichtige Hinweise.

Normalerweise nimmt ein zweitägiger Parteitag unterschiedliche Berichte zur Kenntnis oder fasst über sie Beschluss. Das sind der Bericht der Bundesgeschäftsstelle, der Bericht über den Vollzug der Beschlüsse des letzten Parteitags, der Bericht zur politischen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Bericht der Rechnungsprüfer, die Berichte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, der Bericht des Bundeschatzmeisters und der Rechenschaftsbericht.

Liebe Freunde, wie Sie wissen, ist dieser Parteitag aus bekannten Gründen auf einen Tag begrenzt. Der Parteitag im Dezember dagegen wird wieder an zwei Tagen stattfinden. Deshalb schlagen wir Ihnen mit Blick auf die heute nur begrenzt zur Verfügung stehende Zeit vor, die Vorstellung der genannten Berichte auf den Parteitag im Dezember zu verschieben.

Die Ausnahme bildet der aktuelle Rechenschaftsbericht, der heute zwingend vorgelegt werden muss; das verlangt das Parteiengesetz von uns. Aus diesem Grund weist unsere vorläufige Tagesordnung, die wir gleich beschließen, unter Tagesordnungspunkt 4 die Vorlage des Rechenschaftsberichts 2015 aus. Ich komme bei diesem Tagesordnungspunkt auf den Rechenschaftsbericht zurück.

Jetzt aber zur Abstimmung über unseren Vorschlag. Wer zustimmt, die vorgenannten Berichte mit Ausnahme des Rechenschaftsberichts 2015 auf dem nächsten Parteitag, also im Dezember, zu behandeln, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war einstimmig. Ich danke Ihnen.

Dann komme ich jetzt zur Beschlussfassung über die Tagesordnung. Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen zugesandt. Ich bitte zu beachten, dass Ihnen am 19. Februar 2018 eine ergänzte vorläufige Tagesordnung mit dem Tagesordnungspunkt „Wahl des Generalsekretärs“ – ich darf ergänzen: der Generalsekretärin – „der CDU Deutschland“ zugeschickt wurde. Diese zugesandte Tagesordnung liegt Ihnen heute in den Tagungsunterlagen nochmals vor. Die Tagungsfolge finden Sie ebenfalls in Ihren Tagungsunterlagen. Wenn Sie mit der Tagesordnung und der Tagungsfolge einverstanden sind, bitte ich Sie erneut um Ihr Kartenzeichen. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltung? – Somit sind also auch Tagesordnung und Tagungsfolge für unseren jetzigen, 30. Parteitag beschlossen.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

#### Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Eine Namensliste finden Sie in Ihren Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen wollen, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. Wer ist für die dort vorgeschlagene Antragskommission? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Antragskommission durch den Parteitag bestätigt.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

#### Wahl der Mandatsprüfungskommission

Der Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission befindet sich ebenfalls in Ihren Unterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, bitte ich Sie auch dafür um Ihr Kartenzeichen. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission

werden gebeten, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden am Tisch auf der von mir aus gesehenen rechten Seite vor der Bühne zur Abgabe der Wortmeldung einzufinden.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

#### Wahl der Stimmzählkommission

Auch in diesem Jahr haben sich erfreulicherweise sehr viele Damen und Herren bereit erklärt, in der Stimmzählkommission mitzuarbeiten. Die Namen der vorgeschlagenen Personen können Sie Ihren Unterlagen entnehmen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag ebenfalls durch Kartenzeichen zu unterstützen. Wer ist dafür? – Sehr schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das war einstimmig. Ich danke Ihnen für diese Bestätigung. Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung in der Halle 7.2. Bitte beachten Sie die entsprechende Ausschilderung.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

#### Vorlage des Rechenschaftsberichts 2015 gemäß § 23 Absatz 2 PartG

Wie schon angekündigt, kommen wir nun zur Vorlage des Rechenschaftsberichts für das Jahr 2015. Dieser wurde an Ihren Plätzen ausgelegt. Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich sehe: Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich. Damit haben wir den Rechenschaftsbericht 2015 zur Kenntnis genommen.

Ich übergebe das Tagungspräsidium jetzt an Michael Kretschmer.

**Michael Kretschmer**, Tagungspräsidium: Frau Vorsitzende, vielen Dank. – Zunächst einmal einen herzlichen Glückwunsch an ein Geburtstagskind: Wir alle gratulieren Dr. Martin Plum aus Nordrhein-Westfalen zu seinem 36. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

#### Grußworte

Ich gebe das Wort an die Vorsitzende der CDU Berlin und unsere Staatsministerin für Kultur und Medien, Frau Professor Monika Grütters.

(Beifall)

**Prof. Monika Grütters**: Sehr verehrte Frau Bundesvorsitzende, liebe Angela Merkel! Sehr geehrte Ministerpräsidenten! Exzellenzen und Abgeordnete! Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer! Lieber Peter Tauber, dem wir von hier aus noch einmal gute Besserung wünschen!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde: 3,7 Millionen Einwohner, 1 500 Dönerläden – also mehr als Istanbul –, 190 Nationalitäten, 175 Museen – das sind mehr als Berlin Regentage hat –, 140 Theater, zwölf Großstädte – wir nennen sie Bezirke –, drei Opernhäuser, zwei Zoos und – immer noch – ein Flughafen, der Tegel heißt.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist Berlin in ein paar Zahlen. Manches hier mag dem Nichtberliner fremd vorkommen – zum Beispiel das Kultivieren schlechter Laune als Berliner Schnauze oder Straßencafés, in denen nicht nur Englisch gesprochen wird, sondern in denen eine Tasse Kaffee mit Zigarette und Wodka auf der Karte steht, und zwar als Frühstückskreation namens „Parkbank“.

Wenn aber Heimat der Ort der Geburt, der Ort prägender Erfahrungen ist, liebe Freundinnen und Freunde, dann darf ich Sie alle heute in meiner echten christdemokratischen Heimatstadt Berlin willkommen heißen.

(Beifall)

Hier in Berlin wurde unsere Partei 1945 gegründet. Keine zwei Monate nach Ende des Zweiten Weltkriegs riefen die Unterzeichner des Gründungsaufrufs „die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung“ und appellierten, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Einer der Unterzeichner war Walther Schreiber, dessen Name nicht nur einen Berliner U-Bahnhof, sondern auch unsere Partei schmückt; denn er steht für Haltung, für jene Haltung, mit der die CDU einst den Wiederaufbau Deutschlands vorangetrieben hat. Als die SPD hier in Berlin nach der Wahl 1950 ihre Mehrheit verlor, kam es im Abgeordnetenhaus zu einer Kampfabstimmung zwischen dem Bürgermeisterkandidaten der SPD, Ernst Reuter, und Walther Schreiber. Sie endete im Patt. Um nicht das Los entscheiden lassen zu müssen, wie es die neue Berliner Verfassung vorsah, verzichtete der CDU-Landesvorsitzende zu Reuters Gunsten. Er wurde in einer Allparteienkoalition sein Stellvertreter und drei Jahre später, nach dem plötzlichen Tod Ernst Reuters, in einer Kampfabstimmung doch noch zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Diese Episode aus der Geschichte der Berliner CDU zeigt zum einen, dass die Geschichte der großen CDU-Regierungsoberhäupter in Berlin nicht erst mit Richard von Weizsäcker begonnen hat. Ich verspreche Ihnen: Sie wird auch nicht mit Eberhard Diepgen enden.

(Beifall)

Zum anderen zeigt der Blick in unsere Vergangenheit, was unsere Partei, die CDU, auch heute noch auszeichnet: Handeln aus Verantwortung für das Land und für die Menschen. Mit dieser Haltung haben wir auch den jetzigen Koalitionsvertrag verhandelt. Mit dieser Haltung gehen wir hoffentlich in eine neue Große Koalition. Ich hoffe es, weil Deutschland gerade in diesen weltpolitisch schwierigen Zeiten vernünftige, verantwortungsvolle und verlässliche Führung braucht. Dafür steht Angela Merkel. Ich hoffe es, weil die Bürgerinnen und Bürger zu Recht

erwarten, dass die politisch Verantwortlichen handeln, wo es Sorgen und Nöte gibt, und zwar mit Augenmaß und Tatkraft. Dafür steht die CDU. Ich hoffe es nicht zuletzt auch für Berlin, liebe Freundinnen und Freunde. Der Koalitionsvertrag sieht zum Beispiel insgesamt fünf Milliarden Euro für moderne, besser ausgestattete Schulen vor, außerdem zwei Milliarden für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Das ist ein Segen für Berlin, das über viele Jahre bildungspolitisch von Rot-Rot heruntergewirtschaftet wurde und dessen Familien mehr verdienen als das ideen- und ambitionslose Gewürge der rot-rot-grünen Landesregierung.

(Beifall)

Denn mit seiner vielfältigen Kunst- und Kulturszene, mit seinem reichen kulturellen Angebot ist Berlin zweifellos Aushängeschild eines weltoffenen Deutschlands, nicht nur zu Zeiten der Berlinale, die unsere Hauptstadt erst in den vergangenen Wochen mit einer halben Million Besucher wieder in einen Filmrausch versetzt hat. Nein, Berlin ist Heimat der Vielfalt, eine Metropole, die die klügsten und kreativsten Köpfe aus der ganzen Welt, der Wissenschaft und der Kultur – auch aus der Subkultur – und damit Innovationskraft aus aller Welt nach Deutschland lockt. Da frage ich mich manchmal: Was kann einer Stadt, einem Land Besseres passieren, gibt es ein schöneres Kompliment als die Sehnsucht so vieler junger Menschen aus der ganzen Welt, genau hier leben und arbeiten zu wollen?

Umso bitterer, dass eine Stadt, die vor allem dank des Engagements des Bundes kulturell so viel zu bieten hat, politisch derart kleingeistig, ideenlos und unter Wert regiert wird.

(Beifall)

Ob Bildung, ob Wohnen, ob Verkehr oder Wirtschaft, Menschen, die Probleme anpacken wollen, werden hier – ich zitiere aus einem aktuellen Leitartikel der „FAZ“ – zuverlässig eher behindert als gefördert. Es wird also Zeit, die Hauptstadt auch politisch zu einer würdigen Visitenkarte Deutschlands zu machen. Berlin braucht bürgerliche Politik.

(Beifall)

Die Wahlerfolge der CDU im vergangenen Jahr im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen sind uns Berlinern dafür Ansporn und Ermutigung. Liebe Annegret, lieber Daniel Günther, lieber Armin Laschet, Ihr steht für eine Politik, die nah dran ist am Alltag der Menschen und die Zusammenhalt stiftet über alle Unterschiede hinweg. Ihr seid Vorbilder für erfolgreiche christdemokratische Politik, wie sie auch Berlin braucht. Ich bin zuversichtlich, dass wir als Volkspartei der Mitte auch in Berlin genügend Wählerinnen und Wähler mobilisieren können, um Rot-Rot-Grün abzuwählen.

(Beifall)



Ein letzter Gedanke. Schließlich hat Berlin, hat die CDU, liebe Freundinnen und Freunde, schon zu Veränderungen ganz anderer Dimension beigetragen. Daran erinnert uns ein ganz besonderer Tag in diesem Februar 2018. Eben erst, am 5. Februar, lag der Fall der Berliner Mauer genauso lange zurück, wie zuvor die Grenze Berlin, Deutschland und die Welt geteilt hatte, nämlich 28 Jahre, zwei Monate und 27 Tage. Die Einheit der Nation und die Einheit Europas, für die wir Christdemokratinnen und Christdemokraten seit unserer Parteigründung eingetreten sind und für die nicht zuletzt der Name Helmut Kohl steht, haben sich damit als beständiger erwiesen als eine steinerne Mauer und ein eiserner Vorhang.

(Beifall)

Ja, Berlin ist die Stadt, deren Gesicht die Spuren historischer Veränderungen trägt und deren Geschichte von der mauerüberwindenden Sehnsucht nach Freiheit erzählt. In einer solchen Stadt ist die CDU als Partei der Freiheit in Verantwortung sehr gut aufgehoben. In diesem Sinne noch einmal ein herzliches Willkommen in Berlin, liebe Freundinnen und Freunde. Mögen der erfolgreiche Wandel Berlins und der christdemokratische Anteil daran uns beim Aufbruch in weitere erfolgreiche Regierungsjahre auf Bundesebene inspirieren. – Vielen Dank.

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Monika Grütters, für dein Grußwort. Viel Erfolg auch der Berliner CDU bei eurer Arbeit. Das Land Berlin hat wirklich eine bessere Regierung verdient. Euch alles Gute für die nächsten Monate.

(Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Einführung  
in den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

(Beifall)

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Delegierte! Liebe Freundinnen und Freunde! Sehr geehrte Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eineinhalb Jahre her, dass wir in Essen bei unserem letzten Parteitag zusammengekommen sind, und vielleicht erinnern sich einige noch: „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“. So hieß der damals beschlossene Leittrag.

Ich glaube, wir alle sind der Meinung, dass die Zeiten seitdem nicht weniger schwierig geworden sind. Deshalb ist auch heute, genauso wie damals, Orientierung gefragt – Orientierung für unser Land, Orientierung für unsere Partei. Wir finden da Orientierung, wo wir uns fragen, was unser Land ausmacht, was unser Land immer wieder aufs Neue stark gemacht hat, was unsere CDU ausmacht, was die Christlich Demokratische Union seit ihrer Gründung immer wieder

stark gemacht hat. Auf diese Fragen Antworten zu geben, ist unser ständiger Auftrag, und deshalb ist es auch Auftrag für unseren heutigen Parteitag.

Ende 2016 haben wir uns in Essen auf das Wahljahr 2017 vorbereitet. Das war in der Tat ein sehr besonderes Wahljahr.

Erinnern wir uns für einen Augenblick einmal an die Situation jetzt vor genau einem Jahr, an die Stimmungslage. Erinnern wir uns für einen Moment, was damals so manche Prognose einen Monat vor der Wahl im Saarland vorausgesagt hat. Was war das für eine Aufgeregtheit, was war das für ein Hype! Von Wechselstimmung im Land war die Rede. Von all dem haben sich unsere Freunde im Saarland nicht beirren lassen.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer und die gesamte CDU Saar haben gegen all die rot-rot-grünen Blüenträume gekämpft, und sie haben gewonnen – und wie! Das war ein echter Knaller, ein Knaller mit Signalwirkung. Liebe Annegret, liebe Freunde aus dem Saarland, wir alle sind stolz auf euren Wahlsieg.

(Beifall)

Dieser Wahlsieg hat den Grundstein für weitere Erfolge gelegt:

In Schleswig-Holstein haben wir die SPD abgelöst. Es gab nicht so viele, die das für möglich gehalten haben. Daniel Günther hat es aber allen gezeigt – mit Schwung, mit Mumm und mit positiver Ausstrahlung. Er ist jetzt unser Ministerpräsident in Schleswig-Holstein. Glückwunsch! MoinMoin!

(Beifall)

Und dann natürlich Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen! Wo sich die SPD für unangreifbar gehalten hat! Die haben aber nicht mit der Entschlossenheit der nordrhein-westfälischen CDU gerechnet. Die gesamte CDU mit Armin Laschet an der Spitze hat gekämpft – und gewonnen.

Armin Laschet hat die Menschen überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen unter Wert regiert wurde, dass in Nordrhein-Westfalen viel mehr steckt und dass die CDU die besseren Antworten und Lösungen für die Menschen hat. Das zeigt Armin jetzt mit seinem Team. Rot-Grün ist in NRW Vergangenheit, und das ist gut fürs Land. Glück auf, lieber Armin Laschet, liebe CDU NRW!

(Anhaltender Beifall)

Natürlich hätten wir dann gerne auch in Niedersachsen einen Ministerpräsidenten Bernd Althusmann bekommen. Es hat knapp nicht gereicht. Die CDU in Niedersachsen hat aber toll gekämpft, und ihr habt es geschafft, dass auch in Niedersachsen Schluss mit Rot-Grün ist. Ja, es zeigt sich: Es macht einen Unterschied, ob Rot-Grün regiert oder ob die CDU mitregiert. Des-

halb geht es jetzt auch in Niedersachsen wieder voran, sturmfest und erdverwachsen. Lieber Bernd Althusmann, alles Gute in der Regierungsarbeit!

(Beifall)

Und dann natürlich die Bundestagswahl. Das Ergebnis ist vielschichtig; es gibt positive und negative Seiten.

Zunächst einmal stellen wir fest: Die Union ist wieder die mit Abstand stärkste Kraft. Die Union hat einen klaren Regierungsauftrag. Gegen die Union kann keine Regierung gebildet werden – auch keine rot-rot-grüne. – Dafür haben wir gekämpft, und das haben wir erreicht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage aber genauso klar: Das Ergebnis entspricht nicht unseren Ansprüchen. Wir alle haben gekämpft, und wir alle waren enttäuscht.

Unser Anspruch ist, dass wir beim nächsten Mal wieder besser abschneiden. Wir wollen es besser machen. Wir wollen nicht nur die Nummer eins sein, wir wollen Vertrauen zurückgewinnen und wieder ein besseres Ergebnis erreichen.

(Beifall)

Wir wären doch nicht die CDU, wenn wir uns ins Jammertal zurückzögen. Wir wären doch nicht die CDU, wenn wir uns deprimiert in Selbstfindungskurse begäben. Nein, unsere Haltung ist: Wir wollen es besser machen.

Wir werfen einen Regierungsauftrag doch nicht einfach vor die Füße der Wählerinnen und Wähler, weil wir uns mehr Prozentpunkte gewünscht hätten. Mehr noch: Die Verluste spornen uns an, die richtigen Antworten auf Sorgen und Unzufriedenheit zu geben.

Genau das hat uns in den vergangenen fünf Monaten angetrieben. Deshalb haben wir hart verhandelt in den Gesprächen zur Bildung einer stabilen und handlungsfähigen Bundesregierung. Deshalb ist der Koalitionsvertrag, den wir heute beschließen wollen, auch eine Antwort auf das Wahlergebnis.

Ja, der heutige Parteitag ist nicht irgendein Parteitag. Der heutige Parteitag ist keine Routine einer ganz gewöhnlichen Regierungsbildung. Dass wir hier heute, ganze fünf Monate nach der Bundestagswahl, über einen Koalitionsvertrag abstimmen, zeigt bereits, dass wir es mit einer schwierigen und bislang nicht gekannten Situation zu tun haben. Deshalb beschäftigen wir uns mit der Frage, was uns das Wahlergebnis sagt.

CDU und CSU haben 1,3 Millionen Stimmen an die FDP verloren. Wir haben rund 1 Million Stimmen an die AfD verloren. Die AfD ist die drittstärkste Fraktion im Bundestag, in einem Bundestag, in dem jetzt sechs und nicht mehr wie in der vergangenen Wahlperiode vier Fraktionen

sitzen. Das zeigt: Wir stehen vor völlig neuen Herausforderungen im Parlament, aber natürlich auch weit darüber hinaus. Deshalb geht es heute auf unserem Parteitag nicht nur um die Zustimmung zum vorliegenden Koalitionsvertrag. Auf unserem Parteitag geht es auch um die Schlussfolgerungen, um unsere Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl. Mehr noch: Dieser Parteitag hat auch die Aufgabe, schon unseren nächsten regulären Parteitag im Dezember vorzubereiten und die ersten Schritte für unsere programmatische Arbeit in den kommenden Jahren einzuleiten.

Um diesen Prozess bestmöglich für unsere CDU zu gestalten, um unsere programmatische Arbeit auf allen Ebenen voranzubringen, um Impulse aus der ganzen Partei aufzugreifen und engagiert zu diskutieren, werde ich diesem Parteitag Annegret Kramp-Karrenbauer zur Wahl einer neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands vorschlagen.

(Anhaltender Beifall)

An dieser Stelle möchte ich Peter Tauber, der heute leider nicht hier sein kann, ein persönliches Wort des Dankes sagen. Vier Jahre lang war er unser Generalsekretär. Er hat vollen Einsatz gebracht, dieses wichtige Amt voller Leidenschaft und Engagement ausgefüllt, und das in nicht immer einfachen Zeiten. Ich weiß auch, dass Peter Tauber manche Kritik einstecken musste, die oft genug eigentlich mir galt. Er hat dabei aber immer eine Haltung bewahrt, die nicht nur mir Respekt abgenötigt hat. Im Namen der CDU Deutschlands möchte ich ihm für seinen Dienst danken. Er hat viele wichtige Impulse gesetzt und Spuren hinterlassen. Alles Gute, Peter Tauber!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, noch einmal zurück zu den Schlussfolgerungen, die wir aus dem Wahlergebnis ziehen sollten. Zunächst einmal stellen sich die Fragen: Warum ist unser Ergebnis hinter unseren Erwartungen geblieben, obwohl unser Land gut dasteht, obwohl unsere Wirtschaft wächst, obwohl wir die höchste Zahl an Beschäftigten in unserer Geschichte haben, obwohl die Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Kommunen steigen, obwohl wir noch nie so hohe Sozialausgaben hatten wie heute, obwohl die Investitionen in den vergangenen Jahren in allen Bereichen gestiegen sind, und obwohl der Bund die Kommunen stärker entlastet hat als je zuvor? Warum war unser Ergebnis so, wie es war, trotz Mindestlohn, Mütterrente, trotz steigender Löhne und steigender Renten, obwohl wir von 2013 bis 2017 keine neuen Schulden gemacht haben?

Mit diesen Fragen haben wir uns bereits im Bundesvorstand auseinandergesetzt. Wir haben uns intensiv mit den Faktoren beschäftigt, die zu unserem Wahlergebnis geführt haben. Worum geht es? Ich möchte drei Gründe ansprechen.

Erstens gibt es ein Unbehagen gegenüber der Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen. Ganz besonders ist dies durch die riesige Aufgabe der vielen bei uns angekommenen Flüchtlin-

ge 2015 verstärkt worden. Gelten noch die gemeinsamen Werte und Regeln? Können Recht und Gesetz durchgesetzt werden? Haben die Menschen in allen Regionen, ob in Stadt oder Land, noch die gleichen Chancen? Wir alle wissen, dass ein solches Unbehagen das Miteinander in unserem Land gefährden kann, und das beunruhigt viele Menschen.

Zweitens gibt es ein Unbehagen angesichts neuer technologischer Möglichkeiten, angesichts der Digitalisierung aller Lebensbereiche, von denen man noch nicht weiß, wie sie unsere gesamte Gesellschaft, wie sie unsere Arbeitsplätze und unser Zusammenleben verändern.

Drittens gibt es ein Unbehagen mit Blick auf die Welt um uns herum, auf Konflikte und Instabilität in unserer nächsten Nachbarschaft. Es gibt Zweifel, ob Europa in unsicheren und unübersichtlichen Zeiten sein Wohlstands- und Sicherheitsversprechen einlösen und erneuern kann. Wie wirken sich die globalen Verhältnisse auf uns hier Zuhause aus?

Ja, das Wahlergebnis hat uns aufgetragen, Antworten auf genau diese Fragen zu geben. Das hat uns auch als Union in den Koalitionsverhandlungen geleitet. Schon die Überschrift des Koalitionsvertrags macht deutlich, dass dieser Vertrag die richtigen Antworten geben will und damit auch Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis zieht: ein neuer Aufbruch für Europa, eine neue Dynamik für Deutschland, ein neuer Zusammenhalt für unser Land.

Ja, auf dem Weg zu diesem Vertrag hatten wir harte und intensive Verhandlungen zu führen, und das im Grunde zweimal: einmal für eine Jamaika-Koalition, zuletzt für die Bildung einer Großen Koalition. Wir haben hart gerungen. Wir mussten Kompromisse eingehen, aber wir haben auch viel durchgesetzt. Wir waren dabei eine starke Mannschaft: die Verhandlungsführer in der Steuerungsgruppe, unsere 18 Vorsitzenden der Arbeitsgruppen, die 33 Mitglieder der Hauptverhandlungsrunde und rund 100 Unterhändler in den verschiedenen Arbeitsgruppen, Vertreterinnen und Vertreter aus der Bundestagsfraktion, den Landesverbänden, aus den Vereinigungen und allen Gliederungen der Partei. Sie alle haben ihren Beitrag geleistet. Sie alle haben ihren Anteil daran, dass wir nach harten Verhandlungen ein Ergebnis erreichen konnten. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Das Ganze fand in engem Schulterschluss mit der CSU statt. Die Union hat hier ein starkes Bild der Entschlossenheit abgegeben. Vor allem hat unsere gesamte Verhandlungsdelegation in ihrem Auftreten zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran aufkommen lassen, worum es uns ging und worum es uns weiter geht. Es geht uns um ein gutes Programm für Deutschland. Heute stimmen wir über die Ergebnisse des Koalitionsvertrags ab, über Ergebnisse, die wir in weiten Teilen mit dem gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU auch schon im Wahlkampf beworben haben.

Was war uns im Wahlkampf wichtig? Wir haben geworben für mehr Unterstützung für Familien. Wir haben geworben für einen starken Staat, der dafür sorgt, dass Menschen in unserem Land

sicher leben können. Wir haben geworben für mehr Anstrengungen bei Bildung, damit Kinder und Jugendliche beste Chancen haben. Wir haben für eine dynamische Wirtschaft geworben, die angesichts der Digitalisierung erfolgreich bleibt und gute Jobs schafft. Wir haben für die Steuerung und Reduzierung illegaler Migration, für die Bekämpfung von Fluchtursachen geworben, für Hilfe vor Ort, für einen starken Zusammenhalt, für klare Regeln, für eine erfolgreiche Integration. Wir haben geworben für Verbesserungen bei der Pflege und bei der Gesundheit, weil wir die berechtigten Sorgen vieler Menschen kennen. Wir haben geworben für mehr Dynamik, Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität in Europa; denn ein starkes Europa liegt im deutschen Interesse.

Jetzt schauen wir uns einmal die Ergebnisse im Einzelnen an. Was heißt dieser Koalitionsvertrag für den Zusammenhalt in unserem Land? Wir, die Christlich Demokratische Union, wissen: Zusammenhalt wird zuerst einmal in Familien gelebt. Deshalb war Unterstützung für Familien ein ganz zentraler Punkt in unserem Regierungsprogramm. Wann wurde jemals ein solches Maßnahmenpaket für Familien geschnürt? Wir werden das Kindergeld erhöhen. Wir werden ein Baukindergeld einführen. Wir werden die Kommunen weiterhin beim Kitaausbau unterstützen und zusammen mit den Ländern ein Recht auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule einführen. Wir werden mit der befristeten Teilzeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, und wir wollen Eltern bei den Kitagebühren entlasten. Ja, all das ist gute Politik für Familien, und das ist Politik von CDU und CSU, weil wir wissen, dass die Familie der Grundstock unserer Gesellschaft ist, dass in Familien Werte gelebt werden, dass in Familien Verantwortung gelebt wird, und darauf sind wir stolz.

(Beifall)

Ein neuer Zusammenhalt für unser Land – das entscheidet sich auch an der Frage, welches Rüstzeug wir unseren Kindern mit auf den Weg geben. Deshalb ist uns Bildung so wichtig. Wir haben in den vergangenen Jahren wie noch keine Bundesregierung zuvor die Ausgaben für Bildung und Forschung gesteigert. An dieser Stelle möchte ich Johanna Wanka danken, die dem zukünftigen Kabinett nicht mehr angehören wird. Sie hat eine exzellente Arbeit geleistet. Sie hat viel Anerkennung in der Bildungs- und Forschungslandschaft gefunden. – Liebe Johanna Wanka, vielen Dank für die vergangenen Jahre. Das waren gute Jahre für Bildung und Forschung in Deutschland. Alles Gute!

(Beifall)

Bei allen Fortschritten wissen wir: Wir dürfen jetzt nicht nachlassen; im Gegenteil, wir müssen noch eine Schippe drauflegen. Wir werden die Forschungsausgaben bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern. Wir werden die Digitalisierung der Schulen mit unterstützen. Wir verstärken die Anstrengungen bei der Schulsanierung. Wir verbessern die Leistungen des BAföG. Und wir werden mit einem nationalen Bildungsrat die Vergleichbarkeit der Schulleistungen zwischen den Bundesländern verbessern. Wir orientieren uns dabei an den starken Län-

dern. Das sind im Übrigen in der Regel unionsgeführte Länder. Liebe Freunde, das ist kein Zufall: Weil bei uns Leistung zählt und wir Wert auf Bildung legen.

(Beifall)

Zusammenhalt zeigt sich auch darin, wie wir als Gesellschaft damit umgehen, dass sich Menschen Sorgen, wie es ihnen im Alter gehen wird oder wenn sie einmal krank oder pflegebedürftig sind. Jedem von uns kann das passieren. Deshalb geben wir mit der Grundrente eine Antwort auf die berechnete Erwartung, dass jemand, der 30 oder mehr Jahre gearbeitet hat, der über einen langen Zeitraum in die Rentenkasse eingezahlt hat, am Ende mehr herausbekommen muss als der, der nichts eingezahlt hat.

(Beifall)

Um die Sache sozial ausgewogen zu gestalten, war es uns wichtig, dass dabei die Bedürftigkeitsprüfung durchgesetzt wurde, damit es nicht zu sozialen Ungerechtigkeiten kommt. Und – liebe Freunde, das ist mir sehr, sehr wichtig –, wir verbessern die Erwerbsminderungsrente; denn von Altersarmut sind heute häufig Menschen bedroht, die frühzeitig nicht mehr erwerbstätig sind. Deswegen ist das ein wichtiger Beitrag zum Kampf gegen Altersarmut.

(Beifall)

Wir setzen einen deutlichen Schwerpunkt bei Pflege und Gesundheit. Da ist in den vergangenen Jahren schon eine Menge passiert, insbesondere bei den Leistungen für Pflegebedürftige. Ich möchte an dieser Stelle Hermann Gröhe ganz herzlich danken.

(Anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmischer Klatschen)

Lieber Hermann, du hast mit großer Energie unser Gesundheitssystem verbessert, einen neuen Pflegebegriff durchgesetzt und auch in der internationalen Gesundheitspolitik deine Akzente gesetzt. Auch von mir ganz persönlich herzlichen Dank.

Aber, liebe Freunde, wir haben auch bei Pflege und Gesundheit, obwohl wir so vieles gemacht haben, im Wahlkampf sehr deutlich gespürt, dass das nicht ausreicht. Deshalb setzen wir im Koalitionsvertrag jetzt auch einen Schwerpunkt bei den Pflegenden. Deshalb sorgen wir für mehr Personal und bessere Versorgung. 8 000 zusätzliche Pflegekräfte, das ist ein erster, aber ganz wichtiger Schritt. Das ist gut für die jetzigen Pflegekräfte; denn sie werden entlastet. Das ist natürlich auch gut für die Pflegebedürftigen; denn für sie ist mehr Zeit da.

Bei der Gesundheit hatten wir mit der vehement von der SPD geforderten Bürgerversicherung – das ist nichts anderes als eine Einheitskasse – einen dicken Brocken in den Verhandlungen abzuwehren. Liebe Freunde, wir haben diesen Irrweg verhindert, und das mit Recht.

(Beifall)

Wir haben uns stattdessen auf tatsächliche Probleme konzentriert. Wir sorgen für eine bessere Versorgung auf dem Land, zum Beispiel mit mehr Studienplätzen und mit einer Landarztquote. Wir schaffen das Schulgeld für alle Gesundheitsberufe ab; ich sage: endlich.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist doch ein Paradoxon, dass überall eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird, nur in diesem Bereich muss man Schulgeld zahlen. Und wir investieren mehr Geld in die Krankenhäuser. Das ist Politik, die wirklich Probleme löst. Das ist Politik für die Menschen in unserem Land.

Liebe Freunde, Zusammenhalt kann nur gelingen auf der Grundlage gemeinsamer Regeln, die durchgesetzt werden. Deshalb gehört die Sicherheit zu den Kernaufgaben eines starken Staates. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher leben. Sicherheit ist für die Union nicht verhandelbar, auch nicht in einem Koalitionsvertrag. „Null Toleranz“ heißt unser Motto.

(Beifall)

Lieber Thomas de Maizière, ich möchte dir einen ganz herzlichen Dank sagen, nicht nur für deine herausragende Verhandlungsleistung in den Koalitionsgesprächen, sondern auch für deine herausragende Arbeit in den vergangenen Jahren. Lieber Thomas, unsere CDU hat dir viel zu verdanken.

(Anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

In der Bundesregierung hast du als Chef des Kanzleramts, als Verteidigungsminister und als Innenminister in schwierigster Zeit gearbeitet und Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes gedient. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben viel erreicht: 15 000 Polizistinnen und Polizisten mehr in Bund und Land, einheitliche Standards der Kriminalitätsbekämpfung in ganz Deutschland, einen Pakt für den Rechtsstaat mit 2 000 neuen Stellen für die Justiz. Das ist ganz praktisch Politik für die innere Sicherheit, und das ist die Politik der Union. Gemeinsame Regeln sind natürlich wichtig, wenn wir über das so wichtige Thema der Integration sprechen. Ja, dass wir in einer kommenden Bundesregierung auch im Kanzleramt wieder für dieses Thema zuständig sind, das eröffnet uns neue Chancen für Integrationsarbeit. Für uns ist klar: Falsch verstandene Toleranz ist für unseren Zusammenhalt genauso gefährlich wie populistisches Hetzen gegen alles Fremde. Es braucht ein klares Wertefundament bei der Integration und deutliche und spürbare Konsequenzen bei Integrationsverweigerung.

(Beifall)

Es geht natürlich auch um die Steuerung der Migration. Das leistet unser Regelwerk zur Migration. Die Einigung von CDU und CSU war hier dringend notwendig. Wir alle haben im Wahl-



kampf gespürt: Wenn sich CDU und CSU nicht einig sind, dann leidet unsere Glaubwürdigkeit. Mit dieser Einigung haben wir auch im Koalitionsvertrag die richtigen Leitplanken ziehen können. Wir haben dieses Regelwerk vollständig umgesetzt. Es wird jetzt Maßstab für Regierungsarbeit sein, und das ist eine gute Nachricht für Deutschland.

(Beifall)

Diese Leitplanken lauten: Asyl, Schutz und Hilfe für diejenigen, die einen Anspruch darauf haben, und gleichzeitig ein konsequentes Vorgehen gegenüber denen, die sich auf dieses Recht nicht berufen können, durch schnellere Verfahren, durch bessere Ordnung und Steuerung, durch konsequentere Anstrengungen bei der Rückführung. Das ist unser Anspruch, und das ist auch unser Auftrag.

(Beifall)

Wir wollen in einem Land leben, in dem wir miteinander sprechen und nicht übereinander, in dem die Würde jedes Einzelnen zählt und nicht Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, in einem Land, in dem wir leidenschaftlich streiten, aber uns nicht wüst beschimpfen. Diejenigen, die mit ihren platten und oft hasserfüllten Parolen durch das Land ziehen, werden auf unseren entschlossenen Widerstand treffen.

(Vereinzelt Beifall)

Es macht für mich keinen Unterschied, ob antisemitische Hetze von muslimischen Einwanderern kommt, ob aus der AfD oder von links außen. Antisemitismus hat in diesem Land nichts, aber auch gar nichts zu suchen.

(Lebhafter Beifall)

Antisemiten, die nichts verstanden haben, werden wir, wo immer wir ihnen begegnen, die Stirn bieten, genauso dem Ausländerhass oder rechtextremer oder linksextremer Gewalt, liebe Freunde.

(Beifall)

Zusammenhalt heißt nämlich etwas anderes. Zusammenhalt heißt Engagement. Wir können so froh und dankbar sein, wie viele Menschen sich in diesem Land einbringen und sich für andere einsetzen: in der Familie, im Beruf, im Ehrenamt, bei den Kirchen, in den Vereinen, in den Pflegeheimen, in Kindergärten und Schulen, an vielen Orten. Das ist ein starkes Stück Deutschland. Im Gegensatz zu denen, die Hass und Hetze auf der Straße und im Internet betreiben, sind all diese Millionen Menschen diejenigen, die unserem Zusammenhalt dienen, diejenigen, die unserem Land dienen. Das ist unser Deutschland, und diesem Deutschland zu dienen, das ist der Auftrag der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben den Auftrag, den Alltag der Menschen zu verbessern, die richtigen Antworten auf Sorgen zu geben und mit unseren Entscheidungen dafür zu sorgen, dass es den Menschen in unserem Land gut geht. Das bedeutet eben auch, heute die Weichen für die Erfolge von morgen zu stellen. Deshalb geht es neben einem neuen Zusammenhalt in unserem Land auch um eine neue Dynamik für Deutschland; denn nur mit einer neuen Dynamik wird es uns gelingen, dass unser Land stark und erfolgreich bleibt. Das heißt zunächst einmal: Wir müssen den Erfolgskurs der deutschen Wirtschaft fortsetzen und ihm mehr Dynamik verleihen. Ja, wir müssen wirtschaftlich Anschluss halten bei den großen Entwicklungen, bei modernen Technologien, bei dem ganzen Thema der Digitalisierung, bei den Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz und auch bei der Infrastruktur. Wir können, nein, wir müssen uns entscheiden: Wollen wir bei all dem, was auf der Welt passiert, ein Wörtchen mitreden? Wollen wir Unternehmen, die an der Weltspitze sind? Wollen wir eine Wirtschaft, die auch im 21. Jahrhundert international erfolgreich ist? Oder überlassen wir dies anderen und lassen uns auf die Zuschauertribüne verbannen, mit allen Konsequenzen für Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Abhängigkeit von anderen? Die Antwort der CDU ist völlig klar: Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft erfolgreich ist.

(Beifall)

Dafür schaffen wir die Voraussetzungen, das heißt: schnelles Internet in ganz Deutschland, überall, bis 2025, gerade auch auf dem Land.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage es ganz deutlich: Internetanschluss ist Daseinsvorsorge in der heutigen und morgigen Zeit. Das steht jedem zu wie Wasser und Elektrizität.

(Beifall)

Das heißt, bestehende Funklöcher – und davon gibt es leider noch viele – schnellstmöglich zu schließen. Das heißt: Vorreiterrolle beim Mobilfunkstandard 5G. Wir brauchen Tempo und Dynamik. Es muss Schluss sein mit all dem, was uns da bremst.

Wir brauchen mehr Innovationen. Deshalb kommt die steuerliche Forschungsförderung. Deshalb fördern wir die Gründerkultur. Deshalb bauen wir Bürokratie ab, und deshalb stecken wir zusätzliche Milliarden in Forschung und Entwicklung.

Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir sorgen dafür, dass zunächst einmal das erwirtschaftet werden kann und muss, was anschließend verteilt werden soll. Es kann keinen Zweifel daran geben: Dynamik hat auch unser Staat bitter nötig.

Die Union will einen funktionsfähigen Staat, einen handlungsfähigen Staat, einen verlässlichen Staat. Zu Verlässlichkeit gehört, dass der Staat vernünftig mit dem Geld der Bürgerinnen und

Bürger umgeht. Solide Finanzen sind die Grundlage dafür. Und da bleibt es bei der klaren Unionlinie: keine neuen Schulden, keine Steuererhöhungen und gleichzeitig Rekordinvestitionen auf den großen Zukunftsfeldern. So geht Politik, die nicht nur an uns, sondern auch an unsere Kinder und Enkel denkt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Dankeschön an unseren neuen Bundestagspräsidenten richten. In den letzten acht Jahren hat Wolfgang Schäuble die Finanzpolitik dieses Landes und auch großen Teilen Europas mit geprägt. Lieber Wolfgang Schäuble, herzlichen Dank dafür!

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

Wenn ich von Investitionen spreche, dann denke ich an die Infrastruktur: Straße, Schiene, Energienetze, Großprojekte. Ich will das Thema „Berliner Flughafen“ hier nicht aufwerfen. Es kann einfach nicht sein, wie trödelig wir da zum Teil unterwegs sind. Planungsverfahren, Zuständigkeiten, Behördenwirrwarr, sie lösen nicht nur in Deutschland, sondern zum Teil auch international Kopfschütteln aus. Deshalb: Beschleunigung und Tempo! Weg mit unnötiger Bürokratie! Weg mit allem, was lähmt und bremst! Hier brauchen wir in den nächsten Jahren dringend Erfolge. Liebe Freunde, wenn wir von der CDU und CSU das nicht machen, wird sich niemand in Deutschland finden; das ist meine Erfahrung aus monatelangen Verhandlungen, die wir jetzt gerade geführt haben.

(Beifall)

Ein handlungsfähiger Staat ist einer, der für seine Bürgerinnen und Bürger da ist, und das schnell, verlässlich und umfassend. Deshalb ist die digitale Verwaltung so wichtig. Deshalb muss das digitale Bürgerportal jetzt zügig kommen. Das stand in unserem Regierungsprogramm, und das wird jetzt zum Regierungshandeln.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir schließlich über einen neuen Aufbruch für Europa sprechen, dann tun wir das angesichts einer Weltlage, die geprägt ist von Unsicherheit, Unübersichtlichkeit und Instabilität. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft herrscht Krieg. Denken wir nur an die Bilder, die wir jeden Tag zum Beispiel aus Syrien – in diesen Tagen aus Ost-Ghouta – sehen, aber auch an die Situation in der Ostukraine. Geopolitische Verschiebungen, neue Interessenlagen bestimmen unsere Zeit. Die Schwerpunkte der Weltwirtschaft verlagern sich, bewährte Partnerschaften stehen vor Bewährungsproben, über Jahrzehnte gewachsene Ordnungen zerfallen und neue Wachstums- und Machtzentren entstehen. Es wäre völlig naiv und auch unverantwortlich, zu glauben, dass das alles mit uns nichts zu tun hätte. Aber wir haben es in der Hand. Wir können, nein, wir müssen uns entscheiden. Das Schicksal Deutschlands und Europas liegt entweder in unserer Hand oder in der Hand ganz anderer. Wir wollen selbst über unser Schicksal bestimmen, bevor es andere machen.

(Beifall)

Deshalb: Es braucht einen neuen Aufbruch für Europa; denn Europa ist der Garant dafür, dass unsere Interessen und Werte in der Welt Gewicht haben. Wir alle wissen, dass Europa in vielen Bereichen zu schwach und zu langsam ist. Wir wissen, dass einige Mitgliedstaaten sehr viel mehr wirtschaftliche Dynamik brauchen, dass wir mehr Innovationen brauchen, dass die Jugendarbeitslosigkeit ein echtes Problem ist. Wir wissen, dass die Stabilität des Euro und die Verschuldung dringendes Handeln erfordern. Vor allem wissen wir, dass wir in vielen Bereichen in Europa heute noch einen Flickenteppich haben. Wir brauchen mehr Gemeinsamkeit beim Schutz der Außengrenzen, bei der militärischen Zusammenarbeit, in der Außen- und Sicherheitspolitik, beim digitalen Binnenmarkt und bei einem gemeinsamen Kapitalmarkt. Die CDU will dabei vorangehen, die CDU will dabei die beste Kraft in Deutschland sein. Wir wissen auch, dass es um solide Finanzen, Eigenverantwortung und Reformbereitschaft geht. Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen; das haben wir immer gesagt. Wer seine Hausaufgaben macht, kann mit unserer Solidarität rechnen. Aber mit uns wird es nicht möglich sein, dass sich jemand auf Kosten anderer ausruht. Das bleibt unser Maßstab.

(Beifall)

Wir wollen darüber hinaus ein verlässlicher Bündnispartner sein – auch da haben die Verhandlungen gezeigt, dass das ohne die CDU nicht geht –, gerade bei der Verteidigung in Europa und in der NATO. Ja, wir brauchen Tempo, wir brauchen Dynamik, wir brauchen ein gemeinsames Auftreten auf der Weltbühne. Wenn wir wollen, dass Europa ein Global Player ist, dann muss sich Europa auch wie ein Global Player verhalten. Das heißt für uns: Wir brauchen einen neuen Aufbruch für Europa, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir stimmen heute, auf diesem Parteitag, über einen Koalitionsvertrag ab, der Fortschritte für unser Land beinhaltet, konkrete Verbesserungen für die Menschen, der die Weichen für die Zukunft stellt. Wenn dieser Parteitag dem Koalitionsvertrag zustimmt – und ich werbe dafür –, dann geht es darum, aus diesem Papier konkrete Politik zu machen – für die Menschen, für das Land, als CDU und CSU –, dann geht es darum, wie wir in der Bundesregierung unsere Verantwortung für das Land mit Leben füllen. Da schauen natürlich auch viele auf die Ressorts. Ja, auch ich empfinde den Verlust des Finanzressorts als schmerzhaft. Wie sollte das anders sein? Aber hätten wir an dieser Frage nach Ressorts und Posten – nicht an Fragen des Inhalts – die Verhandlungen scheitern lassen sollen? Meine Antwort ist ein klares Nein.

(Beifall)

Ich bemerke – allerdings mit ein wenig Befremden –, wie auf einmal von einigen über das Wirtschaftsministerium geredet wird. Das Wirtschaftsministerium ist das Haus Ludwig Erhards. Das Wirtschaftsministerium ist das Kraftzentrum für Soziale Marktwirtschaft. Wenn in den letzten

über 50 Jahren, in denen die CDU dieses Ministerium nicht innehatte, die Amtsinhaber die Chancen dieses Hauses nicht genutzt haben, dann liegt es doch an uns, dann liegt es doch an der Partei der Sozialen Marktwirtschaft, das jetzt anders zu machen. Es liegt an uns, dass wir daraus etwas machen, liebe Freunde; das ist der Auftrag.

(Beifall)

Ich meine, wir haben mit diesem Ressort die große Chance, die richtigen Impulse zu setzen. Das Wirtschaftsministerium ist ein Mittelstandsministerium, es ist ein Handelsministerium, es ist ein Bürokratieabbauministerium, es ist ein Europaministerium, und es ist das Energieministerium. Wir haben mit diesem Ressort die große Chance, deutlich zu machen: Es ist die Union und nur die Union, die die Kraft aufbringt, das Wohlstands- und Sicherheitsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert zu erneuern, und das ist ein Riesenauftrag, liebe Freunde.

(Beifall)

Es liegt auch an uns, an der Union, auch die übrigen Ressorts zu nutzen, um Politik für unser Land zu machen. Wir haben die zentralen Gestaltungsressorts in der Hand, die Ressorts mit großen Investitionsmitteln: Investitionen in den ländlichen Raum, in Bildung und Forschung, in die Straßen und Schienen, in den Wohnungsbau und in die Digitalisierung. Wir, CDU und CSU gemeinsam, sind für die Sicherheit nach innen und nach außen zuständig. Sicherheit ist bei der Union in guten Händen.

Mit Gesundheit und Pflege haben wir ein Schlüsselressort, wenn es darum geht, dass wir den Lebensalltag der Menschen verbessern können. Wir haben im Übrigen damit ein Ressort, bei dem wir sichtbar machen können, was für uns als Union das „C“ im konkreten Handeln bedeutet. Es liegt an uns – davon bin ich überzeugt –, was wir aus all dem machen.

Aber das wird uns auch nur gelingen, wenn wir als Partei aus unserer Programmatik heraus die Antworten geben, die diese unruhigen und sich rasant verändernden Zeiten erfordern, wenn wir mit unserer Programmatik nicht den Zeiten hinterherhecheln, sondern auf der Höhe der Zeit sind. Deshalb müssen wir uns fragen, wie wir die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft und das damit gegebene Wohlstands- und Sicherheitsversprechen erneuern können angesichts der Tatsache, dass für diese Ordnung durch neue Entwicklungen der Globalisierung und Digitalisierung auch neue Antworten gefunden werden müssen. Genau dies wollen wir bis zum Parteitag im Dezember tun. Wir wollen in den nächsten Jahren noch einmal grundsätzlicher an die vielen Fragen unserer Zeit gehen.

Das führt uns wieder zu der Frage: Was leitet uns als CDU? Was ist unsere Motivation, Politik zu machen? Was ist der Ausgangspunkt unseres Handelns? Was ist das, was die CDU ausmacht und was die CDU zur Volkspartei der Mitte macht? So wie zurzeit der Gründung der CDU ist und bleibt dies unser Bekenntnis zum christlichen Menschenbild.

(Beifall)

Dieses Bekenntnis zieht sich durch die Gründungsdokumente unserer Partei, es zieht sich durch unsere Grundsatzprogramme. Dieses Bekenntnis ist uns Fundament, es ist uns Kompass und es ist uns Verpflichtung zugleich. Ob man vom christlichen Menschenbild spricht, ob man wie das Grundgesetz von der Würde des Menschen spricht, ob man wie in unserer Programmatik von Personalität spricht: Dahinter steht für uns Christdemokraten immer die eine Leitidee: Ausgangspunkt, Maßstab und Ziel unserer Politik ist immer der einzelne Mensch.

(Beifall)

Politik darf Menschen nicht in ein ideologisches Weltbild pressen. Politik muss jeden einzelnen Menschen befähigen, das Beste aus seinem Leben zu machen und das zu erreichen, was ihm wichtig ist. Das ist CDU pur, und das ist das Selbstverständnis der Christlich Demokratischen Union.

Selbst entscheiden können, was das Beste für einen ist, das verstehen wir unter Freiheit. Gleichzeitig hat jeder Einzelne das Recht darauf, dass er geschützt wird, wenn seine Freiheit bedroht ist. Deshalb trägt unser aktuelles Grundsatzprogramm den Titel „Freiheit und Sicherheit“. Freiheit ist für uns nicht grenzenlos. Freiheit muss immer die Freiheit meines Gegenübers mitdenken. Freiheit so verstanden ist Freiheit zu und nicht Freiheit von etwas. Freiheit so verstanden, öffnet den Blick des Einzelnen auf die Mitmenschen, auf das Land, auf das manchmal altklingende, aber hochaktuelle Gemeinwohl, das Wohl der Gemeinschaft.

Ja, uns geht es als CDU immer um die Freiheit des Einzelnen im Verhältnis zu seinen Mitmenschen und im Verhältnis zu seiner Umwelt. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von Freiheit und Verantwortung sprechen. Daraus folgt ganz Konkretes: Freiheit bedeutet, dass niemand Gewalt über mich und meinen Körper ausüben darf. Freiheit bedeutet, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft oder seiner Sexualität ausgegrenzt und benachteiligt werden darf. Freiheit bedeutet, dass das Eigentum geschützt werden muss, dass sich jeder darauf verlassen können muss, dass sich niemand einfach das nehmen kann, was einem anderen gehört.

Aber Freiheit in Verantwortung muss auch immer wieder in der jeweiligen Zeit neu ausbuchstabiert werden. Was heißt denn Eigentum in Zeiten der Digitalisierung? Wie sieht es da mit unserem Verständnis von Freiheit in Bezug auf Daten aus? Wem gehören welche Daten? Was heißt es für die Freiheit eines Einzelnen, wenn seine Daten und im schlimmsten Falle seine Identität gestohlen werden? Schon dieses kleine Beispiel zeigt: Wir sind nie fertig. Programmatische Arbeit ist nie abgeschlossen. Das ist ein immerwährender Auftrag. Aber wir müssen diesen Auftrag nicht im Nirgendwo erfüllen. Wir haben ein festes Fundament. Wir haben Gewissheiten, und damit haben wir auch die Zuversicht, dass wir immer wieder aufs Neue die richtigen Antworten finden.

Es sind unsere Grundwerte, die uns bei der Suche nach genau diesen Antworten leiten – leiten können und leiten müssen: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Wir sind mit unseren Wurzeln in der Gesellschaft fest verankert: der christlich-sozialen, der konservativen und der liberalen. Sich immer wieder dessen zu vergewissern, was uns leitet, und auf Basis dieser Vergewisserung die richtigen Antworten auf die jeweiligen Fragen der Zeit zu geben, das war und das ist die Haltung der CDU. Diese Haltung hat uns stark gemacht. Diese Haltung hat uns zur starken Volkspartei der Mitte gemacht, und diese Haltung muss uns auch heute und morgen leiten. Daran ändert sich überhaupt nichts.

(Beifall)

Aus diesem Selbstverständnis wächst Verantwortung: politische Verantwortung in den Orts- und Stadtverbänden genauso wie in der Bundespartei, in den Landesverbänden, in den Vereinigungen, in den Stadträten und Kreistagen genauso wie in den Landtagen und im Bundestag.

Politische Verantwortung steht auch über unserem heutigen Parteitag: Verantwortung für das Land, Verantwortung für die Menschen, Verantwortung für die Zukunft. Dieser Auftrag entspricht auch der klaren Erwartungshaltung der übergroßen Mehrheit in unserem Land. Keiner sollte sich etwas vormachen, welches Bild in den vergangenen Wochen Politik abgegeben hat, welcher Stil, welche Taktiererei, welche selbstbezogenes Herummosern so manche Debatte gekennzeichnet hat. Das alles war und ist wirklich kein Ruhmesblatt für die Politik unseres Landes.

(Beifall)

Politische Verantwortung ist etwas, was weit über die Handelnden hinausweist. Politische Verantwortung ist etwas, was weit über die Grenzen der eigenen Partei hinausweist. Das ist kein Spiel. Politische Verantwortung heißt, sich um das Schicksal unseres Vaterlandes zu kümmern. Politische Verantwortung ist bei der Union daheim. Die Menschen konnten sich immer darauf verlassen, dass die CDU, wenn es darauf ankam, wusste, was es heißt, diesem Land zu dienen. Das ist Markenkern der CDU.

(Beifall)

Wir werden als Volkspartei umso erfolgreicher sein, je mehr wir dieses Verantwortungsgefühl auch im Handeln deutlich machen. Da sind wir gut aufgestellt: mit Peter Altmaier als hoffentlich zukünftigem Wirtschaftsminister, mit Helge Braun als Chef des Kanzleramts, mit Monika Grütters als Staatsministerin für Kultur und Medien, mit Hendrik Hoppenstedt als Staatsminister im Kanzleramt, Anja Karliczek als Bundesbildungsministerin, Julia Klöckner als Bundeslandwirtschaftsministerin, Jens Spahn als Bundesminister für Gesundheit, Ursula von der Leyen als Bundesverteidigungsministerin und Annette Widmann-Mauz als Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration. Wir haben eine starke Mannschaft, liebe Freunde, die sich in der Regierung kraftvoll in den Dienst unseres Landes stellen wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, dazu gehören genauso unsere Ministerpräsidenten, allen voran jener, der im Herbst einen wichtigen Wahlkampf vor sich hat. Lieber Volker Bouffier, ich sage das als Vorsitzende der CDU Deutschlands, aber auch ganz persönlich: Wir werden mit aller Kraft dafür arbeiten, dass Du Deine erfolgreiche Arbeit als Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen fortsetzen kannst. Alles Gute!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben mit Reiner Haseloff, Armin Laschet, Daniel Günther, Michael Kretschmer und ab dieser Woche dann hoffentlich auch mit Tobias Hans eine vielversprechende Mischung aus Erfahrung und jungen Kräften. Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, dass diese Riege in den nächsten Jahren noch anwächst.

(Beifall)

Und natürlich gehört zum Erfolg auch eine starke Arbeit in den Parlamenten. Da können wir im Deutschen Bundestag auf eine Fraktion unter bewährter Führung von Volker Kauder setzen und auch auf viele junge Frauen und Männer, die im Fraktionsvorstand Verantwortung tragen. Auf gute Zusammenarbeit, lieber Volker Kauder.

(Beifall)

Schließlich gibt es eine schlagkräftige Bundespartei, die unseren Gestaltungsanspruch und unsere programmatische Positionsbestimmung in den kommenden Monaten und Jahren voranbringen wird. Das ist angesichts der vielen Umbrüche, Krisen und neuen Herausforderungen auch dringend notwendig. Deshalb freue ich mich, dass sich Annegret Kramp-Karrenbauer als Generalsekretärin dieser Aufgabe stellen will.

(Beifall)

Ich hoffe darauf, dass Annegret Kramp-Karrenbauer nachher Ihre Unterstützung bekommt; denn mit ihr in der Führungsspitze der Partei wird es uns gelingen, unsere Partei, unsere CDU so zu positionieren, dass wir auch künftig auf der Basis unserer Grundüberzeugungen und unserer Werte dem Auftrag gerecht werden, den wir seit über sieben Jahrzehnten jeden Tag aufs Neue spüren, und dieser Auftrag heißt: Verantwortung für dieses Land.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben ein Team, auf das wir stolz sein können und auf das ich mich freue. Wir haben Tausende, die vor Ort in den Ländern und Kommunen und auch im Ehrenamt Verantwortung tragen.



Die CDU übernimmt Verantwortung, damit es Deutschland auch in Zukunft gut geht. Es liegt an uns, ob wir den Willen und die Bereitschaft ausstrahlen, dieses Land gestalten zu wollen. Es liegt an uns, dass unser Land in schwierigen Zeiten auf Erfolgskurs bleibt. Und es liegt an uns, ob wir als Partei die richtigen Antworten für die heutige Zeit finden. Ich möchte, dass uns das gemeinsam gelingt, und ich bin optimistisch, dass wir das trotz aller Schwierigkeiten schaffen. – Herzlichen Dank.

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Liebe Freundinnen und Freunde, vielen Dank an die Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, für ihren Bericht und die Einführung in den Koalitionsvertrag.

Wir haben nun einen arbeitsreichen Tag vor uns. Es liegen viele Wortmeldungen vor. Deshalb steigen wir gleich in die Debatte ein.

Das Wort hat als erster Christian Haase aus Nordrhein-Westfalen. Ans Pult gehen kann auch schon Paul Ziemiak, Bundesvorsitzender der Jungen Union. – Christian Haase.

**Christian Haase:** Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Delegierte! Aus kommunaler Sicht war die letzte Legislaturperiode die erfolgreichste in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Ich denke hierbei nur an die allgemeine Entlastung von fünf Milliarden Euro jährlich und an die Entlastung bei den Schulinvestitionen in Höhe von sieben Milliarden Euro. An diesen Erfolg knüpft der Ihnen vorliegende Koalitionsvertrag nahtlos an. Der Koalitionsvertrag enthält 258 Passagen mit kommunalem Bezug. Insgesamt stammen 60 Prozent davon aus Unionshand. Ich glaube, damit kommt unsere klare Handschrift entsprechend dem Wahlergebnis zum Ausdruck.

Der Bund setzt sich weiterhin intensiv für die Kommunen ein. Wichtig ist in dieser Legislaturperiode, dass tatsächlich auch jeder Cent in den Rathäusern ankommt.

Im Bereich Bildung und Schule wird sich der Bund weiter mit Milliardenbeträgen für die Kinderbetreuung engagieren und damit diese wichtige kommunale Aufgabe unterstützen. Auch die Unterstützung bei der IT-Ausstattung stärkt die kommunale Schulinfrastruktur. Wichtig ist dabei die Feststellung im Koalitionsvertrag, dass diese Mittel Landesmittel oder kommunale Mittel nicht ersetzen, sondern ergänzen sollen.

Aber bei aller Freude: Es wäre im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung besser gewesen, das Geld nicht direkt, sondern über die Umsatzsteuer weiterzuleiten. So sehen wir hier die Gefahr „Goldener Zügel“ und die des Wegs in Richtung mehr Zentralismus. Meine Damen und Herren, das ist keine CDU-Politik und muss deshalb Ausnahme bleiben.

Eine besondere Herausforderung für die Kommunen ist der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bis 2025. Das ist familien- und bildungspolitisch ein wichtiger und richtiger Schritt; denn Bedarf und Notwendigkeit sind gegeben. Als Union stehen wir für die Vereinbarkeit von Schule und Beruf. Uns ist die Wahlfreiheit für Familien wichtig.

Die Herausforderung bei der Umsetzung im Bereich der Investition und des Personals müssen wir nun zusammen mit Bund, Ländern und Kommunen rasch angehen. Wir werden dabei auf Flexibilität achten, bedarfsgerechter vorgehen und die Vielfalt der in den Kommunen und Ländern bestehenden Betreuungssysteme einbeziehen.

Meine Damen und Herren, der Bund bleibt auch in finanzieller Hinsicht ein zuverlässiger Partner. Wir werden alle kommunal entlastenden, wirksamen Programme fortführen. Dazu gehören die Städtebauförderung sowie die bisherigen Programme im Zusammenhang mit Flucht, Integration und Migration. Allein das macht acht Milliarden Euro aus.

Wir sind uns sicherlich einig: Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, brauchen Asylverfahren, die schnell, umfassend und rechtssicher bearbeitet werden. Die Bearbeitung der Asylanträge erfolgt künftig in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen, in denen BAMF, Bundesanstalt für Arbeit, Jugendämter, Justiz, Ausländerbehörden und andere Hand in Hand arbeiten. In den sogenannten Ankereinrichtungen sollen Registrierung, Identitätsfeststellung, Entscheidung und Rückführung durchgeführt werden. Nur Personen, die länger bei uns bleiben, werden zukünftig auf die Städte weiter verteilt. Diese Lösung ist die einzig richtige und entspricht unseren Forderungen als KPV.

Den Breitbandaufbau und den flächendeckenden Ausbau der 5-G-Mobilfunkversorgung treiben wir durch Maßnahmen im Koalitionsvertrag weiter voran. Ich begrüße ausdrücklich, dass nur noch Glasfaser förderfähig sein soll. Wenn wir bis 2025 flächendeckend den Sprung in die Gigabitgesellschaft schaffen wollen, dürfen wir uns nicht mehr mit der Technik von gestern beschäftigen, sondern müssen klotzen und nicht kleckern.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu dient auch die Bereitstellung von Bundesmitteln in Höhe von zehn bis zwölf Milliarden Euro in den kommenden Jahren. Wichtig ist dabei, dass die Bundesförderung besser mit den Landesprogrammen abgestimmt und unbürokratisch ausgestaltet wird. Ebenso müssen wir bei den immer noch zu großen Funklöchern, besonders im ländlichen Raum, tätig werden. Die Lizenzvergabe für Funkfrequenzen wird mit Ausbaauflagen kombiniert. Es muss die Vorgabe gelten: neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung.

Die Stärkung des ländlichen Raumes und das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse überall im Land finden sich in zahlreichen Kapiteln des Koalitionsvertrags wieder. Ebenso gehören die Verbesserung des ÖPNV oder die flächendeckende Gesundheitsversorgung durch gut erreich-

bare Ärzte, wohnortnaher Geburtshilfe, Hebammen und Apotheken dazu. Dass in diesem Bereich angepackt werden muss, haben alle Parteien in den Blick genommen. Künftig soll bei Bundesprogrammen vor allem die Wechselwirkung zwischen dem städtischen und ländlichen Raum stärker berücksichtigt werden. Die dafür eingesetzte Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ werden wir als KPV unterstützen. Dass wir mit dem Heimatministerium jetzt eine feste Verantwortung und Verankerung der Kommunen auf ministerialer Ebene haben, erfüllt einen von uns lange gehegten Wunsch. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit auf dieser Ebene.

Meine Damen und Herren, die konkreten Maßnahmen und Ziele des Koalitionsvertrages bringen unser Land in jeder Hinsicht nach vorne. Ich habe hier nur einige wenige kommunale Highlights herausgegriffen. Jeder, der den Koalitionsvertrag einmal selber gelesen hat, wird zu dieser Einschätzung kommen; denn der Koalitionsvertrag gibt Antworten auf die Fragen, die unser Land beschäftigen. Er zeigt auf, wie man sich bei uns sicherer fühlen kann. Er beschreibt, was wir tun müssen, um Familien und Kinder noch besser zu unterstützen.

Wir kümmern uns um Schulen. Wir sorgen dafür, dass sich niemand in unserem Land abgehängt fühlen muss. Wir sorgen bei Rente und Pflege für mehr soziale Sicherheit, und wir beschreiben, wie wir die Digitalisierung gestalten wollen. Wir wollen, dass Europa wieder zu mehr Einigkeit zurückkommt und für seine Versprechen – Freiheit, Sicherheit und Wohlstand – einsteht. Wir haben verstanden, und wir kümmern uns. Darum bitte ich um Zustimmung zum Koalitionsvertrag. – Danke.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Haase, Bundesvorsitzender der KPV. – Jetzt hat sich Paul Ziemiak, Bundesvorsitzender der Jungen Union, zu Wort gemeldet. Danach: Tobias Hans.

**Paul Ziemiak**: Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Ich freue mich zunächst einmal, dass wir zu diesem Bundesparteitag zusammengekommen sind, um über den Koalitionsvertrag zu beraten und zu diskutieren, sodass wir nicht nur die Inhalte, sondern auch die Personen kennen, die uns in einem möglichen neuen Kabinett vertreten, liebe Freundinnen und Freunde.

Dass wir heute diesen Bundesparteitag haben, war keine Selbstverständlichkeit. Umso mehr freue ich mich darüber und sage: Es soll in Zukunft eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir auf einem Bundesparteitag über den Koalitionsvertrag diskutieren und abstimmen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, heute geht es aber nicht nur um ein Ja oder Nein zu diesem Koalitionsvertrag, sondern es geht darum, was wir bei einer Zustim-

mung, um die ich werbe, in Zukunft daraus machen. Ich glaube, jetzt sind zwei Dinge wichtig: erstens, diesen Koalitionsvertrag mit Leben zu füllen, und zweitens, an die Union angesichts der Frage zu denken, wie wir unser Profil schärfen können. Wir müssen noch ein bisschen nacharbeiten, wenn es darum geht, wie wir diesen Koalitionsvertrag in vier Jahren gestalten.

Mich berührt und beschäftigt vor allem die Frage der Generationengerechtigkeit. Wie gestalten wir unser Sozialsystem? Wie gestalten wir die Rente von morgen? Wie gestalten wir sie so, dass die jungen Beitragszahler nicht morgen das bezahlen, was wir heute versprechen? Wie gestalten wir Europa? Was sind die Fragen, die wir beantworten müssen? Am Ende muss das, was wir nachher inhaltlich beraten werden, deutlich sein: Mit der Union darf es keine Vergemeinschaftung von Schulden in der Europäischen Union geben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Zudem müssen wir uns in den nächsten Jahren weiterhin intensiv mit den Themen Migration in der Welt und Integration von Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, beschäftigen, um am Ende eine Wirtschaftspolitik zu gestalten, mit der wir alles finanzieren können, was wir an Sozialleistungen versprechen. Wir haben vieles geregelt und viele Rechtsansprüche geschaffen, liebe Freunde, aber wir dürfen nicht vergessen: Es gibt keinen Rechtsanspruch auf eine gute Konjunktur in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Am Ende geht es um das Profil der Union. Mich hat es in den letzten Wochen ehrlicherweise genervt, dass in den Medien häufig nur über die Befindlichkeit von SPD-Mitgliedern gesprochen wurde; das mag sein. Aber wir müssen auch darüber sprechen: Was ist Markenkern der Union und wie werden wir diesen als Profil der Union gestalten? Das geht nicht nur die Jungen oder nur die Mittelständler oder nur diejenigen, die den Arbeitnehmerflügel vertreten, etwas an. Es geht darum, dass wir ein Team bilden, dass wir debattieren, dass wir streiten. Ich glaube, die Union hat vieles, aber wir können nicht sagen, dass wir zu viele Debatten haben, sondern eher zu wenige. Der Bundesparteitag ist der richtige Ort, um auch in Zukunft diese Debatten zu führen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Annegret, obwohl du gerade so kein Mitglied der Jungen Union mehr bist, freue ich mich, dass wir eine Generalsekretärin bekommen, die gleichermaßen für die Jüngeren und die Älteren in diesem Land, für die Frauen und für die Männer ein Ohr hat. Du hast den Impuls aus vielen Teilen der Partei aufgenommen, über die Grundsätze zu diskutieren. Ich freue mich, dass wir hoffentlich gleich so eine Generalsekretärin bekommen. Ich erwarte, dass wir dann gemeinsam für die Identität der Union streiten, dass von diesem Parteitag ein Zeichen des Aufbruchs ausgeht und dass wir in den nächsten vier Jahren nicht nur dieses Land gestalten, sondern auch die

Partei voranbringen, liebe Freundinnen und Freunde. Deswegen waren die Debatten in den letzten Wochen so wichtig. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Paul Ziemiak. – Jetzt: Tobias Hans. Und danach: Eugen Abler aus Baden-Württemberg.

**Tobias Hans**: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wenn wir an die letzten Monate denken, erinnern wir uns an ein Bundestagswahlergebnis, das uns nicht zufriedenstellt, und Koalitionsverhandlungen mit Fotos von Balkonen und Parteizentralen.

Ich glaube, uns alle eint die Sorge, wie wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die CDU wiederherstellen können, wie wir das Vertrauen in die Volkspartei CDU wiederherstellen können. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, für Volkspartei, für 40 Prozent steht bundesweit im Moment niemand so sehr wie Annegret Kramp-Karrenbauer, die saarländische Ministerpräsidentin. Es wird Sie nicht überraschen: Wir lassen Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland überhaupt nicht gerne ziehen. Aber wir wissen auch, dass Annegret Kramp-Karrenbauer die Verkehrsverbindung der Sozialdemokratie zum Kanzleramt nachhaltig gestört hat. Der Schul-Express in Richtung Kanzleramt ist sozusagen vor dem Saarbrücker Hauptbahnhof entgleist.

(Beifall)

Als Schul-Express gestartet und nicht ganz ein Jahr später als Kevins Bimmelbahn gelandet!

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, der Weg der SPD zum Kanzleramt ist noch lang. Wir werden dafür sorgen, dass das noch möglichst lange so bleibt.

(Beifall)

Aber Annegret Kramp-Karrenbauer und der Wahlerfolg im Saarland haben noch einmal Lust auf Union in den Ländern gemacht. Wenn wir uns das Team anschauen, angefangen bei Daniel Günther über Armin Laschet bis zu Michael Kretschmer, dann muss man sagen, dass das ein Zukunftsteam für die CDU deutschlandweit ist. Die CDU ist in den Ländern noch einmal wer. Mir wäre es eine Ehre, wenn ich ab Donnerstag als neu gewählter saarländischer Ministerpräsident zu diesem Team dazu gehören würde.

(Beifall)

Ich bin unserer Bundesvorsitzenden dankbar, dass sie das Team, die Aufstellung für die Bundesregierung jetzt bekannt gegeben hat; denn die Frage, wer die Köpfe sind, die das Programm zu verantworten haben, stellen sich die Menschen in unserem Land. Es ging doch der Union immer dann gut, wenn wir für alle unsere Wurzeln – für das Konservative, das Liberale und das Sozia-

le – Figuren hatten. Diese Figuren, diese Köpfe mit ihren Inhalten müssen wir jetzt zeigen, bevor der Koalitionsvertrag letztendlich von den Sozialdemokraten abgesegnet ist. Das ist unser Angebot an die Zukunft dieses Landes, meine Parteifreundinnen und Parteifreunde.

(Beifall)

Wer hätte geglaubt, dass die Sozialdemokraten tatsächlich ihre Unterschrift unter einen Koalitionsvertrag setzen, in dem die Zuwanderung begrenzt wird? Um ehrlich zu sein: Vor der Bundestagswahl hätten wir selbst nicht geglaubt, dass wir unsere Unterschrift darunter setzen. Jetzt haben wir es Gott sei Dank geschafft, hier Geschlossenheit auch mit der CSU herzustellen; das ist gut so. Jetzt wird es an den Zukunftsministerien der Union liegen, dafür zu sorgen, dass Einwanderung und Migration nach unseren Regeln, nach den Regeln eines starken Rechtsstaats, gestaltet werden. Das ist ein Kernelement von CDU-Politik. Daher sollten wir aufhören, zu jammern, dass wir das Finanzministerium nicht mehr haben, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir haben im saarländischen Landtagswahlkampf plakatiert: Heimat wird nie unmodern. – Dazu stehe ich noch heute. Aber es reicht nicht, das auf das Türschild zu schreiben, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde. Wir müssen auf allen Ebenen, angefangen von der Kommunalpolitik über die Landespolitik bis hin zu den Zukunftsbundesministerien für Landwirtschaft und Gesundheit, dafür sorgen, dass Heimat unser Kernelement bleibt. Durch Handeln, durch Politik geschieht das, nicht durch Etiketten. Dafür werden die neuen Köpfe, die Angela Merkel vorgestellt hat, auch sorgen. Dafür brauchen sie aber die Unterstützung dieser Partei, der Christlich Demokratischen Union. Wir werden nur erfolgreich sein mit unseren Themen und unserem Spitzenpersonal, wenn wir geschlossen stehen. Deshalb werbe ich heute hier auch für Geschlossenheit der CDU, der Christlich Demokratischen Union. Ich bitte um Unterstützung für den Koalitionsvertrag und das Tableau von Angela Merkel. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Eugen Abler aus Baden-Württemberg.

**Eugen Abler**: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine Damen und Herren! Ich begrüße zunächst die angedachte programmatische Erneuerung. Sie ist dringend notwendig. Frau Bundeskanzlerin, Sie sprachen vorhin vom Unbehagen der Bürger. Auch ich sehe einige Entwicklungen in unserer Partei und in unserem Land mit Sorge. Die guten Wirtschaftsdaten sind das eine. Die politische Gesamtsituation ist das andere, und sie ist alles andere als beruhigend. Fünf Monate nach der Wahl ist die Bildung einer Regierung noch immer ungewiss. Als Mann der Basis und Vorsitzender eines CDU-Gemeindeverbandes spüre ich die Unzufriedenheit vieler Bürger darüber in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Wir haben am 24. September einen heftigen Denk-

zettel erhalten. Leider hat eine wirkliche Analyse bis heute nicht stattgefunden. In diesem Zusammenhang war Ihre Aussage, Frau Bundeskanzlerin, ich wüsste nicht, was ich hätte anders machen sollen, schwer nachvollziehbar. Ihr Modernisierungskurs hat nur kurzfristig Wirkung gezeigt. In einem langen Prozess haben Sie die CDU nach links geführt. Dabei ist natürlich rechts ein Vakuum entstanden, und das füllen jetzt andere aus. Werte sind für uns oft nur noch Worthülsen. Wir haben das C auf dem Altar des Zeitgeistes geopfert. Hier sind Themen wie die Genderideologie, die Ehe für alle, die Frühsexualisierung der Kinder und das Quotendenken zu nennen. Die Konservativen, die Wertorientierten in der CDU haben ein anderes Verständnis von moderner Politik. Sie sehen sich dem Erbe der Vorfahren und gleichzeitig der Zukunft der Nachkommen verpflichtet. An Bewährtem festhalten, aber den Fortschritt im Auge behalten! Es gibt also nichts Moderneres als eine wirklich konservative Politik.

Wir verraten die Werte des C und reden damit einer neuzeitlichen Dekadenz das Wort. Dafür tragen Sie, Frau Bundeskanzlerin, eine nicht unwesentliche Verantwortung. Die CDU hat mittlerweile das Profil eines abgefahrenen Reifens und ist beliebig geworden. Das C ist aber eine bleibende Verpflichtung zu den Grundwerten wie Gerechtigkeit, Solidarität, Ehe und Familie, Schutz des Lebens, Bewahrung der Schöpfung und einem gesunden Patriotismus. Zum Schrecken vieler wurde die AfD sozusagen über Nacht zur drittstärksten Kraft im Bundestag. Der Weg zu Platz zwei ist vielleicht nicht mehr weit. Eine Million Wähler haben uns den Rücken zugewandt. Diese Wähler gewinnen wir nur mit einer profilierteren Politik zurück. Ist der Koalitionsvertrag dazu geeignet? Bei den diesbezüglichen Gesprächen haben Sie sich, Frau Bundeskanzlerin, offensichtlich von der SPD erpressen lassen. Die SPD-Vertreter fordern sechs Ministerien und bekommen sie alle. Sie sagten auf einem Parteitag einmal: Zuerst kommt das Land, dann die Partei und erst dann die Personen. – Für die SPD hat das offensichtlich nicht gegolten. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben aber die SPD damit durchkommen lassen. Der Koalitionsvertrag spricht oft vom Wollen, bleibt aber häufig im Ungefähren. Die künftige Regierung scheint eine Ausgabenkoalition zu werden. Zukunftsweisende Projekte wie eine große Steuerreform sind leider nicht enthalten.

Stichwort „Zuwanderung“. Frau Bundeskanzlerin, Sie sagten: Deutschland wird bleiben mit allem, was uns lieb und teuer ist. – Das stimmt so nicht. Der Zuzug weiterer Asylbewerber und kultur-fremder Wirtschaftsmigranten verändert unser Land. Da rund 80 Prozent aller Neuankömmlinge dem Islam angehören, ergibt sich zusätzliches Konfliktpotenzial, wie auch die Kriminalitätsstatistiken belegen. Der Islam ist keine tolerante Religion. 100 Millionen Christen werden weltweit verfolgt, häufig von Muslimen. Wir Christen sind laut Koran die Ungläubigen, die man belügen, betrügen und sogar töten darf. Es ist naiv, zu glauben, dass sich die muslimischen Flüchtlinge in Deutschland anpassen werden. Es entsteht eine Parallelgesellschaft mit eigenem Rechtsverständnis. Ich sehe eine große Gefahr in der schleichenden Islamisierung unseres Landes. In diesem Zusammenhang erinnere ich an Paul Kirchhof, der sagte: Der Staat hat die Pflicht, seine kulturelle

Identität zu schützen. Es gebe für ihn „daher keinen Grund, aus Rücksicht auf den Islam oder andere Weltanschauungen die christliche Prägung Deutschlands zu verleugnen“. Ich fordere das Bekenntnis des Staates zum Kreuz. Zu den anderthalb Millionen Migranten der Jahre 2015 und 2016 dürfen laut Koalitionsvertrag jährlich bis zu 220 000 Flüchtlinge in unser Land kommen.

In bereits zehn Jahren sind das weitere 2,2 Millionen Menschen, die sich nur zu einem geringen Teil in unsere Gesellschaft integrieren und auf dem Arbeitsmarkt erscheinen wollen. Damit können wir unseren Fachkräftebedarf nicht decken.

Was wir dringend brauchen, ist ein nationales Wohnungsbauprogramm, um den Druck am Wohnungsmarkt zu entschärfen, weil sonst die Mieten unbezahlbar werden. Außerdem brauchen wir eine völlige Kehrtwende in der Zuwanderungspolitik. Sie soll Einwanderung in unsere Sozialsysteme verhindern. Ausnahmen bleiben berechnete Asylsuchende.

Die Ehe für alle ist gegen die Schöpfungsordnung Gottes. Diese nur auf den ersten Blick taktische Meisterleistung von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, ist ein Verrat an den christlichen Grundwerten und damit eine äußerst bedenkliche Entwicklung. Diese Entscheidung hat wertorientierte Wähler – und davon gibt es noch viele – tief erschüttert. Innerhalb weniger Tage wurde dieses Thema abgeräumt, als gäbe es nichts Wichtigeres. Der Tag der Abstimmung war in der Tat ein schwarzer Freitag.

Zum Stichwort Lebensschutz – ich weiß, es mögen nur noch wenige hören, aber umso wichtiger und existenziell ist es für unser Volk -:

Wir tun viel für Tier-, Klima- und Umweltschutz. Laut Koalitionsvertrag soll es jetzt ein Aktionsprogramm „Insektenschutz“ geben. Weder im Koalitionsvertrag noch in Ihrer Rede, Frau Bundeskanzlerin, waren aber Aussagen zum Lebensschutz zu finden, obwohl Sie, Frau Bundeskanzlerin, vorhin sagten, dass das christliche Menschenbild Ausgangsbild und Maßstab unseres Handelns sei.

Für eine Partei, die das „C“ trägt, muss gelten: Es ist ein umfassender Lebensschutz von der Zeugung bis zum Lebensende unverhandelbar.

Es ist eine erschütternde Tatsache, dass viele ungeborene Kinder – inklusive Dunkelziffer ist von 200 000 Tötungen im Mutterleib im Jahr auszugehen – keine Chance zum Leben bekommen. Wir verlieren das Unrechtsbewusstsein und vergessen: Der Mensch ist nicht Herr über Leben und Tod. – Dabei gilt: Jedes Kind ist ein Geschenk Gottes. Welche Gattung tötet ihren eigenen Nachwuchs? Wo bleibt hier die viel propagierte Willkommenskultur? Wir sollten eine neue Debatte über die größte Tragödie unserer Zeit führen.

Mein Schlussappell: Wir brauchen ein schärferes Profil und eine Rückbesinnung auf unsere christlichen Grundwerte. Zu denken geben könnten uns die Worte eines bekennenden Atheisten. Gregor Gysi sagte einmal: Was ich am meisten fürchte, ist „eine gottlose Gesellschaft“.



Lassen wir uns nicht länger vom Flugsand des Zeitgeistes unsere Sicht vernebeln, sondern orientieren wir uns an der Lebenswirklichkeit der Mehrheit unserer Bürger, an den Bürgern, die morgens in großer Zahl aufstehen, Kinder versorgen, zur Arbeit fahren, für ihren Lebensunterhalt sorgen, Sinn finden und damit unsere Gesellschaft zusammenhalten und unseren Wohlstand sichern!

Die CDU muss sich wieder um die Themen kümmern, die die Bürger bewegen, und deren Ängste ernst nehmen. Das ist in der Tat eine große Aufgabe.

Frau Bundeskanzlerin, Sie werden daran gemessen, ob es Ihnen gelingt, den Niedergang unserer einst großen Volkspartei CDU zu stoppen und umzukehren. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Abler. – Ich bitte die kommenden Redner, etwas konzentrierter zu sprechen; denn wir haben bereits jetzt 50 Wortmeldungen vorliegen. Wir sind eine diskussionsfreudige Partei, und wenn jeder auch an den Nächsten denkt, kommen wir gut durch den Parteitag.

Die Nächste ist Susanne Wetterich, ebenfalls aus Baden-Württemberg. – Danach kommt Volker Bouffier.

**Susanne Wetterich**: Meine Damen und Herren! Wenn wir uns die letzten Monate ansehen, müssen wir feststellen, dass die CDU die einzige Partei ist, die bereit und in der Lage ist, Verantwortung in unserem Land zu übernehmen. Das finde ich eigentlich keine gute Diagnose für unser Land, und es wäre gut, wenn das wieder anders würde.

Das ist unsere Aufgabe als CDU, und das wird uns nur gelingen, wenn es uns gelingt, die Chancen, die sich uns bieten, konsequent zu nutzen. Deswegen sollten wir den Blick auf die Chancen richten, die uns der Koalitionsvertrag bietet. Davon gibt es etliche. Ich will nicht alle nennen, sondern drei Punkte herausgreifen:

Erstens. Familie. Mir gefällt, was darin dazu steht; denn die Familien werden deutlich gestärkt, und es werden ihnen dennoch keine Vorschriften gemacht, wie sie damit umzugehen haben. Als Beispiele nenne ich das höhere Kindergeld, einen höheren Kinderzuschlag, Baukindergeld, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und weitere quantitative und vor allem auch qualitative Investitionen in die Kita-Betreuung.

Zweitens. Digitalisierung. Ich glaube, mit diesem Vertrag werden wir hier tatsächlich vorankommen. Vor allem steht „Glasfaser als Standard“ darin. Das gefällt mir.

Drittens. Stärkung ländlicher Räume. Bessere Infrastruktur, Stärkung des ÖPNV – das nützt übrigens auch den Ballungszentren -, Ausbau der Arztversorgung auf dem Land: Das sind mei-

nes Erachtens wichtige Punkte, die wirkliche Chancen dafür bieten, auch die Einheit und den Zusammenhalt in unserem Land wieder voranzubringen.

Ein Koalitionsvertrag ist immer eine Form von Kompromiss. Es ist Sache von uns als Partei und nicht der Regierung, Unterschiede herauszustellen. Wir als Partei sind gefordert, unsere Grundlagen darzustellen und auch darzustellen, wo wir anders denken als der Koalitionspartner. Ich bin mir sicher, dass wir mit Annegret Kramp-Karrenbauer gut dahinkommen werden. Frau Kramp-Karrenbauer, meine Unterstützung haben Sie.

(Vereinzelt Beifall)

Als Letztes will ich noch etwas zu der Personaldiskussion der letzten Wochen sagen. – Wir sollten auch hier als Erstes einmal auf die Chancen blicken, und ich meine, das Wirtschaftsministerium ist eine wirklich Chance, die wir ergreifen können.

Wir sollten es auch nicht wie die SPD machen, nämlich erst „Hosianna“ und dann „Kreuzige ihn“ rufen. Wir sollten unserem Spitzenpersonal – an erster Stelle unserer Frontfrau – den Rücken stärken, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Bei der Personalauswahl sollten wir uns in erster Linie für die Besten entscheiden. Wir leben in schwierigen Zeiten, und die Besten sind diejenigen, die durch gute Sacharbeit überzeugen, und nicht die, die am meisten Wind machen. Das sollten wir bedenken. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Volker Bouffier ist der Nächste.

(Vereinzelt Beifall)

**Volker Bouffier:** Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteivorsitzende! Liebe Freunde! Dieser Parteitag ist ein Parteitag des Aufbruchs und der Zuversicht. Wir sitzen nicht gelangweilt hier herum, sondern wir legen die Grundlagen dafür, dass Deutschland in eine gute Zukunft geht – unter einer neuen Bundesregierung unter der Führung der Union, mit einer CDU-Bundeskanzlerin, mit Angela Merkel als Kanzlerin für die nächsten Jahre. Das ist das, wofür wir bei der Bundestagswahl gekämpft haben, und das wollen wir jetzt umsetzen, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Vorredner haben sich durchaus auch mit dem Koalitionsvertrag beschäftigt. Ich möchte für die Zustimmung werben.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, es ist richtig, dass wir drei Dinge zusammenbringen: dass wir über das Bundestagswahlergebnis sprechen, dass wir darüber sprechen, warum wir

trotz einer sehr guten Lage kein Ergebnis erzielt haben, das wir selbst erwartet haben, und nicht genügend Vertrauen gewonnen haben und dass wir über die Zukunft reden. Ich möchte, dass wir dies selbstbewusst und zuversichtlich, aber nie überheblich tun.

Es gibt einen großen Unterschied zwischen uns und unseren Mitbewerbern – der Delegierte Abler hat das vorhin auf den Punkt gebracht –: Wir werben um Vertrauen. Das tun alle anderen zwar auch.

Aber wir werben nicht nur um Vertrauen, wir sind auch bereit, Verantwortung zu tragen. Das sind andere nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb möchte ich, dass jeder von diesem Parteitag in dem Bewusstsein nach Hause fährt: In Deutschland gibt es eine politische Kraft für politische Stabilität und für Erfolg. Das ist die Union. – Niemand anders kann das in Deutschland bewerkstelligen.

(Beifall)

Das ist nicht Ausdruck von Überheblichkeit, sondern das ist schlichte Realität. Überlegen Sie einmal einen kleinen Augenblick, es gäbe die Union nicht. Dann hätten Sie fünf Parteien, die zwischen 10 Prozent und 15 Prozent oder 16 Prozent liegen: die Grünen, die Linke, die AfD, die FDP und die SPD. Glaubt irgendjemand, dass man mit diesen fünf Parteien um die 15 Prozent Deutschland vernünftig organisieren kann? Ich glaube das nicht. Die Union ist immer noch die Partei, die mit Abstand die meisten Menschen politisch erreicht. 33 Prozent sind nicht unser Ziel. Wir wollen mehr, aber für unser Selbstbewusstsein dürfen wir einmal sagen: Wir liegen meilenweit vor allen anderen. Wir werden auch weiterhin für Vertrauen werben und zur Verantwortung bereit sein. Das ist die Grundlage für die politische Stabilität und den Erfolg in Deutschland. Das ist unser Markenzeichen als Union, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich werbe für den Koalitionsvertrag, damit wir wieder eine stabile Situation und eine stabile Regierung in Deutschland bekommen. Es stimmt ja, dass viele Menschen Vertrauen verloren haben. Aber noch einmal: Es gibt einen Unterschied zwischen der Union und anderen. Wir sind nicht weggelaufen wie die Freien Demokraten.

(Vereinzelt Beifall)

Sie hatten die Chance, mitzugestalten. Sie haben sich anders entschieden. Das muss man akzeptieren. Das ist eine Entscheidung, die jede Partei selbst trifft. Wir brauchen aber keine Belehrung über die jetzige Situation. Wer wie die FDP mit der jetzigen Situation unzufrieden ist, dem darf ich sagen: Freunde, ihr hattet es in der Hand, eine andere Politik zu machen; wir brauchen von euch keine Belehrungen.

(Beifall)

Ja, wir wollen eine Koalition mit der SPD eingehen. Die SPD hat eine Achterbahnfahrt gemacht, wie ich sie in der deutschen Politik noch nie erlebt habe. So viel Vertrauen hat noch nie jemand in so kurzer Zeit zerstört. Das ist kein Grund zur Freude und schon gar kein Grund zur Hämie. Es gehört aber zur Wahrheit: Der Unterschied zwischen der Union und der SPD besteht darin, dass wir nach der Wahl an dem festhalten, um das wir vor der Wahl gebeten haben, nämlich um Vertrauen. Wer Vertrauen so missbraucht bzw. strapaziert wie die Sozialdemokraten, darf sich nicht darüber wundern, wo er heute steht. Wir empfinden darüber keine Freude. Staatspolitisch ist das alles andere als gut. Dennoch ist das Anlass für uns, diesen Parteitag als Parteitag des Aufbruchs und der Zuversicht zu verstehen; denn wir sind die politische Stabilität und der Garant für Erfolg.

Das zeigt sich auch in diesem Koalitionsvertrag. Ein Koalitionsvertrag ist immer ein Kompromiss, aber ich will an zwei Beispielen deutlich machen, dass dieser Vertrag eine Menge von dem enthält, was wir wollten. Es ist doch zum Haareraufen: In den eigenen Reihen gibt es Leute, die behaupten, 70 Prozent des Vertrags sei sozialdemokratische Politik. Sogar ein Hochschullehrer hat das festgestellt. Ich kann das nicht feststellen. Dass die SPD das jetzt ihren eigenen Mitgliedern erklärt, kann ich verstehen, sie werben um Zustimmung. Wir aber sollten darüber reden, was wir durchgesetzt haben. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Rede auf einige Punkte hingewiesen.

Ich will zwei Beispiele nennen, und ich würde mich freuen, wenn sie jeder Delegierte jeden Tag erzählt; denn wenn wir es nicht erzählen, tut es niemand. In diesem Koalitionsvertrag finden Sie den Rechtsanspruch auf die Nachmittagsbetreuung der Grundschüler. Das war eine zentrale Forderung im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU. Das finden wir jetzt im Vertrag, und wir finden es so, wie wir es als Union wollten. Wir machen den Eltern ein Angebot, aber es ist kein Zwang. Genau das findet sich im Koalitionsvertrag wieder. Meine Damen und Herren, wenn eine unserer zentralen Forderungen sich eins zu eins im Koalitionsvertrag wiederfindet, dann dürfen wir nicht zulassen, dass das im Nachhinein zu einem Erfolg der SPD umgedeutet wird. Das ist unser Erfolg. Reden wir darüber.

(Beifall)

Mein zweites Beispiel ist das schwierige Thema der Migration. Ich habe gerade einem Vorredner zugehört. Er hat eigentlich ununterbrochen nur erklärt, dass das alles ganz schrecklich sei. Niemand wird leugnen, dass dieses Thema eine zentrale Herausforderung ist. Schauen wir mal, was im Vertrag steht. Dort steht eins zu eins unser Regelwerk der Migration. Es wäre schön gewesen, wir hätten es vor dem Bundestagswahlkampf gehabt – das wäre besser gewesen –, aber wir haben es jetzt Gott sei Dank. Wir haben darin zwei Dinge vereinbart, die bisher in der deutschen Politik nicht möglich waren. Dort steht, dass wir auf der einen Seite bereit sind, unsere

humanitäre Verpflichtung zu erfüllen, und dass wir auf der anderen Seite darauf achten, dass die Integrationsbereitschaft unseres Landes nicht überfordert wird. Zum ersten Mal haben die Sozialdemokraten das in einem Vertrag anerkannt.

Wir haben gemeinsam mit der CSU von einer Größenordnung von 200 000 Menschen gesprochen. Diese hielten wir für vernünftig. Jetzt ist im Vertrag von 180 000 bis 220 000 Menschen die Rede. Geschenk! Viel wichtiger ist: Sie haben anerkannt, dass es nicht genügt, ausschließlich die humanitäre Fahne hochzuziehen, sondern dass man auch darauf achten muss, dass dieses Land nicht überfordert wird. Das ist doch das, was wir wollen. Das ist das, was wir immer gesagt haben.

(Beifall)

Schauen wir uns das Thema Familiennachzug für subsidiär Geschützte an. Es waren Thomas de Maizière und ich, die in sehr harten Verhandlungen in der Arbeitsgruppe einen Wechsel erzielen konnten. Auf der einen Seite – das haben wir heute Morgen gehört – wird Stimmung gemacht und es heißt, dass da Millionen von Menschen zu uns kommen. Was haben wir vereinbart? Wir haben einen Systemwechsel vereinbart. Es gibt keinen Individualanspruch mehr, stattdessen machen wir eine Quotenlösung. Es wird ein Kontingent geben. Wir haben vereinbart, dass im Rahmen dieses Familiennachzugs pro Monat 1 000 Menschen ins Land kommen können. Das sind 12 000 im Jahr.

Diejenigen, insbesondere die von rechts und links, die draußen herumlaufen, machen den Menschen Angst, indem sie ständig das Gefühl schüren, es kämen Tausende, ja Millionen zu uns und dieses Land ginge unter. Wir haben erreicht, dass es nur 12 000 pro Jahr sind. Das ist in Ordnung. Das ist vernünftig. Das ist eine humanitäre Tat. Gleichzeitig werden wir nicht überfordert. Das gab es noch nie. Das ist unser Erfolg. Reden wir darüber, dann werden die Menschen auch wieder Vertrauen zu uns finden.

(Beifall)

Ich habe viele gehört, die munter über den Koalitionsvertrag gesprochen haben. Dann habe ich gefragt: Hast du ihn gelesen? – Natürlich nicht. Deshalb nutzen wir den heutigen Parteitag, um über Inhalte, über Richtung und über Zukunft zu reden. Daher sage ich: Ich freue mich, dass Annegret Kramp-Karrenbauer bereit ist, die Aufgabe der Generalsekretärin zu übernehmen. Ich bitte den Parteitag, sie zu unterstützen. – Liebe Annegret – sie ist gerade nicht anwesend; aber das ist egal, sie wird es hören –, wir lassen dich ungern ziehen. Aber das ist ein tolles Angebot an die Partei, aber auch an die Öffentlichkeit. Das zeigt, dass die Partei ein starkes Gewicht hat. In einer Koalitionsregierung muss man immer zusehen, dass man zusammenkommt. Die Partei muss daneben stehen und deutlich machen, was die Union ausmacht. Das wird uns gelingen. Das wird uns auch deshalb gelingen – davon bin ich fest überzeugt –, weil dieser Koalitionsver-

trag und das, was uns ausmacht, uns die Chance bieten, auch in Zukunft erfolgreich um Menschen zu werben.

Meine letzte Bemerkung: Ich bedanke mich bei der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden für die guten Wünsche für unsere Landtagswahl. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Wir haben noch genau sechs Monate. Wir haben das einst rote Hessen, in dem ein Sieg der Sozialdemokratie Standard war, für die Union erobert. Das war nicht einfach. Das war das Ergebnis erfolgreicher, harter Arbeit. Unser Ziel bei dieser Wahl im Oktober ist, dieses Land weiter durch die CDU zu führen. Das ist die einzige Landtagswahl in diesem Jahr für die CDU Deutschlands. Das ist sozusagen der Lackmestest für die politische Stimmung in diesem Jahr. Wir als hessische CDU sind geschlossen und kampffreudig. Wir brauchen aber die Unterstützung der ganzen Partei.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, bitte ich Sie herzlich um Zustimmung zu diesem Koalitionsvertrag. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserer neuen Generalsekretärin. Und ich bitte Sie natürlich, uns mit allen Kräften zu unterstützen. Es ist gut für Deutschland und Europa, wenn wir jetzt eine neue Bundesregierung unter einer christdemokratischen Kanzlerin bekommen. Es ist gut für Hessen und ganz nebenbei auch nicht schlecht für Deutschland, wenn dieses Land weiter durch die Union gestaltet werden kann und nicht zurückfällt in rote oder rot-grüne Zeiten. Dafür wollen wir werben. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. Ich weiß, viele wollen mithelfen. Wir brauchen die Hilfe. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Bouffier. – Jetzt Hermann Gröhe.

**Hermann Gröhe**: Herr Tagungspräsident! Liebe Frau Bundeskanzlerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerne möchte ich ein paar Anmerkungen zur Gesundheitspolitik im Koalitionsvertrag machen. Die Gesundheitspolitik war eines der drei Themen, die im wahrsten Sinne des Wortes bis in die letzte Nacht der Verhandlungen Gegenstand des Ringens zwischen den Parteien war. Es ging um die arbeitsrechtlichen Fragen rund um die befristeten Arbeitsverhältnisse, das Gesundheitswesen und die Fragen der Zuwanderung. Im Raum standen die lautstarken Forderungen des SPD-Bundesparteitages. In der Gesundheitspolitik kamen sie gekleidet in die an Neidgefühle appellierenden Kampfparolen der Notwendigkeit zur Überwindung einer angeblichen Zweiklassenmedizin daher. Ich weise diese Verleumdung unseres solidarischen Gesundheitswesens ausdrücklich zurück, meine Damen, meine Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Wie in kaum einem anderen Land der Welt können sich Menschen in Deutschland darauf verlassen, dass sie die notwendige Behandlung in guter, in sehr guter Qualität erhalten, unabhängig

von ihrem Einkommen. Meine Damen, meine Herren, wer Neidparolen der Sozialdemokraten zurückweist, sagt damit nicht: „Im Gesundheitswesen kann alles so bleiben“, und auch nicht: Der Status quo reicht aus. – Wir müssen die Weichen jetzt so stellen, dass dieses solidarische, dass dieses leistungsstarke Gesundheitswesen seinen Auftrag auch in Zukunft erfüllen kann. Aber zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, zu mehr Fachkräften in der Pflege und vielen anderen Bereichen, zur Digitalisierung und zu einer besseren Vernetzung unserer Krankenhäuser mit einer besseren Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte trägt eine Zwangsvereinigung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung nichts, aber auch gar nichts bei. Deswegen ist es wichtig, dass wir im Koalitionsvertrag für diesen Irrweg die Tür keinen Millimeter öffnen. Das ist eine Absage an jede entsprechende Forderung der SPD.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das Gesundheitswesen weiterentwickeln wollen, dann können wir anknüpfen an das, was wir in den letzten Jahren getan haben, und an das, was in unserem Wahlprogramm steht. Drei Beispiele:

Wir haben mehr als zehn Jahre über einen sogenannten neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff diskutiert. Seit dem 1. Januar des letzten Jahres ist er Wirklichkeit. Seitdem erhalten beispielsweise demenziell erkrankte Menschen – das sind weit über 1,5 Millionen Menschen in diesem Land – endlich gleichberechtigten Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung. Diesem Kraftakt im Leistungsausbau müssen jetzt aber weitere Anstrengungen folgen: für ein bedarfsgerechtes Angebot, für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Deshalb haben wir in unser Wahlprogramm eine konzertierte Aktion mit diesem Auftrag aufgenommen. Diese konzertierte Aktion finden Sie jetzt im Koalitionsvertrag.

Ich nenne ein anderes Beispiel: Mehr als zehn Jahre haben wir über die Modernisierung der Pflegeausbildung gesprochen. Im letzten Jahr haben wir sie im Bundestag beschlossen. Schulgeld im Bereich der Altenpflege gehört damit endlich der Vergangenheit an, meine Damen, meine Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Aber es ist immer noch viel zu tun. Wir wollen Schulgeldfreiheit auch für Physiotherapeuten, für Logopäden, für Ergotherapeuten, für alle Gesundheitsfachberufe. Das steht in unserem Wahlprogramm, und das steht jetzt im Koalitionsvertrag, durchgesetzt von der Union, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich verstehe die Ungeduld der Pflegekräfte; das will ich ausdrücklich sagen. Sie muss uns Verpflichtung sein. Was ich nicht verstehe, ist, dass in den letzten Tagen in so manchem Wirt-

schaftsteil zu lesen war, die pflegepolitischen Aussagen des Koalitionsvertrages seien gleichsam ein sozialpolitisches Füllhorn. Wo findet man denn Hilfe zur Selbsthilfe im sozialen Bereich, wenn nicht in der Pflege? Beispielsweise stärken wir pflegenden Angehörigen durch bessere Angebote den Rücken. Das ist Ausdruck unserer christlichen Überzeugung.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will ein anderes Beispiel nennen: Über zehn Jahre ist um ein Präventionsgesetz gerungen worden. Jetzt haben wir es. Wir werden in diesem Jahr das zweite Mal innerhalb eines Jahres aus den Mittel der gesetzlichen Krankenversicherung über eine halbe Milliarde Euro für Prävention ausgeben. Das klingt gut und ist ein richtiger Schritt. Aber allein an diesem 26. Februar werden wir über eine halbe Milliarde Euro für die Behandlung von Krankheiten ausgeben. Das zeigt, wie viel noch zu tun ist. Dazu gehört nicht zuletzt die Stärkung der Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung. Deshalb haben wir in unser Wahlprogramm ein nationales Gesundheitsportal geschrieben. Über 40 Millionen Menschen suchen im Internet Gesundheitsinformationen. Wir brauchen einen leichten Zugang zu qualitätsgesicherter, zu unabhängiger Information. Das steht in unserem Wahlprogramm, und jetzt steht es im Koalitionsvertrag, durchgesetzt von der Union, meine Damen, meine Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich auch einige persönliche Anmerkungen machen. Ich habe gerne Verantwortung für die Gesundheitspolitik in unserem Land getragen. Viele verbinden Gesundheitspolitik vor allen Dingen mit Milliardenbeträgen oder der Auseinandersetzung mit Lobbyisten, auch mal mit Ellenbogen. Ich denke zuallererst an großartige Frauen und Männer in den Bereichen Pflege, Medizin und Forschung, die ich kennengelernt habe. Besuche in Kinderhospizen in Hamburg, Olpe oder Düsseldorf werde ich wahrscheinlich mein Leben lang nicht vergessen. Ich denke an die Krankenschwester, die mir in einem Behandlungszelt in Monrovia am Ende der Ebolakrise begegnete und stolz sagte: Ich vertrete hier die Charité. Und wie sie die Charité vertrat; aber nicht ihren Arbeitsplatz in Berlin, sondern das Grundprinzip, nach dem diese traditionsreiche Klinik benannt wurde: Charité – Erbarmen. Das ist das Beste, was in uns Menschen steckt. Diesen Frauen und Männern den Rücken zu stärken, ist die vornehmste Pflicht aller Gesundheitspolitik. Dafür wünsche ich meinem Nachfolger viel Erfolg.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Hermann Gröhe, für deine Rede und natürlich auch für deine Arbeit. – Ich rufe jetzt Notburga Kunert aus Nordrhein-Westfalen auf, danach Michael Weickert aus Sachsen.

**Notburga Kunert**: Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Geehrte Delegierte! In Anbetracht der zahlreichen Redner möchte ich es kurz machen.



Ich vertrete hier die Basis, und zu einer Aussprache gehört auch eine ehrliche Diskussion. Unsere Basis hat uns den Auftrag mitgegeben, zu sagen, dass man, angefangen mit dem Wahlprogramm über die Koalitionsverhandlungen bis zu den Ergebnissen, nicht ganz zufrieden ist. Ich denke, es ist ehrlich, dies auch auszudrücken; denn letztlich sind es die an der Basis, die da stehen und Wahlkampf machen und die Vertreter in Bund, Land und den Kommunen stärken. Das darf dann auch gesagt werden.

Diese Kritik richtet sich nicht gegen die guten Punkte im Koalitionsvertrag. Sie richtet sich gegen den Verlust der Basis gegenüber den Spitzen. Der Kontakt der Basis zu den Spitzen scheint ein Stück weit verloren zu sein. Die Menschen fühlen sich nicht mehr mitgenommen. Das gilt es zu ändern. Ich glaube, das ist die große Herausforderung. Es geht nicht nur um neue Köpfe, um eine Verjüngung. Wir vertreten Jung, Mittelalter und Alter, und alle haben die Berechtigung, wahrgenommen zu werden. Alle haben die Berechtigung, mit ihren Bedürfnissen erkannt zu werden und für sie neue Lösungen zu finden.

Wenn jetzt der Koalitionsvertrag beschlossen wird, dann bitte ich darum, die Punkte der CDU und CSU, die für unsere Bürgerinnen und Bürger gelten, voranzutreiben und ein deutliches Zeichen zu geben. Es geht nicht um ein Weiter-so. Auch neue Köpfe müssen für die Basis da sein. Denn: Eine Regierung führt ein Land, aber getragen wird ein Land von den Bürgerinnen und Bürgern. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt Michael Weickert aus Sachsen.

**Michael Weickert:** Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, in den vergangenen Wochen wurde Ihnen nachgesagt, dass der Koalitionsvertrag letztlich dazu da ist, Ihren Machterhalt zu sichern. Machterhalt ist ja in der Politik nichts Verwerfliches; Macht und Mehrheiten sind notwendige Mittel, um Politik zu gestalten. Die Frage, die ich mir stelle und die wir uns als CDU in der Zukunft stellen müssen, aber ist: Was wollen wir mit der Macht, die uns übertragen wurde, machen? Ich persönlich bin der Meinung, dass dieser Koalitionsvertrag am Ende des Tages zu wenige Antworten auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen, gibt.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben berechtigterweise gesagt, dass die Menschen in unserem Land uns bei der letzten Bundestagswahl auch wegen eines schleichenden Vertrauensverlusts in die Institutionen unseres Staates nicht gewählt haben. Das ist die eine Seite der Betrachtung. Die andere ist aus meiner Sicht, dass uns Millionen Menschen auch deshalb nicht gewählt haben, weil sie mit unserer Flüchtlingspolitik unzufrieden waren. Ich glaube, dass wir Fehler im Wahlkampf gemacht haben, Fehler bei der Aufstellung des Wahlprogramms, bei der inhaltlichen Zusammenstellung, und dass diese Fehler in gewisser Weise Konsequenzen nach sich ziehen müssen.

Dieser Parteitag und der Koalitionsvertrag stehen unter dem Motto „Aufbruch, Dynamik und Zusammenhalt“. Einen Aufbruch kann es nur geben, wenn wir ehrlich mit uns selber sind. Ich weiß nicht, ob, wenn wir für einen neuen Zusammenhalt in unserem Land werben, es so glücklich ist, wenn die CDU als letzte Volkspartei, die wir sein wollen, keinen Bundesminister aus den neuen Bundesländern benennt.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Frage werden am Ende des Tages die Wählerinnen und Wähler nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland beantworten. Das ist eine Entscheidung, mit der wir jetzt leben müssen.

Ich glaube, dass die Ansage, dass es immer erst um das Land, dann um die Partei und dann um die Person geht, grundsätzlich richtig ist. Ich bin aber auch der Meinung, dass diese Haltung über einen längeren Zeitraum für eine Parteivorsitzende nur bedingt aushaltbar ist. Am Ende geht es auch darum, stark für die CDU zu sein, eine starke CDU zu sein; denn das ist gut für Deutschland. Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, dass sich mit der AfD rechts von uns eine Partei gebildet hat, die nicht einfach verschwinden wird, die auch mit diesem Koalitionsvertrag nicht einfach verschwinden wird. Ich glaube nicht, dass wir die richtigen Antworten geben, um bei den Menschen, die die AfD gewählt haben, Vertrauen zurückzugewinnen. Deswegen kann ich persönlich diesem Koalitionsvertrag nicht zustimmen.

(Teilweise Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Werner Bahlsen; ihm folgt Christian Bäumler.

**Werner Bahlsen**: Frau Vorsitzende! Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Der Wirtschaftsrat der CDU steht in der Tradition von Ludwig Erhard, der vor 70 Jahren mit der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft unser Land stark und erfolgreich gemacht hat. Seitdem hat die Union breiten Schichten der Bevölkerung Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit gebracht. Deshalb ist es wichtig, dass die CDU die Partei der Sozialen Marktwirtschaft bleibt. Der Wirtschaftsrat betrachtet allerdings mit großer Sorge, dass die marktwirtschaftliche Ausrichtung unserer Partei, ein wichtiger Bestandteil des Markenkerns der CDU, im Zuge der Dritten Koalition weiter an Kontur verliert; denn nach unserer Überzeugung enthält der Koalitionsvertrag große Belastungen für den Wirtschaftsstandort und für die Zukunft Europas.

Mit den im Europakapitel vorgesehenen Maßnahmen droht ein weiterer Weg in die Transferunion, in der deutsche Sparer für die Schulden anderer Länder haften. Doch wer die auf Wettbewerb und Stabilität beruhenden Prinzipien unserer Wirtschaftsordnung zugunsten von Umverteilung und Zentralismus preisgibt, der wird das europäische Projekt nachhaltig beschädigen. Europäische Mindestlohnregelungen und Mittel zur wirtschaftlichen Stabilisierung und sozia-

len Konvergenz ohne Auflagen für notwendige Reformen führen in die falsche Richtung. Nicht von ungefähr hat die SPD die europäische Spar- und Reformpolitik für beendet erklärt.

Die renten- und arbeitsmarktpolitischen Pläne sind teuer und blenden die demografische Entwicklung weitgehend aus. Das zeigt auch der Verzicht auf die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Letztlich gehen diese Pläne zulasten der nächsten, der jungen Generation. Es fehlt eine steuerliche Entlastung der Familienunternehmer und der Leistungsträger unserer Gesellschaft, obwohl der Staat so viel Geld hat wie nie zuvor. Es fehlt ein Konzept für eine Unternehmenssteuerreform, die die Herausforderungen im globalen Wettbewerb zum Beispiel mit Amerika, Frankreich oder Belgien adressieren würde. Es fehlt letztlich ein Masterplan für die globalen Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung und aus der künstlichen Intelligenz ergeben. Deutschland darf in diesen Punkten aber nicht den Anschluss verlieren. Es ist nicht damit getan, dass wir Glasfasernetze ausbauen; das haben andere längst.

Soziale Sicherheit und die Zukunft unseres Landes können nur auf der Basis von stabilem wirtschaftlichem Erfolg nachhaltig funktionieren.

Deshalb gilt die Grundregel: Erst erwirtschaften und dann verteilen. Das gilt natürlich auch für die sozialen Systeme.

Dieser Koalitionsvertrag setzt zuvorderst auf Umverteilung und hat keine Antworten auf die großen Fragen unserer Tage. Dieser Koalitionsvertrag ist kein Konzept für die Zukunft unseres Landes. Deshalb, meine Damen und Herren, hat das Präsidium des Wirtschaftsrates nach ausgiebiger Beratung beschlossen, diesen Koalitionsvertrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Christian Bäumler, danach Barbara Woltmann. Sie kann von Mikrofon 1 sprechen. – Herr Bäumler.

**Christian Bäumler**: Vielen Dank, Herr Präsident, für das Wort. – Ich werde ebenso konzentriert wie meine Vorredner dieses Wort ergreifen. Ich will abweichend von dem, was ich eigentlich sagen wollte, damit anfangen, dass ich auf meinen Vorredner dahin gehend antworte, dass der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands einstimmig für den Koalitionsvertrag votiert hat.

(Teilweise Beifall)

Das bedeutet nicht unbedingt, dass wir mit allem einverstanden sind; aber ich habe in den letzten Wochen für diesen Koalitionsvertrag geworben. Ich habe beim CDU-Kreisverband Schwarzwald-Baar geworben, ich habe bei der CDU in meinem Heimatkreisverband Konstanz geworben, und ich habe beim Deutschen Gewerkschaftsbund in Baden-Württemberg dafür geworben, zusammen mit meiner Kollegin Elke Hannack. Dass wir als Christdemokraten inzwischen beim

DGB für einen Koalitionsvertrag werben müssen, zeigt allerdings schon, wo die Sozialdemokratie steht. Ich habe mit folgenden Argumenten beim DGB geworben: Wir bekommen eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente. Es darf nicht sein, dass Krankheit arm macht. Wir bekommen die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Das ist Ausdruck der Sozialpartnerschaft. Da geht es auch um den Zusammenhalt der Gesellschaft, und es geht darum, dass die Arbeitnehmer nicht mit den Kostensteigerungen des Gesundheitswesens alleine bleiben. Ich habe damit geworben, dass die befristeten Arbeitsverträge eingeschränkt werden. Auch das halte ich für richtig. Ich verstehe nicht, warum wir bei diesen Koalitionsverhandlungen bei diesem Thema die Position der Arbeitgeber vertreten haben. Auch viele CDU-Wähler, viele CDU-Anhänger sind nicht davon begeistert, wenn ihre Söhne oder Töchter einen befristeten Arbeitsvertrag bekommen. Das gefällt denen überhaupt nicht. Wenn wir vom Zusammenhalt der Gesellschaft sprechen, müssen wir eines sehen: Befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und vieles andere mehr, was wir heute auf dem Arbeitsmarkt haben, führen nicht dazu, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft besser wird. Im Gegenteil: Da wird viel Unsicherheit hervorgerufen, da haben Menschen Angst um ihre Zukunft und sehen sich außerstande, ihr Leben zu planen, eine Familie zu gründen. Wer einen befristeten Vertrag hat, kann nicht einmal einen Autokredit abschließen, außer Papa oder Mama unterschreiben mit, kann kein Wohneigentum bilden. Deswegen halte ich es für richtig, dass wir diese befristeten Arbeitsverträge einschränken, dass wir eine Höchstgrenze einziehen.

Lasst mich zum Abschluss noch eines sagen: Wir sollten solche Themen nicht allein der SPD überlassen. Der Umstand, dass die SPD nicht in der Lage ist, sozialpolitische Erfolge umzusetzen, bedeutet nicht, dass wir dieses Gold am Straßenrand liegen lassen sollten. Nachdem ich schon gesagt habe, was mein Bundesvorstand meint, will ich persönlich zum Abschluss noch sagen: Ich bin der Auffassung, konservativ zu sein, ist eine Frage der Haltung. Konservativ zu sein, bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Deswegen werde ich auch als Delegierter Verantwortung übernehmen und diesem Koalitionsvertrag zustimmen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Barbara Woltmann, danach Christean Wagner aus Hessen.

**Barbara Woltmann**: Liebes Tagungspräsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Worüber reden wir heute? Worum geht es? Es geht um nichts weniger als darum, für Deutschland endlich wieder eine stabile Regierung zu bekommen,

(Teilweise Beifall)

und das nach einigen Monaten des Wartens, des Verhandelns. Ich finde es eigentlich einen Skandal, dass wir Parteien haben in Deutschland, die zwar zu solchen Wahlen antreten, dann

aber hinterher sagen: Na ja, das haben wir uns aber jetzt ganz anders überlegt. Lieber gar nicht regieren als schlecht regieren. – Was ist das eigentlich für ein Demokratieverständnis, und was ist das eigentlich für eine Antwort an all die Wähler, die solche Parteien gewählt haben?

(Vereinzelt Beifall)

Oder sagen wir so: Zwischen einer stabilen unionsgeführten Regierung steht unser heutiges Votum – wir wollen noch über diesen Koalitionsvertrag abstimmen – und das Votum der SPD, der Mitgliederentscheid. Ich hoffe inständig, dass wir bei der heutigen Abstimmung ein sehr gutes Ergebnis erzielen werden, aber ich hoffe auch inständig, dass die SPD-Mitglieder so viel Verantwortungsgefühl für dieses Land haben und einsehen, dass endlich wieder gut regiert werden muss. Wir brauchen eine stabile Regierung in diesem Land, in Europa, in der Welt; denn die Probleme werden ja nicht kleiner, und wir müssen endlich wieder eine Antwort haben.

Unsere Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat in ihrer Rede ja die einzelnen Kapitel beschrieben. Ich denke, es wurde deutlich, dass viele gute Dinge in diesem Vertrag enthalten sind. Natürlich hat man nicht alles umsetzen können. Natürlich hat nicht jeder dieser drei Koalitionspartner alles umsetzen können; denn drei Parteien haben unterschiedliche Vorstellungen. Aber ich glaube, dass wir am Ende des Tages sagen können: Unsere wesentlichen Punkte sind drin. Wer jetzt meint, er könne alles umsetzen in einem Koalitionsvertrag, bei dem unterschiedliche Partner miteinander verhandeln, der glaubt vielleicht auch, dass der Zitronenfalter Zitronen faltet. Das ist schlechterdings einfach nicht möglich. Aber ich glaube, dass wir wirklich sagen können, dass ganz wesentliche Punkte drinstehen. Ich bin – ich gebe es zu – nicht mit jedem Punkt hundertprozentig zufrieden, aber in der Bilanz, finde ich, kann sich das sehen lassen und passt das auch.

Wir haben auch schon gehört, was im Bereich Familie, Frauen, Kinder alles auf den Weg gebracht worden ist. Ich möchte unserer Bundesvorsitzenden der Frauen Union, Annette Widmann-Mauz, ganz herzlich danken für ihren tollen Einsatz in den Koalitionsverhandlungen und dafür, dass sie das als Verhandlungspartnerin alles durchgesetzt hat.

(Teilweise Beifall)

Ich bin als Mitglied des Innenausschusses in der letzten Wahlperiode aber auch froh, dass wir so viele Dinge zur inneren Sicherheit und zu diesem gesamten Gebiet drin haben. Auch die neuen sogenannten AnKER-Einrichtungen, über die das gesamte Verfahren abgewickelt werden soll, in denen die Leute bis zu 18 Monate bleiben sollen, bis sie auf die Kommunen verteilt werden oder von dort auch wieder abgeschoben werden sollen, finde ich richtig. Das entlastet nämlich auch unsere Kommunen, das hatte Christian Haase in seinem Beitrag ja auch schon angesprochen, und das finde ich außerordentlich wichtig. Eines ist bei diesem Thema klar – wir wissen alle, wie die Bevölkerung auf dieses Thema reagiert, wie sensibel und vorsichtig wir deswegen auch da-

mit umgehen müssen –: Dass wir Menschen, die in Not sind, helfen, steht, glaube ich, außer Frage. Aber die, die kein Aufenthaltsrecht bekommen, die nicht anerkannt werden, müssen dann auch wieder abgeschoben werden, und zwar konsequent.

(Teilweise Beifall)

Das, meine ich, sind wir den Bürgern auch schuldig. Da braucht es ein stärkeres Zusammenwirken zwischen den Bundesländern und dem Bund, damit das endlich funktioniert. Eines muss ich jetzt aber auch einmal sagen: Im Koalitionsvertrag steht, dass wir davon ausgehen, dass die Spanne von 180 000 bis 220 000 Flüchtlingen nicht überschritten werden darf. Ich will einmal sagen: Irgendwie meinen jetzt alle, das wäre die Obergrenze. Vielleicht ist sie es auch. Wir haben eine Regelung. Ich hätte mir diese vor der Wahl gewünscht; da bin ich ganz ehrlich.

(Vereinzelt Beifall)

Denn wir wissen auch: Ein Streit in der Familie Union ist immer schlecht. Warum war das nicht vorher möglich? Gut, jetzt haben wir eine Regelung, Gott sei Dank. Da bin ich sehr froh. Ich bin auch sehr froh über Ihre klaren Worte, Frau Bundeskanzlerin, zur Absage an jeglichen Antisemitismus bei uns in Deutschland; denn ich hatte als Berichterstatterin das Thema Antisemitismus. Es ist eine Schande, was sich da manchmal auf unseren Straßen abspielt. Es ist eine Schande, dass Menschen jüdischen Glaubens in großen Städten, in bestimmten Stadtteilen nicht mehr mit der Kippa oder dem Davidsstern auf die Straße gehen können, ohne angegriffen zu werden.

Das ist wirklich beschämend und schlimm.

(Beifall)

Zu der Personaldebatte und der Besetzung der Ministerien. Diesen negativen Hype um das Finanzministerium kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Natürlich kann man sich das alles wünschen. Aber auch da mussten Kompromisse geschlossen werden. Das Finanzministerium ist ja auch nicht immer in unserer Hand gewesen. Mir ist genauso lieb, dass wir nach 1966 jetzt das erste Mal wieder das Wirtschaftsministerium haben. An den Wirtschaftsflügel und an die MIT gerichtet muss ich sagen: Ich hätte mir diesbezüglich eine etwas vernehmbarere positive Resonanz gewünscht und nicht so sehr die Kritik daran, dass wir das Finanzministerium nicht mehr haben. Es ist nun einmal so, und wir können damit ganz gut leben.

Mit der Mannschaft, mit der wir jetzt antreten wollen, kann man sehr zufrieden sein. Wir müssen noch abwarten, wie die SPD entscheidet. Aber ich hoffe: sehr verantwortungsvoll. Ich hoffe, dass wir in Kürze wieder eine stabile Regierung bekommen – das ist wichtig –, und zwar unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel.

(Beifall)

Frau Bundeskanzlerin, ich muss sagen: In dieser schwierigen Zeit, die wir im Moment haben, sind Sie für mich der Fels in der Brandung, und das ist auch gut so, dass es so ist. Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Kraft und Gottes Segen bei Ihren weiteren Aufgaben. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, jetzt muss ich einen Kompromiss finden zwischen rheinischer Großzügigkeit und preußischer Disziplin.

(Zurufe: Oh!)

Wir haben in einer Stunde zehn Wortmeldungen geschafft. Vor mir liegen noch 40 weitere Wortmeldungen. Nach Adam Riese wäre es 17.30 Uhr oder 18 Uhr, wenn wir diese Beratung abgeschlossen hätten. Daran schließt sich die normale Antragsberatung an. Außerdem wollen wir heute auch noch eine Generalsekretärin wählen. Deshalb schlage ich Ihnen vor, dass wir die Redezeit jetzt auf drei Minuten begrenzen.

(Beifall)

Ihren Beifall deute ich als Erteilung der Berechtigung, die Redner gegebenenfalls zu unterbrechen, egal wie prominent sie sind.

Jetzt hat das Wort Dr. Christean Wagner aus Hessen.

**Dr. Christean Wagner:** Meine lieben Parteifreunde! Es ist natürlich etwas herb, wenn man das, was man hier vortragen möchte, innerhalb von drei Minuten zu Gehör bringen muss. Das ist fast gar nicht möglich.

Lassen Sie mich am Anfang sagen: Fast auf den Tag genau bin ich 50 Jahre treues Mitglied der CDU. Liebe Freunde, das wird auch künftig so bleiben. Es hat in diesen 50 Jahren Höhen und Tiefen gegeben. Aber unsere Partei hat in dieser Zeit großartige strategische Beiträge für das Wohl unseres Vaterlandes geleistet, wenn ich allein daran denke, dass wir die Soziale Marktwirtschaft gegen den erbitterten Widerstand der SPD eingeführt haben, wenn ich an die NATO-Mitgliedschaft oder an die Wiedervereinigung Deutschlands denke. Hierauf können wir stolz sein.

Liebe Freunde, aber ich will auch hinzufügen: Die gegenwärtige Lage unserer Partei erfüllt mich mit Sorge. Mich erfüllt mit Sorge das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl am 24. September. Es ist das schlechteste Ergebnis nach 1949. Das lässt mich nicht ruhig schlafen. Dieses Ergebnis – ich sage es einmal zugespitzt – schreit nahezu nach Aufklärung über die Ursachen, wenn uns unsere eigene Partei am Herzen liegt. Dieses Ergebnis schreit förmlich nach einer Fehleranalyse, nach einer Antwort auf die Frage: Was haben wir falsch gemacht? Es sind nicht nur die Umstände, die ungünstig waren. Wenn wir vorankommen wollen, müssen wir uns selbst fragen:

Was müssen wir besser machen, damit wir bei der nächsten Wahl wieder 40 Prozent plus x erhalten?

(Beifall)

Liebe Freunde, ich will hinzufügen, dass ich nicht der Einzige bin, der sich in dieser Richtung Sorgen macht. Ich erinnere an die Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse in den letzten Monaten: „FAZ“, „Welt“ oder „Handelsblatt“. Ich erinnere an die Parteifreunde, die sich in einem dramatischen Appell in den letzten Wochen zu Wort gemeldet haben: Roland Koch, Friedrich Merz und Volker Rühe, alles frühere Verantwortungsträger, die wir ernst nehmen müssen. Deshalb müssen wir nach den Ursachen forschen.

Ich sage es stichwortartig. Die erste Ursache ist sicherlich die Flüchtlingskrise und der Umgang mit ihr. Die nächste Ursache ist, dass es eine ganze Reihe von Punkten gegeben hat, die Irritationen ausgelöst haben. Ich nenne beispielsweise die Art und Weise, wie die Ehe für alle zustande kam, oder die Tatsache, dass wir trotz einer relativ großen Mehrheit in der Bundesversammlung das Amt des Bundespräsidenten der SPD überlassen haben. Ich könnte noch weitere Punkte hier vortragen.

Liebe Freunde, eines erfüllt mich mit besonderer Sorge, nämlich die Tatsache, dass wir in den letzten zwei, drei Jahren rechts von uns Platz gemacht haben. Wir sind nicht die einzige Ursache, aber wir haben einen Beitrag zum Entstehen der AfD geleistet. Wir müssen mit aller Macht dafür Sorge tragen, dass wir die 1,3 Millionen Wähler, die wir an die FDP abgegeben haben, und die 1 Million Wähler, die wir an die AfD abgegeben haben, wieder zurückholen. Das ist eine wichtige Aufgabe für die Zukunft.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch einen Gedanken äußern im Hinblick auf den Begriff „konservativ“. Liebe Freunde, in unserem Grundsatzprogramm heißt es zur CDU als Volkspartei:

In ihr sind auch heute die politischen Strömungen lebendig, aus denen sie nach 1945 entstanden ist: die christlich-soziale, die liberale und die wertkonservative.

Deshalb werbe ich dafür, dass wir nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob nicht auch konservativ neben christlich-sozial und neben liberal zum Markenkern unserer Partei gehört.

Liebe Freunde, wir wollen mit aller Kraft gerne unseren Beitrag zur Unterstützung der künftigen Generalsekretärin leisten und dafür sorgen, dass die Flügel der Partei wieder sichtbar werden und dass die Flügel der Partei auch wieder miteinander munter diskutieren. Das halte ich für ein ganz wichtiges Wesenselement unserer demokratisch verfassten Partei. Ich zitiere hierzu Roman Herzog, der Folgendes gesagt hat:



Wer Parteien revitalisieren will, braucht den offenen Diskurs. Der braucht eine Debattenkultur, die Meinungspluralität ernst nimmt ...

Wähler gewinnt man zurück, indem man auch in den etablierten Parteien wieder Streitige Debatten führt. Liebe Freunde, das ist, was wir von unserer Partei und von uns verlangen. Ich wünsche der neuen Generalsekretärin viel Glück und viel Erfolg. Wir wollen sie mit all unseren Kräften gerne dabei unterstützen.

**(Beifall)**

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wagner. Sie sind noch in den Genuss von etwas Großzügigkeit geraten. Jetzt wird es strenger. Zunächst Norbert Röttgen aus Nordrhein-Westfalen und dann Karl-Josef Laumann.

**Dr. Norbert Röttgen:** Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um in der Kürze der Zeit ein paar Anmerkungen zur Notwendigkeit der Erneuerung der CDU zu machen. Ich bin davon überzeugt, dass man sich als Partei immer erneuern muss. Ich glaube aber nicht, dass der entscheidende Punkt dabei ist, dass wir schon zwölf Jahre regieren. Die Notwendigkeit, dass sich die CDU erneuert, kommt gewissermaßen von außen und sie ist Ausdruck von tiefen Umbrüchen. Ich glaube sogar, dass sie eine historische Dimension hat. Darauf müssen wir antworten.

Wir alle kennen, was uns so revolutionär verändert. Ich habe jetzt nicht die Zeit, das auszuführen. Aber ein Beispiel möchte ich nennen:

Das Nebeneinander von reichen und armen Gesellschaften in einer Welt, die zu einem globalen Dorf geworden ist, wo es also die Grenzen, die wir früher kannten, nicht mehr gibt, aber Google Maps überall ist. In dieser Zeit wird als ein Strukturelement Migration bleiben. Wahrscheinlich hat die Migration heute das revolutionäre Potenzial, wie es früher die Ungleichheit der Klassen in Gesellschaften hatte. Das ist eine völlige Veränderung.

Wir sagen: Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen. Ja, aber warum soll das, was in den letzten 30 Jahren nicht gelungen ist, in den nächsten 3 oder in den nächsten 10 Jahren gelingen? Das müssen wir in einem Handlungskonzept aufzeigen.

Bei uns leben viele Hunderttausende von Menschen, die kulturell von unserer Kultur sehr entfernt sind. Wir brauchen also ein neues Konzept für Integration. Das Gleiche könnte man in Bezug auf Digitalisierung und geopolitische Veränderungen sagen.

Was haben all diese Veränderungen mit den politischen Landschaften in Europa und im Westen gemacht? Innerhalb von kürzester Zeit hat es grundlegende Veränderungen gegeben: Trump in den USA, Brexit in Großbritannien, erstmals große Parteien, die Sozialisten in Frankreich oder die Konservativen, sind zu einem Schattendasein verkommen.

Die politische Landschaft hat sich völlig verändert. Warum? Welcher Zusammenhang besteht zwischen den äußeren Ereignissen und der Veränderung der politischen Landschaft? Ich glaube, die Veränderung besteht darin, dass sich viele Bürger mit ihren Ängsten und Verunsicherungen und auch angesichts der Kontroversen, die es gibt, in den Parteien nicht mehr wiederfinden. Das eine hat mit dem anderen zu tun. Und weil das so ist, müssen wir achtgeben und uns fragen, ob in Deutschland eigentlich alles ganz anders ist oder ob es eine ähnliche Entwicklung gibt. Man muss feststellen – das ist nicht als Kritik oder als Attacke gemeint –: Auch wir als CDU haben diese Antworten nicht. Sie standen nicht im Wahlprogramm, und sie stehen konzeptionell auch nicht im Koalitionsvertrag. Ich beklage das nicht und sage nicht: Die CDU fällt zurück hinter die anderen Parteien. Nein, ich glaube eher, es ist ganz anders: Die anderen Parteien haben erst recht keine Antwort. Das heißt, wir haben eine Situation, in der die kollektive Schwäche der Parteien, wie in anderen Ländern auch, das Potenzial hat, zu einer politischen Systemschwäche zu werden. Darum muss sich in der Partei etwas ändern.

Eine letzte Anmerkung: Ich werde dem Koalitionsvertrag selbstverständlich zustimmen, weil vieles Richtige drinsteht und weil wir eine Regierung brauchen. Aber wir brauchen viel mehr als eine Regierung, meine Damen und Herren, wenn wir das Vertrauen zurückgewinnen wollen, wenn wir wollen, dass die Menschen sich bezogen auf das, was sie umtreibt und verängstigt, bei uns wiederfinden. Wir brauchen eine Regierung, die weiß, wozu sie regiert. Wir brauchen eine inhaltliche Orientierung. Das halte ich für notwendig, wenn die CDU die Partei sein soll, die für die Stabilisierung unserer Parteiendemokratie den notwendigen Beitrag leistet. Das ist der Auftrag, den wir in den nächsten Monaten und Jahren erfüllen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Norbert Röttgen. – Jetzt hat das Wort Karl-Josef Laumann, danach Carsten Linnemann.

**Karl-Josef Laumann**: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Der Koalitionsvertrag, über den wir heute Morgen diskutieren, ist eine akzeptable Grundlage für das Regierungshandeln in den nächsten vier Jahren.

Wir haben in diesem Koalitionsvertrag einige Punkte aufgenommen, die für die Arbeitnehmerschaft in unserem Land wichtig sind. Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde im Koalitionsvertrag aufgegriffen. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass wir mehr Verlässlichkeit im Grundschulsystem brauchen. Wie sollen junge Eltern Berufstätigkeit und Familie miteinander vereinbaren, auch um für ihr Alter vorzusorgen, wenn wir in vielen Regionen Deutschlands meilenweit von einer verlässlichen Grundschule entfernt sind? Auch die Fachkräftesicherung hat mit diesem Thema zu tun.

Wenn wir über die Digitalisierung reden, dann reden wir in erster Linie über die Infrastruktur dieser Technologie. Aber es ist auch wichtig, dass wir in Weiter- und Fortbildung investieren, um die jetzigen Belegschaften auf dem Weg der Digitalisierung mitzunehmen; denn wir können die Veränderungen in der Arbeitswelt, doch nicht, wie damals bei der Automatisierung, mit Vorruhestandsregelungen lösen; vielmehr müssen wir die älteren Menschen in den heutigen Belegschaften auf diesem Weg mitnehmen. Auch hier gibt der Koalitionsvertrag viele gute und wichtige Antworten.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, dass es für den Zusammenhalt der Gesellschaft richtig ist, dass wir als CDU dafür sorgen, dass Menschen, die in ihrem Leben lang gearbeitet und viel geleistet haben, im Alter besser dastehen als diejenigen, die, egal aus welchem Grund, das nicht gemacht haben. Der Leistungsgedanke muss sich auch bei denjenigen, die mit wenig Geld auskommen müssen, in irgendeiner Art und Weise auszahlen. Wenn man 35 Jahre geputzt hat, muss man im Alter besser stehen, als wenn man gerade erst in dieses Land gekommen ist.

(Beifall)

Auch wenn Menschen krank werden – zum Beispiel eine Krankenschwester bekommt mit 45 Jahren MS und sitzt im Rollstuhl –, müssen sie sich darauf verlassen können, dass es eine Erwerbsunfähigkeitsrente gibt, die ihnen den Weg zum Sozialamt erspart. Es war immer Bestandteil der Rentenversicherung, auch diese Menschen zu schützen.

(Beifall)

Wenn wir das Versprechen von Vollbeschäftigung ernst meinen, dann brauchen wir auch Antworten darauf, wie diejenigen, die schon lange nicht mehr am Arbeitsmarkt sind, an diesem Versprechen teilhaben können. Auch dazu macht dieser Koalitionsvertrag gute Aussagen.

Ich persönlich freue mich sehr darüber, dass wir in diesem Koalitionsvertrag wichtige Passagen zur Förderung von Wohneigentum haben; denn die CDU wird nur eine gute Zukunft haben, wenn viele Menschen Eigentum haben. Wir sollten den Menschen Eigentum gönnen. Deswegen findet die CDA, dass der Koalitionsvertrag in Ordnung ist und empfiehlt, anders als der Wirtschaftsrat, die Zustimmung. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. – Jetzt kommt Carsten Linnemann und danach Frank Oester-Hellwig.

**Dr. Carsten Linnemann**: Herzlichen Dank. – Lieber Armin Laschet! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stimmen heute über die Koalitionsvertrag ab und damit auch über die Frage, ob

wir innerhalb von zwölf Jahren zum dritten Mal in eine Große Koalition gehen wollen. Bei der ersten Koalition von 2005 bis 2009 haben wir 2 Prozentpunkte in der Wählergunst verloren, bei der letzten Großen Koalition 8,5 Prozentpunkte. Ich möchte wie wir alle, dass das nicht so weitergeht, sondern dass wir aus einer möglichen neuen Großen Koalition gestärkt hervorgehen. Es geht um die Zukunft unserer Partei. Frau Kramp-Karrenbauer hat Recht: Wenn wir über die Zukunft der Volkspartei CDU reden, dann müssen wir uns an 40 Prozent orientieren und nicht an 30 Prozent, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss in den nächsten Jahren im Vordergrund stehen.

(Beifall)

Der Koalitionsvertrag hätte natürlich besser sein können, wahrscheinlich besser sein müssen. Allerdings gibt es Punkte, die meines Erachtens besser verhandelt worden sind als in den Jamaika-Verhandlungen.

Wenn ich mit dem Mittelstand spreche, dann heißt es: Der Fachkräftemangel und die Energiekosten sind das Problem. Aber auch das Thema Sicherheit spielt zunehmend eine Rolle. Die Menschen fragen sich: Kann der Staat die Sicherheit des Einzelnen noch so gewährleisten, wie er es in der Vergangenheit konnte?

Im Koalitionsvertrag gibt es Kapitel zur Integration und zur Inneren Sicherheit. Wir wollen den politischen Islam stoppen. Das hätte es mit Jamaika so nie gegeben.

Gleichzeitig gibt es Kapitel wie das Europa-Kapitel, das wir besser hätten verhandeln müssen. In diesem Kapitel gibt es viel Interpretationsspielraum. Ich sage das deshalb, weil die SPD eine ganz andere Geisteshaltung hat als wir. Die SPD ist für Euro-Bonds, sie will eine Vergemeinschaftung der Schulden. Wir wollen das nicht. Wir wollen keine Transferunion, und wir wollen keine Schuldenunion; vielmehr möchten wir, dass jeder Staat für die eigenen Schulden verantwortlich ist. Wenn es Hilfe gibt, dann Hilfe zur Selbsthilfe, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen ist es richtig, dass wir auf Initiative der Mittelstandsvereinigung gleich einen Antrag beschließen, in dem wir klarstellen: Wenn es zu einem europäischen Währungsfonds kommt, dann wird weiterhin der Deutsche Bundestag das Sagen haben. Der Deutsche Bundestag soll ein Vetorecht bekommen. Die Entscheidung muss in den Händen des Deutschen Bundestages liegen und nicht in den Händen eines Kommissionspräsidenten auf europäischer Ebene, ob er Juncker heißt oder wie auch immer.

Genau das setzen wir auf diesem Parteitag um, genau das ist richtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, es gab Kritik – auch von unserer Seite. Die Kritik hat aber doch nichts mit dem Wirtschaftsministerium zu tun. Ich gebe Angela Merkel völlig recht: Da

liegen jetzt die Chancen beim Thema Digitalisierung, beim Thema Energie und beim Thema Bürokratieabbau. Nein, meine Kritik war dahingehend, dass eine Partei, die 50 Prozent weniger Stimmen als die Union geholt hat, einen Direktzugriff auf drei gewichtige Ministerien hatte: Arbeit und Soziales, Auswärtiges und das Bundesfinanzministerium. Deshalb dieser Weckruf.

Wir müssen aufpassen, dass wir in diesen zentralen Themen unsere Gestaltungskraft und unsere Gestaltungshoheit nicht verlieren. Deshalb war es wichtig, in den letzten zwei Wochen über die Frage zu diskutieren: Was müssen wir tun, damit wir den Gestaltungsanspruch nicht verlieren?

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Carsten.

**Dr. Carsten Linnemann**: Lieber Armin, das nächste Mal rede ich früher, das verspreche ich dir. Ich wollte jetzt eigentlich zum positiven Teil kommen. Vielleicht darf ich dann noch zwei, drei Minuten länger reden.

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Wir verbuchen, dass jetzt etwas Positives käme, und danken dir.

**Dr. Carsten Linnemann**: So schlimm ist es auch nicht. Lieber Armin, lass mich noch einen Punkt ansprechen. Ich freue mich, dass wir eine Debatte über das Grundsatzprogramm führen werden. Dabei geht es um Programmatik, dass wir den Menschen wieder sagen, wofür wir stehen und wofür wir nicht stehen, und darum, dass die nächsten Programme wieder an Kontur gewinnen, damit unsere Markenkerne – ich nenne beispielhaft drei: innere Sicherheit, wirtschaftliche Kompetenz und die Eigenverantwortung des Einzelnen – wieder im Vordergrund stehen.

Ich freue mich – da schließe ich mich allen anderen Rednern an –, dass wir mit Annegret Kramp-Karrenbauer als Generalsekretärin jemanden mit eigenem Kopf bekommen, der nicht immer nur das sagt, was die Regierung sagt, sondern der auch bereit ist – das traue ich ihr zu –, mal den einen oder anderen Schritt weiter zu gehen, damit die Markenkerne unserer Partei wieder deutlich werden. Auf die Zukunft! – Herzlichen Dank und einen schönen Tag.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Carsten Linnemann. – Jetzt Frank Oesterhelweg und danach Christian von Boetticher, der sich dem Rednerpult schon einmal nähern kann. Herr Oesterhelweg, Sie haben das Wort.

**Frank Oesterhelweg**: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich bemühen – das heißt, ich verspreche Ihnen das –, mich an die drei Minuten Redezeit zu halten.

Ich habe die Bitte an die neue Generalsekretärin, Inhalte und Kompetenzen nicht nur klar darzustellen, sondern sie den Menschen auch so darzustellen, dass sie uns verstehen. Ich glaube,

wir reden zu oft an der Sache vorbei und wollen politisch viel korrekter sein, als es sinnvoll ist; denn die Menschen fühlen sich nicht mehr mitgenommen und nicht mehr verstanden. Ich möchte, dass es in Zukunft deutlich wird, wofür und wogegen die Union steht.

Weil ich nur drei Minuten Redezeit habe, erlaube ich mir, ein Thema in aller Kürze anzusprechen. Ich habe heute während des Berichts der Vorsitzenden nicht ein einziges Mal das Wort „Bundeswehr“ gehört. Einmal bei der Begrüßung des Chefs des Bundeswehrverbandes haben wir das Wort „Bundeswehr“ gehört. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Frauen und Männer halten für uns den Kopf hin, und sie haben es verdient, dass sie auch einmal bei einem Bundesparteitag erwähnt werden.

(Beifall)

Wir schicken Frauen und Männer in alle Welt, damit sie dort unsere Werte und unsere Gesellschaftsordnung verteidigen. Wir sind offenbar nicht gewillt und nicht in der Lage, sie vernünftig auszurüsten. Das ist peinlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Aufgabe unserer Streitkräfte ist noch immer – das bleibt es hoffentlich auch – die Landesverteidigung. Das, was wir im Augenblick in den Medien lesen und hören, kann doch nicht sein. Ich erwarte, dass wir endlich handeln und die Streitkräfte wieder einsatzfähig machen, meine Damen und Herren – und zwar nicht irgendwann, sondern so schnell wie möglich, unverzüglich; Sie wissen, was das Wort bedeutet.

Ein letzter Punkt zum Abschluss. Ich erwarte, dass führende Leute in unserer Regierung sich nicht beim kleinsten Vorfall in unseren Streitkräften wegducken, sondern ich erwarte, dass sie sich hinter unsere Streitkräfte stellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Oesterhelweg. Mit 2 Minuten 15 Sekunden haben Sie die Sympathie des Parteitags – ein Maßstab für Christian von Boetticher. Du hast das Wort.

**Christian von Boetticher**: Frau Bundeskanzlerin! Lieber Armin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Geschäftsführer eines Haferflocken verarbeitenden mittelständischen Familienunternehmens wurde ich von der MIT gebeten, ein paar Worte zum Wirtschaftskapitel zu sagen. Ich tue das sehr gerne.

Das Unternehmen, dem ich diene, gibt es seit 198 Jahren. Wir haben 370 Mitarbeiter, eine Ausbildungsquote von 10 Prozent, die letzte betriebsbedingte Kündigung gab es in der Wirtschaftskrise 1927.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaft geht es gut – ich habe das heute ein paar Mal gehört. Aber jeder, der wirtschaftlich tätig ist, weiß, dass die Beantwortung der Frage, wie gut es der Wirtschaft geht, immer eine Momentaufnahme ist. Jeden Tag müssen wir uns unsere Stellung am freien Markt – einem globalisierten, digitalisierten Markt – wieder erarbeiten.

In diesem Zusammenhang müssen wir über ein paar wichtige Rahmendaten sprechen. Es gibt 200 000 Unternehmen, die sich im Übergang zwischen den Generationen befinden. Die Hälfte davon ist bisher ohne Nachfolgelösung. Es gibt 335 Unternehmen, deren Inhaber erklärt haben, sie werden in den nächsten vier Jahren ihr Unternehmen einstellen oder verkaufen. Wenn sie „verkaufen“ sagen, dann meinen sie „am globalen Markt verkaufen“, wenn sie erfolgreich waren. Ich bekomme jeden Monat Angebote von Joint Ventures, von ausländischem Großkapital, die sich gerne in den deutschen Mittelstand einkaufen. Das ist die globale Welt, in der wir uns befinden.

Die amerikanische Steuerreform setzt uns hier alle – auch den deutschen Mittelstand – massiv unter Druck. Denn: Wir können nicht, wie Herr Kaeser, mal eben einige Tausend Arbeitsplätze in die Vereinigten Staaten verlagern, sondern wir sind auf diesen Standort und auf die hiesigen Rahmenbedingungen angewiesen. Wir wollen die Arbeitsplätze in Deutschland halten, aber wir brauchen auch die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir warten immer noch auf eine Steuerreform für mittelständische Familienunternehmen, die diesen globalen Maßstäben entspricht, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir warten darauf, dass sich beim Spitzensteuersatz etwas tut, weil er nicht die Reichen mehr belastet, sondern auch die gesamte mittlere Arbeitsebene der Unternehmen. Er belastet meinen Abteilungsleiter, er belastet meinen Werksleiter, meinen Marketingchef. Das sind alles Menschen, die nicht reich sind, aber mit ihrem Einkommen inzwischen in einem Bereich liegen, in dem wir sie mit der Spitzensteuer belasten. Dagegen müssen wir doch etwas tun, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich möchte etwas zu befristeten Arbeitsverträgen sagen, weil der Kollege von der CDA – nicht Karl-Josef, sondern sein Vorredner – dazu etwas gesagt hat. Befristete Arbeitsverträge waren immer eine Chance. Sie waren eine Chance dafür, Zeitarbeiter in eine Beschäftigung zu überführen. Sie waren eine Chance für Auszubildende, die wir nicht übernehmen können, aber gerne noch so lange beschäftigen wollen, bis sie eine Anschlussverwendung gefunden haben. Sie waren etwas zur Abdeckung von Produktionsspitzen. Und sie waren auch etwas, um für Teilzeitkräfte die Möglichkeit auf Vollzeit freizuhalten.

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Christian.

**Christian von Boetticher:** Dort wieder dranzugehen, ist am Ende ein großes Problem. Das ist der Grund, warum die MIT, warum wir uns erlauben, den Finger in die Wunde zu legen.

Der letzte Satz: Wir hoffen auf unsere Programmkommission zum Grundsatzprogramm, liebe Frau Kramp-Karrenbauer – auch wenn Sie jetzt im Gespräch sind. Wir hoffen, dass wir dort eine Einbindung mit diesen Positionen erfahren, weil es wichtig ist, dass nicht nur der Sozialflügel der Union große Erfolge feiert, sondern auch die Unternehmerinnen und Unternehmen in diesem Land sowie diejenigen, die sich als Konservative dieser Partei verpflichtet fühlen. Wir brauchen hier den gemeinsamen Schulterschluss. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian von Boetticher. – Markus Reichel aus Sachsen, dann Wolfgang Reinhart aus Baden-Württemberg und dann Andreas Lämmel aus Sachsen.

**Dr. Markus Reichel:** Meine Damen und Herren! Wie Sie sehen, halte ich hier eine Uhr, die tickt. Meiner Meinung nach hätte sie schon etwas früher zu ticken beginnen können. Aber ich denke, dass sie für uns alle tickt.

Ich bin vom Kreisverband Dresden als Delegierter entsandt. Ich bin Landesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung Sachsen und außerdem selbstständiger Unternehmer. Herr von Boetticher sprach mir gerade aus der Seele. Wir haben bei uns in Dresden und in der Mittelstandsvereinigung Sachsen unsere Mitglieder befragt. Wir haben gesagt: Wir wollen wissen, was ihr davon denkt. – In Dresden hat man sich im Verhältnis von 60 zu 40 für den GroKo-Vertrag ausgesprochen. In der Mittelstandsvereinigung hat man sich im Verhältnis von 60 zu 40 gegen den Koalitionsvertrag ausgesprochen. Ich als Delegierter bin zutiefst frustriert, dass wir in eine solche Situation gekommen sind, wo ich – egal wie ich heute abstimme – einen großen Teil unserer Mitgliedschaft nicht mitnehmen kann. Wenn wir nicht den Anspruch haben, etwas für mehr als nur die Hälfte unserer Mitglieder zu tun, werden wir nicht weiterkommen. Ich werde heute für den GroKo-Vertrag stimmen, aber nur aus Verantwortungsbewusstsein; denn ich bin der Meinung, dass das besser ist als die angebotene Alternative. Aber ich tue das mit schmerzenden Herzen.

Den letzten Ausschlag dafür hat das Ergebnis der Diskussion gegeben, die die JU und die MIT in den letzten drei Wochen begonnen haben. Personell erkenne ich, dass wir jetzt überhaupt erst beginnen, alle Flügel unserer Partei in die Verantwortung zu nehmen; das ist wirklich gut. Programmatisch begrüße ich, dass wir bei einem der nächsten Tagesordnungspunkte darüber beschließen werden, dass wir einmal ernsthaft formulieren werden, was Soziale Marktwirtschaft bedeutet. Ich gehe davon aus, dass dann, wenn wir das tun, nicht wieder irgendein Programm wie Kai aus der Kiste herausspringt und dass das nicht im klassischen, verschwurbelten



Funktionärspolitikdeutsch ausformuliert wird, sondern dass wir es so tun, dass es unsere Leute und die Leute verstehen, die wir draußen erreichen wollen. Wenn wir über Soziale Marktwirtschaft reden, dann gehe ich davon aus, dass dann bis zum Dezember unser Wirtschaftsminister – ich freue mich, dass wir einen haben – einige konkrete Projekte vorweisen kann, um zu zeigen: Wir machen das.

Ich stimme also für den Koalitionsvertrag, und zwar aus Verantwortungsbewusstsein. Aber ich sage Ihnen: Die Ungeduld ist groß, und die Uhr tickt für uns als Partei eindeutig. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Reichel. – Der nächste Redner ist Wolfgang Reinhart. Danach folgt Andreas Lämmel.

**Wolfgang Reinhart**: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Freundinnen und Freunde der CDU Deutschlands! Wer nicht zu Kompromissen bereit ist, ist für die Politik nicht geeignet. Das hat Helmut Schmidt gesagt. Das, was uns heute vorliegt, ist ein Kompromiss. Der Koalitionsvertrag, über den wir heute debattieren, ist inhaltlich viel stärker, als er von manchem dargestellt wird. Natürlich schlägt zuerst die Stunde der Kritiker. Da wird bemängelt, es handele sich um ein „Weiter so“. Aber ich meine, dass bei einem Land, das dermaßen boomt und prosperiert wie Deutschland, ein „Weiter so“ nicht das Schlechteste ist. Die meisten Länder dieser Erde würden uns um dieses „Weiter so“ beneiden. Tatsächlich geht es weit darüber hinaus, wenn wir über Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Forschung und Arbeit 4.0 debattieren.

Wichtig ist: Die Zuwanderung wird geordnet und begrenzt. Allensbach hat es uns in Stammbuch geschrieben: Die Migration war die Ursache für die Ergebnisse bei den Landtagswahlen 2016 und der Bundestagswahl 2017. Deshalb ist es wichtig, dass wir nun das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates – entscheidend für das Profil der CDU – zurückgewinnen. Das muss oberste Maxime in den kommenden Jahren sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will hinzufügen: Natürlich haben wir uns mehr gewünscht, neben der Ressortverteilung gerade in der Steuerpolitik. Ein Teilabbau des Solidaritätszuschlags erst ab 2021 ist sicherlich nicht das, wofür wir angetreten waren. Die Chance auf eine wirkliche Entlastung wäre jetzt gegeben. Aber jetzt gilt: Regieren statt lamentieren! Nutzen wir die Chance zur Gestaltung und zur Profilierung! Denn wir alle wissen: Noch nie ist alles im Koalitionsvertrag geregelt gewesen, weder der Fall der Mauer noch die Staatsschuldenkrise noch die Flüchtlingskrise. Deshalb appelliere ich heute an alle Abgeordneten: Früher hat Adenauer alles in einem Briefwechsel festgehalten. Kohl hat 1998 nur acht Seiten gebraucht. Wir haben nun 177 Seiten. Nicht in jedes Unterholz gehen! Vertrauen wir auf die Kraft des Parlaments, der Debatte, den Wettbe-

werb und damit auf unsere Parlamentarier, die für ihre Parlamentsarbeit keine Stallorder für vier Jahre brauchen!

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen auch in der CDU eine offene Diskussion, wofür wir in Zukunft stehen wollen. Damit spreche ich die Road Map, die wir brauchen, und das Grundsatzprogramm an. Machen wir die Fenster auf und lassen die Partei einmal atmen! Wir brauchen eine Standortbestimmung. Unsere Themen, unsere Kompetenzen und unser Menschenbild haben Konjunktur. Die Ideale und die Diskurshoheit der 68er haben sich nach 50 Jahren erschöpft. Was zählt, sind jetzt klassische CDU-Themen, Profithemen wie Sicherheit, Ordnung und Identität. Es gibt, liebe Freundinnen und Freunde, eine bürgerliche Trendwende. Es ist nun an uns, daraus Politik zu machen. Darum muss es in den nächsten Jahren gehen. Seien wir mutig und selbstbewusst! Beziehen wir als CDU Deutschlands mit unserer neuen Generalsekretärin Position! Bringen wir die Marke CDU wieder zum Leuchten! Dann kommen wir wieder in Richtung 40 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Wolfgang Reinhart. – Jetzt ist Andreas Lämmel an der Reihe. Dann kommen Dr. Fritz Brickwedde und Sylvia Pantel.

**Andreas Lämmel**: Sehr geehrte Frau Bundesvorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Drei Bemerkungen zum vorliegenden Koalitionsvertrag. Erstens. Es gibt Kapitel darin, die wirklich sehr gut gelungen sind. Die Themen Wirtschaft und innere Sicherheit sind gut platziert, genauso wie das Thema Digitales. Es entspricht den Ansprüchen. Aber zwei Kapitel sind völlig bzw. fast völlig daneben. Das ist zum einen das Thema Europa und zum anderen das Thema Rentenpolitik.

Zu Europa möchte ich sagen: Aus meiner Sicht hat in einem Koalitionsvertrag ein Satz wie „Wir sind bereit, mehr Geld nach Brüssel zu überweisen“ nichts zu suchen. Das ist eine glatte Einladung an Brüssel, von Deutschland das zu fordern, was es gerne haben möchte. Dieses Spiel wurde nun eröffnet. Ich bin sehr gespannt, wie man sich dieser Sache wieder entziehen will. Ich habe hier größte Bedenken.

Zweitens. Ich bin sehr froh, dass wir das Bundeswirtschaftsministerium nach 50 Jahren wieder unter die Leitung der CDU stellen können; das ist schon besprochen. Das ist eine große Chance, die CDU wieder als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft zu platzieren und Handwerkern, Freiberuflern und Selbstständigen wieder eine klare politische Heimat zu geben. Aber um dieses Bundeswirtschaftsministerium zum Erfolg zu führen, lieber Peter Altmaier, müssen aus meiner Sicht zwei Voraussetzungen erfüllt werden. Zum einen muss eine personelle Erneuerung im Bundeswirtschaftsministerium festgeschrieben werden. Wir können uns nicht von grünen Staatssekretären diktieren lassen, welche Politik in diesem Haus gemacht wird.

(Vereinzelt Beifall)

Zum anderen müssen wir verhindern, dass das Bundeswirtschaftsministerium thematisch immer weiter ausgehöhlt wird. Es gibt große Bestrebungen, wichtige Themen auf andere Ministerien zu verteilen. Peter Altmaier hat mir aber gerade versprochen, dass er sich da maximal widersetzen wird.

Dritte Bemerkung. Nach 28 Jahren deutscher Einheit – das ist für mich das Bitterste – wird es eine Regierung unter Führung der CDU geben, an der kein Minister aus den neuen Bundesländern mehr beteiligt ist. Ich halte das für nicht akzeptabel. Wie sollen wir denn den 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands, die in den neuen Bundesländern wohnen, deutlich machen, dass ihre Problemlagen, die wir zu lösen haben, am Kabinetttisch überhaupt keine Stimme mehr haben?

Nun wird davon gesprochen, dass es einen Ostbeauftragten geben soll. Meine Damen und Herren, Sie wissen doch selbst ganz genau: Entweder man sitzt am Kabinetttisch oder nicht. – Deswegen muss ich noch einmal sagen: Für mich ist das nicht akzeptabel.

Ich werde dem Koalitionsvertrag zustimmen, aber das ist aus meiner Sicht die bitterste Pille, die wir zu schlucken haben, und ich glaube, das wird auch noch erhebliche Diskussionen in unseren Wahlkreisen auslösen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Lieber Herr Lämmel, vielen Dank. – Am Kabinetttisch sitzt übrigens auch eine Delegierte aus Mecklenburg-Vorpommern. Das sollen wir auch nicht vergessen, wenn wir über Repräsentanz sprechen.

(Beifall)

Jetzt ist Herr Dr. Fritz Brickwedde aus Niedersachsen dran. – Danach kommt Sylvia Pantel und danach Volker Kauder.

**Dr. Fritz Brickwedde**: Lieber Herr Laschet! Liebe Freunde! Vor diesem Parteitag ist zu viel Negatives gesprochen worden. Auf diesem Parteitag spüre ich aber eine neue Kraft, einen Optimismus, den Willen, die Volkspartei CDU in eine gute, nachhaltige Zukunft zu führen, und darüber freue ich mich nach über 50 Jahre engagierter CDU-Mitgliedschaft.

Ich habe seit 1965 jeden Wahlkampf aktiv mitgemacht. Ich war Kreisvorsitzender und Fraktionsvorsitzender, wir haben Oberbürgermeisterwahlen in der Großstadt Osnabrück mit 54 Prozent gewonnen. CDU kann Volkspartei! Sie muss an sich glauben, und sie muss kämpfen. Dann wird sie auch gewinnen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe mich über eine Äußerung vor diesem Parteitag besonders geärgert. Das Zitat lautet – es ging um die Ressortverteilung –:

Für unsere Partei könnte sich der 7. Februar 2018 als Zäsur herausstellen, als Anfang vom Ende der Volkspartei CDU.

Das ist eine Aussage, die man als verantwortlicher CDU-Politiker nicht machen darf. Sie ist auch grundfalsch.

(Beifall)

Die AfD nutzt dieses Zitat für ihre Internetwerbung, ruft CDU-Leute mit diesem Zitat auf, zur AfD überzutreten, und sagt – ich zitiere –:

Die CDU hat sich zu einer antinationalen Migranten- und globalistisch-multikulturellen Europapartei gewandelt.

Wir halten dem entgegen: Wir sind eine Europapartei, aber wir sind nicht antinational. Wir stehen zu unserem Vaterland Deutschland, wir wissen aber, dass wir Deutschland nur mit Europa in eine gute Zukunft führen können.

(Beifall)

Zu diesem Unsinn „globalistisch“: Wie wollen wir Millionen von Arbeitsplätzen erhalten, wenn wir unsere Stellung im Wettbewerb als Exportweltmeister nicht sichern?

Liebe Freunde, ein Redner hat heute gesagt, wir hätten abgefahrene Reifen. Schauen wir uns doch einmal das Wahljahr 2017 an: Bei fünf Wahlen haben wir zweimal eine CDU-Regierungschefin bestätigt und dreimal Rot-Grün weggeputzt. Ist das eine so schlechte Bilanz?

(Vereinzelt Beifall)

Die SPD redet jeden Tag davon, dass sie sich erneuern muss und will. Meine Damen und Herren, wir haben dagegen folgende drei Ministerpräsidenten: Daniel Günther, 44 Jahre, Michael Kretschmer, 42 Jahre, und – in ein paar Tagen – Tobias Hans, 40 Jahre. Wir machen Erneuerung und reden nicht darüber. Wir sind die Partei, die Zukunft hat.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Lieber Herr Brickwedde, die Zeit ist um.

**Dr. Fritz Brickwedde**: Dann bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. Lasst uns gemeinsam für unsere großartige Volkspartei kämpfen!

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Sylvia Pantel ist die Nächste. Dann kommen Volker Kauder und Stephan Harbarth.

**Sylvia Pantel:** Sehr geehrte Bundeskanzlerin! Sehr geehrte Delegierte! Auch ich werde mich kurz halten.

Sie haben schon Vieles gehört, und ich könnte eigentlich sehr positiv gestimmt sein. Ich habe mich für die Eigentumsförderung und für die Mütterrente eingesetzt, ich freue mich über die Kindergelderhöhung, und ich freue mich auch, dass wir den Alleinerziehenden helfen. Das ist richtig und gut.

Ich höre aber auch die kritischen Stimmen. Ich habe das Programm gelesen und sehe die offenen Teile. Ich weiß, dass der Koalitionspartner das alles etwas anders sieht. Einen Geschmack davon haben wir in den letzten vier Jahren im Bundestag bekommen. Bei jeder Diskussion haben sie Opposition gespielt. Das ist hinterher in der Ehe für alle gemündet.

Die Leute erwarten von uns eine stabile Regierung. Vor vier Wochen hätte ich noch gesagt: Gut, bei dem, was man hier errungen hat, ist das auch richtig. – Ich hätte den Koalitionsvertrag und den vereinbarten Weg unterschrieben. Auch das Personal auf unserer Seite, das die Bundeskanzlerin vorgestellt hat, finde ich hervorragend, und ich freue mich darüber.

Ich sage Ihnen aber: Die Fraktionsvorsitzende Eva Högl hat in der „Welt“ und auch in der „Rheinischen Post“ schon vorher erklärt, sie hätten die Streichung des § 219a – die Abschaffung des Werbeverbots für die Abtreibung – extra nicht in den Koalitionsvertrag geschrieben. Sie schrieb in der „Rheinischen Post“ und in der „Welt“ wörtlich, dass sie das zu einer Gewissensentscheidung machen. Dann machen sie das wie bei der Ehe für alle! Einen Vorgeschmack dafür haben wir am Freitag bekommen.

Es wird von deren Seite keine verlässliche Regierung – von unserer Seite sehr wohl. Es sind keine verlässlichen Koalitionspartner, und deshalb kann ich dem so nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Volker Kauder ist der Nächste.

**Volker Kauder:** Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Liebe Parteifreundinnen! Einem Koalitionsvertrag zuzustimmen, ist die Notwendigkeit, um eine verlässliche Regierung bilden zu können; das ist das Eine. Dann kommt das Zweite: Man muss den Koalitionsvertrag in den vier Jahren, in denen man zusammenarbeitet, auch ausführen. Hier kommt es ganz entscheidend darauf an, dass auch in einer Koalition die eigenen Positionen deutlich werden.

In der letzten Koalition haben wir am einen oder anderen Punkt Chancen ausgelassen, was wir dieses Mal auf keinen Fall machen dürfen. Ich nenne ein Beispiel: Die Mütterrente für neun Millionen Mütter in diesem Land war unser Thema, mit dem wir im Wahlkampf gepunktet und

schließlich gewonnen haben. Weil wir uns alle selber nicht ganz einig waren, ob die Mütterrente gut ist oder nicht, hat Frau Nahles den Erfolg für die Mütterrente eingeheimst. Das darf kein zweites Mal passieren, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deswegen müssen wir vor allem zu den Punkten, die uns wichtig sind – ganz egal, in welchem Haus sie angesiedelt sind –, auch stehen. Wenn Sie dem Koalitionsvertrag zustimmen – und die Sozialdemokraten auch –, werden wir es natürlich auch nicht zulassen, dass zunächst einmal in einem Feuerwerk alle sozialdemokratischen Anliegen auf die Tagesordnung kommen und abgehandelt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird darauf achten, dass jedem Anliegen der SPD ein Anliegen von CDU und CSU gegenübergestellt wird. Nur im Paket wird das Ganze dann verabschiedet.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe die kritischen Anmerkungen durchaus gelesen und gehört, zum Beispiel dass wir den Finanzminister nicht mehr stellen und welche Risiken damit verbunden sind. Dazu kann ich nur sagen: Wir werden als Bundestagsfraktion zeigen, dass das Haushaltsrecht das Recht des Parlaments und nicht eines SPD-Finanzministers ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Es wird darauf ankommen, dass wir im Parlament und in der Bundestagsfraktion zeigen, dass wir uns die Dinge ganz genau anschauen und nicht zulassen, dass einer aus dem Ruder läuft.

Eines sage ich auch: Eines der ersten Gesetze, das neben dem Haushalt auf den Weg gebracht werden muss, wird eines zum Baukindergeld sein. Das Baukindergeld war unsere Erfindung. Die Familienpolitik wurde eins zu eins umgesetzt. Wir wollen, dass jetzt rasch gebaut werden kann, und ein Signal an junge Familien geben. Hier können wir nicht bis Ende des Jahres warten. Das muss möglichst noch vor der Sommerpause in Gesetzesform gegossen und in trockene Tücher gebracht werden.

(Beifall)

Gerade war von der Verlässlichkeit des Koalitionspartners die Rede. Ja, bei § 219 – Werbeverbot – gibt es Diskussionen. Hier werden wir noch aufpassen müssen. Aber ein Punkt spricht für den Koalitionsvertrag: Am 14. März dieses Jahres wäre das Gesetz ausgelaufen, das den Familiennachzug für subsidiär Geschützte aussetzt. Es ist uns zusammen mit der SPD gelungen – obwohl wir noch nicht in einer Koalition sind –, dieses Gesetz zu verlängern. Gleichzeitig haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir etwas auf den Weg bringen müssen, damit subsidiär Geschützte nur noch in einem ganz eng begrenzten Umfang ein Nachzugsrecht für ihre Familien haben. Auch das muss noch vor der Sommerpause fertigwerden.

Dann haben wir allen Grund, zu sagen: Das Thema, das die AfD stark gemacht hat, haben wir ganz in unserem Interesse gelöst, und das sollten wir den Menschen auch sagen. Wir sorgen dafür, dass der Staat seine Aufgaben bei der inneren Sicherheit erledigen kann. Niemand anderes tut es so wie wir. Wenn wir in der Migrationspolitik, in der inneren Sicherheit und in der Familienpolitik vorankommen, zeigen wir, dass wir von der Union das Heft des Handelns in der Hand haben.

Die Wirtschaftspolitik wurde bereits angesprochen. Einen Punkt möchte ich ergänzen. Vorhin wurde von der Bundeswehr gesprochen. In der Finanzierungsliste des Koalitionsvertrags gibt es eine Position, die nicht ausreicht. Ich kann nur sagen: Die SPD hat zugestimmt, dass 2 Prozent des Bruttosozialprodukts notwendig sind, um die Bundeswehr in der NATO auf ein vernünftiges Niveau zu bringen. Wenn die SPD einerseits kritisiert, dass die Bundeswehr in einem nicht ausreichend guten Zustand ist, andererseits aber nicht mehr Geld ausgeben will, ist das nicht zu verantworten. Ich sage Ihnen: Wenn es Spielräume im Haushalt gibt, wird die Bundeswehr nicht vergessen.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Kauder. Der Fraktionschef spricht für die CDU und die CSU, deshalb hat er eine Minute mehr bekommen. – Jetzt spricht Stephan Harbarth aus Baden-Württemberg, danach Thomas Stritzl und dann Hedi Thelen.

**Stephan Harbarth**: Lieber Armin Laschet! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU ist immer die Partei der inneren Sicherheit gewesen, und im Bereich der inneren Sicherheit haben wir auch in diesem Koalitionsvertrag vieles erreicht. Das ist ein persönlicher Erfolg unseres Bundesinnenministers Thomas de Maizière, dem ich dafür wie für seine vorzügliche Arbeit in den vergangenen Jahren herzlich danke.

(Beifall)

Uns als Unionsfraktion fällt jetzt die Aufgabe zu, in der parlamentarischen Arbeit das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, in Gesetze umzusetzen. Zugleich müssen wir das Profil der Union deutlich machen. Mancher fragt sich: Kann das in einer Großen Koalition klappen? Ich bin da zuversichtlich. Drei Bemerkungen:

Erste Bemerkung: Vorratsdatenspeicherung. Die SPD hat sich dagegen gewehrt, im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zur Vorratsdatenspeicherung abzulegen. Der Präsident des BKA hat vor wenigen Tagen gesagt: Wir haben im vergangenen Jahr allein im Bereich der Kinderpornografie 8 400 Täter nicht ermitteln können, weil wir keine Speicherpflicht haben. Da belehren uns die Sozis über den Datenschutz. Ja, es gibt ein Recht auf Datenschutz, es gibt aber auch ein Recht, nicht Opfer von Kinderpornografie zu werden. Diesen Unterschied werden wir der SPD in den kommenden Jahren immer wieder ganz klarmachen.

(Beifall)

Zweite Bemerkung: Linksextremismus. In der Stadt von Olaf Scholz haben wir beim G-20-Gipfel im vergangenen Jahr gesehen, wie rote Horden gewütet haben. Die SPD hat immer wieder versucht, das Thema Linksextremismus kleinzureden, etwa bei der Linksextremistendatei. Für uns als Union ist klar: Wir stehen für den Kampf gegen jeden Extremismus, gegen Rechtsextremismus, gegen Linksextremismus und gegen islamistischen Extremismus. Wir werden die SPD hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Dritte Bemerkung: das Einfordern von Integrationsleistungen. Das ist mit der SPD sehr schwer zu machen. Für uns als Union ist klar: Integrationsleistung ist nicht in erster Linie die Leistung derer, die hier leben, sondern derer, die zu uns kommen wollen. Unser Land bietet denjenigen, die zu uns kommen wollen, unglaublich viele Chancen. Aber weil es diese Chancen bietet, darf es auch etwas erwarten. Es darf erwarten, dass wir in diesem Land keine Machokultur praktizieren, es darf erwarten, dass wir keinen Antisemitismus importieren und dass wir keine Ganzkörperverschleierung wünschen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Linken in diesem Land träumen von Multikulti. Wir wissen, wir brauchen Ordnung auf der Basis unserer Ordnung, und diese werden wir in den kommenden Jahren einfordern. Wenn wir es schaffen, nicht nur den Koalitionsvertrag umzusetzen, sondern auch bei diesen Themen die SPD immer wieder vor uns herzutreiben, dann ist mir um die Zukunft unserer Politik im Bereich der inneren Sicherheit und dann ist mir auch um die Zukunft der Union in dieser Großen Koalition nicht bange. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt spricht Thomas Strizl, danach Hedi Thelen, dann Susanne Altmann-Rommel und Julia Klöckner.

**Thomas Strizl**: Frau Vorsitzende! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es wurde schon fast alles gesagt, nur nicht von mir, deswegen in aller Kürze: Zuerst möchte ich mich bei dem Team bedanken, das über vier Monate hinweg die Koalitionsverhandlungen mit wechselnden Beteiligungen führen musste. Der Koalitionsvertrag, der jetzt mit der SPD dabei herausgekommen ist, ist ein Vertrag, der nicht jeden begeistern muss, der sich aber gemessen an den Schwierigkeiten – faktisch hatten wir schon einen Vertrag mit der Jamaika-Koalition in der Tasche – wirklich sehen lassen kann. Das haben viele bewirkt, und dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall)

Zweitens. Ich gehöre dem Deutschen Bundestag nicht mehr an, und von daher habe ich ein bisschen Distanz. Was wir in den letzten vier Monaten geboten bekamen, war schon wilder



Zirkus. Er wurde nicht von uns, sondern von den anderen veranstaltet. Die einen haben mal gelindert, die anderen haben geschulzt. Ich bin der Bundeskanzlerin, unserer Parteivorsitzenden, daher sehr dankbar, dass sie in diesen vier Monaten die Übersicht behalten hat und das, was wir vorhatten und den Wählern versprochen haben, auch zum Erfolg geführt hat. Das war eine große Führungsleistung, und dafür sollten wir ihr herzlich danke sagen.

(Beifall)

Ich finde es gut – an den Koalitionsvertrag mache ich einen Haken –, dass wir jetzt in die Diskussion zum neuen Grundsatzprogramm mit Annegret Kramp-Karrenbauer einsteigen. Lassen Sie mich einen Punkt, den ich für wichtig halte, aufgreifen. Ihn hat auch die Bundeskanzlerin vorhin bereits aufgegriffen. Man reibt sich ja manchmal die Augen, dass uns die Leute nicht wählen, obwohl es uns materiell so gut geht. Ich glaube, dass es die CDU als Partei Ludwig Erhards, großgeworden mit dem Markenzeichen „Soziale Marktwirtschaft“, leider verabsäumt hat, unter den Bedingungen der Globalisierung eine treffsichere Neuformulierung zu finden. Jetzt stehen wir an der Schwelle zur Digitalisierung. Deswegen sind wir jetzt gefordert, zu definieren, was Fortschritt und Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt für die Menschen in Deutschland bedeutet. Wenn wir diese Frage nicht beantworten, wird sich die Verunsicherung weiter fortsetzen, und dann werden wir trotz materiellen Wohlstands in einer Situation landen, in der uns viele nicht mehr verstehen. Daher ist es eine ganz zentrale Aufgabe, eine Antwort gemeinsam zu erarbeiten und anschließend unter die Wählerinnen und Wähler zu bringen. Hier ist ein Stück des Markenkerns mehr als berührt.

Abschließend möchte ich noch auf einen Beitrag von vorhin, in dem von „abgefahrenen Reifen“ und „wir hätten verraten“ die Rede war, eingehen. Ich finde, es ist gut, dass die CDU begriffen hat, dass sie, wenn sich die Zeiten ändern, diese Änderungen mit vollziehen muss; denn wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit. Das wollen wir nicht. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Stritzl. – Jetzt Hedi Thelen. Danach Susanne Altmann-Rommel und dann Julia Klöckner.

**Hedi Thelen**: Verehrtes Tagungspräsidium! Liebe Delegierte! In der Pflege brennt die Hütte. Das weiß die breite Öffentlichkeit spätestens seit in einer Wahlarena mit unserer Spitzenkandidatin Dr. Angela Merkel ein junger, couragierter Auszubildender in der Pflege aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht hat, sondern Tacheles gesprochen hat. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir auch hier und heute dieses Thema ansprechen.

Das Thema Pflege treibt uns um, weil uns an dieser Stelle der demografische Wandel unserer Gesellschaft am schnellsten, am härtesten und mit den größten Auswirkungen auf die Füße fällt. Wir spüren das schon heute am Fachkräftemangel. Immer mehr Menschen aus den gebur-

tenstarken Jahrgängen wachsen in die große Gruppe der Hochbetagten mit höherem Pflegerisiko hinein, und auf der anderen Seite haben wir eine immer kleiner werdende Gruppe der Erwerbstätigen.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, der mir als stellvertretende Vorsitzende der Frauen-Union wichtig ist: Die Pflege ist weiblich. Mehr als zwei Drittel der Pflegebedürftigen sind Frauen. Weit mehr als drei Viertel der in der Pflege beschäftigten Menschen sind Frauen. Auch in der unbezahlten Pflege, zu Hause, haben wir deutschlandweit 540 000 Frauen und 45 000 Männer, die diese engagierte, die diese hochzuschätzende Arbeit leisten.

Ich muss sagen, dass ich mir aufgrund dieser besonderen Betroffenheit von Frauen eine Frau an der Spitze dieses Ressorts sehr gewünscht hätte, weil ich glaube, dass es da eine besondere Empathie gibt. Trotzdem respektiere ich natürlich den Personalvorschlag, den unsere Vorsitzende uns gestern Abend gemacht hat. Wir haben gute Köpfe, wir haben kluge Köpfe. Ich erlaube mir, jetzt an Jens Spahn, der dieses Ressort vertreten wird, wenn es, was wir uns wünschen, zu einer Großen Koalition kommt, unsere Hoffnungen und Erwartungen zu richten: Lieber Jens Spahn, es brennt die Hütte. Daher kann man nicht erwarten, als neuer Minister mit einer Schonzeit in dieses Amt zu starten. – Wir alle wissen, dass er eine Schonzeit nicht braucht. Er hat ja lange in der Gesundheitspolitik gearbeitet, unter anderem als Obmann und Sprecher. Weil die Probleme so drängen, muss man – das ist unsere dringende Bitte – ganz schnell in die Puschen kommen und die vielen wichtigen und richtigen Dinge, die wir im Koalitionsvertrag zu diesem Thema formuliert haben, angegangen und umgesetzt werden.

Wir brauchen dringend mehr Pflegekräfte, auch wenn wir heute noch gar nicht wissen, wo wir sie hernehmen sollen. Es ist aber wichtig, dass die Menschen in unserem Land den Eindruck haben, positiv in die Zukunft schauen zu können, selbst bei dem Risiko einer Pflegebedürftigkeit. Deshalb möchte ich hier dafür werben, dass wir von der Frauen-Union uns mit dem Gesundheitsminister zusammensetzen und die besonderen Bedürfnisse der Frauen, die von diesem Thema so stark betroffen sind, anschauen. Das gute Prinzip der CDU lautet: Fördern und Fordern. Ich glaube, in diesem Sinne machen wir eine hervorragende Politik. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Thelen. – Jetzt Susanne Altmann-Rommel. Danach Julia Klöckner und danach Dirk Nowak.

**Susanne Altmann-Rommel**: Moin miteinander! Es geht mir hauptsächlich um Folgendes: In diesem Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass Mütter, die vor 1992 drei und mehr Kinder geboren haben, zukünftig drei Elternjahre angerechnet bekommen. Sind wir Mütter mit einem oder zwei Kindern Mütter zweiter Klasse? Warum werden wir hier nicht berücksichtigt? Es geht mir darum, dass wir, wie es im Grundgesetz steht, gleichgestellt werden. Der Koalitionsvertrag kann

diese Mütter doch nicht außen vor lassen. Das kann doch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wir sollten auch diese Rentenpunkte erhalten. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt Julia Klöckner.

**Julia Klöckner:** Liebe Freundinnen und Freunde! Im Vorfeld dieses Parteitages und auch heute in Interviews wurden viele von uns gefragt: Wird die CDU jetzt konservativer? Wer hat gewonnen? Gibt es einen Rechtsruck? Welcher Flügel setzt sich durch? – Ich kann Ihnen sagen: Wir alle haben dann gewonnen, wenn sich kein einzelner Flügel durchsetzt, sondern wir alle Volkspartei bleiben, mit all unseren Flügeln, die wir haben.

(Vereinzelt Beifall)

Allzu häufig sind solche Nachfragen und solche Debatten davon geprägt, dass es viel weniger anstrengend ist, mit Schlagworten zu arbeiten und eben nicht zu definieren, was wir unter „konservativ“ verstehen. Ich finde, es ist eine leere Forderung, wenn man sagt: Wir müssen konservativer werden. – Was heißt das denn? Wenn wir so konservativ wären wie vor 50 Jahren, dann würden heute keine Frauen hier stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir so konservativ wären wie vor 50 Jahren, wären wir nicht glaubwürdig, wenn wir heute sagen: Wir wollen kein Macholand werden. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Das steht bei uns in der Verfassung, und die ist nicht fürs Museum gedacht.

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, orientiere ich mich bei der Definition von „konservativ“ an den Wurzeln unserer Partei, an dem christlichen Menschenbild, an der christlichen Sozialethik, an der christlichen Soziallehre. Darauf beruht unser Grundsatzprogramm. Wir haben es, glaube ich, verlernt, das durchzudeklinieren und dieses Bild vom Menschen auszufüllen. Es geht um die drei Säulen der christlichen Soziallehre: die Personalität, die Subsidiarität und die Solidarität. Was heißt das? Personalität heißt, dass jeder Mensch ein Individuum ist und Freiheit braucht, um sich zu dem entwickeln zu können, wozu er angelegt ist, in der Vielfalt. Deshalb brauchen wir keine Einheitsschulen, nicht eine Schule für alle. Wir sagen: Jedem Kind seine Bildung, weil wir unterschiedlich sind. Wer mit Gewalt Ungleiches gleichmachen will, kommt nicht bei der sozialen Gerechtigkeit raus.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, die zweite Säule ist die Subsidiarität. Das ist die Verantwortung. Es gibt nicht nur die Freiheit – ich kann machen, was ich will –, sondern auch die Verantwortung. Gesellschaft entsteht von unten nach oben. Dieses „oben“ wird nicht definiert, und dann wird die Hecke ge-

radegeschnitten. Subsidiarität heißt Verantwortung in den Kommunen, heißt unsere Basis stärken, heißt die Verantwortung eines jeden Einzelnen mit seinen Talenten stärken. Das ist Verpflichtung. Wenn Sie Ihren Kindern sagen würden: „Wenn du dein Zimmer nicht aufräumst, dann räume ich es auf“, und Ihr Kind dann sein Zimmer aufräumt, müssen Sie über die Cleverness Ihres Kindes nachdenken. Das höchste Maß der Intelligenz liegt nach der Gauß'schen Normalverteilung nicht nur bei den Regierenden. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns von unten nach oben, also subsidiär als Christdemokraten verstehen.

Die dritte Säule ist die Solidarität. Wir Christdemokraten unterscheiden uns von anderen dadurch, wie wir Solidarität definieren. Solidarität ist die Hilfe zur Selbsthilfe, damit jemand aus seiner institutionalisierten Abhängigkeit herauskommt. Damit sind wir wieder bei der ersten Säule, bei der Personalität: Ich bin frei, mich zu dem zu entwickeln, wozu ich angelegt bin. Das macht unsere Wurzeln aus. Das hat nicht das Etikett „konservativ“, „links“ oder „rechts“ verdient. Das ist die Volkspartei der Mitte. Darüber sollten wir diskutieren. Wir sollten uns vergewissern, wo wir stehen.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Julia Klöckner. – Ich habe noch circa zehn, zwölf Wortmeldungen vorliegen. Ich gehe davon aus, dass wir keine weiteren Wortmeldungen annehmen und die Rednerliste hiermit schließen.

(Vereinzelt Beifall)

Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann spricht jetzt Dirk Nowak und danach Tobias Krull.

**Dirk Nowak**: Liebe Parteivorsitzende! Lieber Parteivorstand! Herr Laschet! Zunächst freue ich mich, Sie alle herzlich nach Sachsen-Anhalt einzuladen. Kommen Sie dieses Jahr zu uns nach Burg, in die Kreisstadt. Dort findet die Landesgartenschau statt. Ich denke, für Sie und Ihre Familien gibt es Schönes zu sehen. Es lohnt einen Besuch bei uns.

Wehrpflicht ausgesetzt, Atomkraft abgeschafft, Subsidiaritätsprinzip abgeschafft, Steuererechtigkeit abgeschafft, Verteidigungsfähigkeit abgeschafft, Ehe für alle eingeführt, Gender und Inklusion in den Kitas und den Schulen eingeführt, Doppelpass eingeführt, Internetsensur eingeführt, Rechtsstatus des humanitären Imperativs eingeführt – alle Minderheiten wurden berücksichtigt, dann kommt die Bundestagswahl, und das Ergebnis haben wir heute zu diskutieren.

Über Hannover, Kingston, Schloss Bellevue sind wir heute angetreten, über diesen Vertrag abzustimmen. Ich habe ihn gelesen – als Sohn, als Vater, als Großvater, als Unternehmer, als Arbeitgeber, als Steuerzahler, auch als Deutscher, als EU-Bürger, als Einwohner im ländlichen

Raum, als Mitglied unseres Kreisvorstandes im Jerichower Land und zu guter Letzt als Delegierter. Ich habe darüber hinaus in den vergangenen Wochen und Monaten sehr viele Gespräche mit Menschen in meinem Umfeld, im ganzen Land geführt. Ich persönlich komme zu dem Ergebnis, dass vieles, was den Menschen zurzeit auf der Seele brennt, in diesem Vertrag nicht beinhaltet ist. Ich glaube, dass Allerwesentlichste, was den Menschen auf der Seele brennt, ist unser „rosa Elefant“. Auch heute habe ich ihn wieder gesehen und gehört. Wir alle wissen, es ist das Thema Flüchtlingspolitik.

Man kann dafür oder dagegen sein. Es gibt viele gute Gründe dafür und viele gute Gründe dagegen. Das Grundproblem rund um das Thema „rosa Elefant“ ist aber der Rechtsstaat. Tausendfach am Tag wird Recht gebrochen. Es ist unser Grundgesetz, auf das unser Staat aufgebaut ist; alle Themen, um die sich unsere Diskussion rankt, sind auf das Grundgesetz ausgerichtet. Es ist die Basis unserer heutigen Demokratie. Wenn wir unser Recht Tag für Tag brechen – wir können heute über diesen Vertrag abstimmen und dafür sein oder dagegen –, werden uns unsere Wähler nicht mehr folgen und die Menschen auch nicht. Mein Wunsch wäre also ein ganz dringender Appell, unverzüglich Rechtssicherheit und Recht rund um das Thema Flüchtlingspolitik durchzusetzen. Wenn wir das geschafft haben, sind wir einen großen Schritt weiter.

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Herr Nowak, die Zeit ist überschritten.

**Dirk Nowak**: Ich bin gleich fertig, Herr Laschet. – Ich glaube, eine Minderheitenregierung unter unserer Kanzlerin mit unserer neuen Ministerriege ist allenthalben besser als eine Koalition mit der SPD. Ich persönlich lehne diesen Vertrag ab und lade ein, darüber nachzudenken. – Danke.

(Teilweise Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Der Nächste ist Tobias Krull aus Sachsen-Anhalt; ihm folgt Albrecht Schütte aus Baden-Württemberg.

**Tobias Krull**: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht hier um Programmatik und Personalien. Ob das Gleichgewicht zwischen diesen beiden Punkten in den vergangenen Tagen immer so gestimmt hat, möge jeder selbst entscheiden. Deswegen bin ich auch froh, dass gestern die entsprechenden Personalvorschläge unterbreitet worden sind und wir jetzt an den Start gehen können.

Bei allen Schwierigkeiten und Punkten in diesem Koalitionsvertrag, mit denen auch ich meine Probleme habe, halte ich ihn für einen tragfähigen Kompromiss, den wir als Delegierte heute mittragen sollten. Meine Hoffnung und die Erwartungshaltung vieler Bürgerinnen und Bürger draußen ist es, dass aus dem „wir wollen“ ein „wir werden“ mit diesem Koalitionsvertrag wird und schließlich ein „wir haben“. Gemeinsam mit dem neuen Grundsatzprogramm, einer erfolgreichen Regierungsbilanz auch in den kommenden Jahren und der Einbindung aller Flügel unserer Partei kann es gelingen, dass wir nach der nächsten Bundestagswahl nicht mehr über irgend-

welche Koalitionsmodelle nachdenken müssen, sondern vielleicht auch wieder einmal alleine regieren können, bei allen Schwierigkeiten, die dies hat.

Ein letzter Punkt. Als Vertreter eines ostdeutschen Landesverbandes habe ich natürlich die Diskussion an meiner Basis verfolgt, wie es mit den Personalien aussieht. Unabhängig davon, dass unsere Bundeskanzlerin mit ihrer Biografie selbstverständlich auch die ostdeutschen Interessen im Blick hat und wir nicht weiter vertreten sind, erwarte ich – das ist auch Wunsch meiner Basis –, dass die Punkte im Koalitionsvertrag in diesem Bereich umgesetzt werden. Vielleicht besteht ja auch die Möglichkeit, an anderer Stelle mit prägnanten Persönlichkeiten mit einer ostdeutschen Biografie Akzente zu setzen. Denn: Wir sind eine gesamtdeutsche Partei, und dies sollte sich entsprechend widerspiegeln, und wir sind die einzige Partei, die sich zu Recht noch Volkspartei nennen darf. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Albrecht Schütte aus Baden-Württemberg, danach Ernst Brenning aus Berlin und danach Cornelia Seibeld aus Berlin. – Herr Schütte.

**Albrecht Schütte**: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Es ist viel Gutes in diesem Koalitionsvertrag; das ist schon ausführlich vorgestellt und diskutiert worden. Deshalb möchte ich hier auf zwei kritische Punkte eingehen.

Der Koalitionsvertrag beschäftigt sich im Wesentlichen mit Dingen, die die letzten Jahrzehnte diskutiert worden sind, und kaum mit den Dingen, die uns in den nächsten Jahrzehnten betreffen. Ist es wirklich zeitgemäß, dass wir nichts zum Arbeitszeitgesetz sagen? Glauben Sie doch nicht, dass, wenn man die elf Stunden Ruhezeit nicht einhält, die dort heute geregelt sind, weil man abends um 22 Uhr noch drei Mails schreibt, der Vorstandsvorsitzende belangt wird. Im Falle eines Unfalls verliert der Mitarbeiter den Unfallschutz komplett, und sein direkter Vorgesetzter zahlt. Hier muss in der Umsetzung dringend etwas passieren. Ich hoffe, die Fraktion und die Regierung nehmen das auf.

Zweitens. Es ist gut, dass wir viel für die Leute tun, die Unterstützung brauchen. Es gibt aber auch diejenigen, die das Durchschnittseinkommen haben und vielleicht eine Zeitlang in ihrem Leben auch einmal mehr als das Durchschnittseinkommen verdienen. Für sie ist im Koalitionsvertrag sehr wenig enthalten. Es kann doch nicht sein, dass diese Leute durch die SPD, weil sie alle, die etwas mehr verdienen, möglichst nicht entlasten will, am Schluss durch die kalte Progression und irgendwelche Solidaritätszuschlagsabschaffungs ideen immer mehr belastet werden. Auch hier hoffe ich, dass etwas passiert.

Wenn dann diese Menschen für das Alter vorsorgen wollen, dann gilt es als sozial absolut gerecht, einen Grenzsteuersatz bei der Verzinsung zu fordern. Was heißt das aber bei 1,7 Prozent Inflation? Das heißt, dass Sie eine Verzinsung von 3,4 Prozent brauchen; aber dieses Angebot

gibt es auf dem Markt nicht. Wenn sie über 30 Jahre mit Aktien oder Fonds sparen, zahlen sie auf den Gewinn, der die Inflation ausgleicht, 25 Prozent Abgaben. Es gibt also einen grundlegenden Fehler. Wenn Sie im Betrieb eine Maschine ersetzen, dürfen Sie die Wiederbeschaffungskosten, damit sie den gleichen Wert hat, absetzen. Wenn Sie Ihr Kapital anschauen, das durch die Inflation an Wert verliert, dürfen Sie die Beschaffungskosten, um zum gleichen Kapital zu kommen, nicht absetzen. In den letzten Jahren ist es dazu gekommen, dass der Sparerfreibetrag von 3 000 auf 800 Euro reduziert worden ist. Die Spekulationsfrist ist auf Jahrzehnte verlängert worden, womit man die Inflation am Ende schön besteuern kann. Die Grunderwerbsteuer ist in den allermeisten Ländern erhöht worden. Die Lebensversicherungen sind nicht mehr so steuerbefreit wie früher. Eine Finanztransaktionsteuer hört sich gerecht an, kostet Sie aber über 30 Jahre 1 bis 2 Prozent Ihrer Altersvorsorge, wenn Sie selber sparen. Herr Laumann hat vorhin gesagt: Wir wollen, dass die Leute ein Vermögen bilden können. – Das können sie mathematisch nicht mehr. Deshalb muss hier mit einem großzügigen Freibetrag oder mit einem Sparkonto, bei dem erst mit Entnahme besteuert wird, gegengesteuert werden. Wenn man die SPD gewähren lässt, führt das dazu, dass es nur noch zwei Möglichkeiten gibt, für das Alter vorzusorgen: Sie werden Beamter und hoffen, dass es in 30 Jahre eine Pension gibt, oder Sie wandern aus. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schütte. – Jetzt Ernst Brenning aus Berlin, dann Cornelia Seibeld aus Berlin und dann Klaus-Peter Willsch aus Hessen.

**Ernst Brenning**: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! In einer großen deutschen Wochenzeitung konnte man dieser Tage einen schönen Satz lesen: Wenn die Sonne der Macht sinkt, werden die Schatten von Zwergen riesig. – Ich ärgere mich, wenn eine gänzlich uneitle und überaus vernunftbegabte Kanzlerin ständig – auch aus eigenen Reihen – nicht nur gut geredet wird.

Das ist natürlich die Aufgabe der Presse. Damit verdient sie ihr Geld. Aber ich finde, wir sollten dem nicht folgen. Angela Merkel hat vor anderthalb Jahren nach langem Ringen ihre Bereitschaft erklärt, für vier Jahre anzutreten. Im Gegensatz zu anderen hält sie ihre Zusagen ein.

(Teilweise Beifall)

Und wie gut geht es uns in unserem Land! Seit 13 Jahren immer besser. Wir haben die beste Kanzlerin, die die Bundesrepublik Deutschland je hatte. Ich möchte Sie daran erinnern: Vor anderthalb Jahren hatten wir für diese Aussage einen Parteivorsitzenden aus dem Süden fünf Minuten beklatscht. Auch wenn der Dauerstress aus dem Süden – dort war ja der Schaden leider noch größer – uns unsere Wahlprozente gekostet hat, hatte er trotzdem recht. Natürlich gibt es schwere Probleme in unserem Land und in der Welt. Aber wir haben die richtige Mannschaft zur Bearbeitung. Die humanitäre Geste der Aufnahme von vielen Tausend Menschen hat das Bild

Deutschlands in der Welt weiter aufgehell. Dieses positive Klima wirkt sich auch wirtschaftlich aus. Diese Entscheidung war zutiefst christlich. Dass das sich so nicht wiederholen darf, ist sicher allgemeine Meinung. Auch dazu sagt der Koalitionsvertrag viel Gutes. Aber er muss jetzt auch bei Schwierigkeiten wie bei Abschiebungen durchgesetzt werden, und zwar auch in Thüringen und Berlin, wo rot-rot-grüne Regierungen versuchen, zu regieren. Wir als CDU stehen vor einem Neuanfang, den unsere Kanzlerin gestaltet. Bei uns gibt man nicht das höchste Parteiamt für einen Ministerposten ab, sondern den Sessel einer Ministerpräsidenten zugunsten eines wichtigen Parteiamts. In diesem Sinne sollten wir alle und vor allem unsere Parteioberen zusammenstehen, auch in Hinterzimmern. Lassen Sie uns diesen Koalitionsvertrag, unsere Kanzlerin und ihre Mannschaft unterstützen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brenning. – Cornelia Seibeld aus Berlin, danach Klaus-Peter Willsch, danach Jens Spahn.

**Cornelia Seibeld**: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich gar nicht mit der Frage „Wer ist seit 2015 zu uns gekommen?“ auseinandersetzen. Das würde die drei Minuten Redezeit sprengen. Aber ich möchte mich gerne mit der Frage beschäftigen, wie wir die Menschen, die zu uns gekommen sind, integrieren. Ich komme als Berlinerin aus einer Stadt, in der wir wissen, wie misslungene Integration aussieht. Ich hätte mir gewünscht, dass wir mit der eigentlichen Arbeit schon vor zwei Jahren begonnen hätten. Stattdessen stehen wir immer noch in den Startlöchern. Wenn ich im Koalitionsvertrag lese, dass es mehr Deutschkurse geben muss, die Integrationskurse verpflichtend werden müssen, dann muss ich sagen: Das sind alles Worthülsen. Darum bemühen sich die Kommunen, aber die Realität in den Kommunen und in den Bundesländern ist eine andere. Die Realität ist, dass Frauen sagen, dass sie nicht in gemischte Integrationskurse gehen. Die Realität ist, dass viele gar nicht teilnehmen oder kurzfristig ihre Kurse wieder abbrechen. Wenn ich dann weitere Worthülsen lese wie zum Beispiel, dass die Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen verbessert und beschleunigt werden muss, dann muss ich sagen: Zur Wahrheit gehört auch, dass viele derjenigen, die auf der Flucht vor Vertreibung und aus Sorge um ihr Leben zu uns gekommen sind, gar keine Abschlüsse haben – weder Schulabschlüsse noch Berufsabschlüsse –, die wir anerkennen könnten.

Meine Damen und Herren, wir hätten vor zwei Jahren anfangen müssen, die Menschen, die zu uns gekommen sind, an die Hand zu nehmen, mit unseren Werten vertraut zu machen und mit unserer Erwartungshaltung zu konfrontieren. Ich glaube, dass es dazu noch nicht zu spät ist. Aber ich hätte mir sehr gewünscht, dass dazu im Koalitionsvertrag mehr konkrete Vorschläge stehen und dass es mehr Bereiche gibt, in denen die Bundesregierung die Bundesländer und die Kommunen an die Hand nimmt. Ich erhoffe mir von den verbleibenden dreieinhalb Jahren dieser Bundesregierung, dass es da eine deutlich andere Handschrift gibt und dass es in der prak-



tischen Umsetzung eine Integration gibt, die es uns möglich macht, in unserem Land das, worauf wir stolz sein können, zu erhalten, und die Menschen, die letztlich – das wissen wir alle – bei uns bleiben, in unseren Rechtsstaat und in unser soziales System zu integrieren, sie mitzunehmen. Das bedeutet aber, dass die Bundesregierung die Bundesländer deutlich mehr mitnehmen und ihnen unter die Arme greifen muss. Der Weg, den wir bisher beschritten haben, kann bestenfalls der Anfang sein. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Klaus-Peter Willsch.

**Klaus-Peter Willsch:** Lieber Armin Laschet! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde und Kollegen! Als der Koalitionsvertrag auf den Tisch kam, war meine Erwartung an das Niveau nicht besonders hoch. Ich war mir darüber im Klaren, dass wir mit Koalitionsverhandlungen nicht nachträglich eine Wahlniederlage in einen Sieg verwandeln können. Die Klatsche haben wir am 24. September gekriegt. Die Ursachen dafür weisen auf den September zwei Jahre zuvor zurück. Aber richtig erschrocken bin ich, als ich mir einmal die mediale Darstellung des Teiles des Koalitionsvertrages, der Europa betrifft, durch Martin Schulz angeschaut habe und das mit dem Vertrag selbst verglichen habe. Sie wissen, dass Schulz vorgeschlagen hat, Europa zu intensivieren und bis 2025 in allen Ländern den Euro einzuführen. Alle, die das nicht schaffen, müssten außen vor bleiben. Eine solche Ignoranz gegenüber Entwicklungen, die wir in Europa zurzeit erleben, bei den Sozis anzutreffen, ist schon schlimm genug. Aber Schulz dann unwidersprochen vortragen zu lassen, dass das deutsche Spardiktat beendet sei und zukünftig Investitionen für Europa möglich seien, hat mich wirklich geschockt. Das halte ich für schwer erträglich.

Lassen Sie uns kurz auf ein Thema schauen, das mich besonders umtreibt, nämlich die Frage: Wie geht es mit dem Euro weiter? Kommen wir zurück zu geregelten Verhältnissen? Der TARGET2-Saldo – das ist unser Guthaben auf dem Konto der EZB – hat die Marke von 900 Milliarden Euro überschritten. 450 Milliarden Euro davon schuldet uns Italien. In Italien wird am Sonntag gewählt. Beppe Grillo, der in den Umfragen vorne liegt, sagt: Wir verlassen den Euro und denken nicht daran, das Defizit auszugleichen. – Wir müssen uns einmal die Dimensionen klarmachen. Wir reden über eine Summe, die dem Anderthalbfachen des Bundeshaushalts entspricht. Das müssen wir als Union ganz deutlich machen. Deshalb bin ich der Mittelstandsvereinigung dankbar, dass sie einen Antrag gestellt hat, den ich nachher Ihrer Zustimmung empfehle, in dem ganz klar wird: Wir wollen keine Schuldenunion, kein Bail-out. Wir wollen keine Haftungsunion. Wir wollen nicht, dass die deutsche Einlagensicherung herangezogen wird, um die Probleme südlicher Banken mit nicht bedienbaren Krediten zulasten unserer Bankkunden und unserer Steuerzahler zu lösen. Das müssen wir sehr deutlich machen, und das fehlt mir in dem Papier.

Dann habe ich mir den Rest angeschaut. Da hat Peter Altmaier gesagt: Schaut mal genau hin. Da findet jeder was. – Da habe ich gesagt: Peter, ich habe mir das angeschaut. Es ist ja wirklich so:

Jeder findet irgendein Töpfchen, wo es eine Förderung gibt, bzw. jeder findet unter dem Baum ein Päckchen. Meine fünf Kinder sind zwischen 14 und 28 Jahre alt. Die finden unter dem Baum nur einen Zettel, auf dem steht: Ihr müsst das Ganze bezahlen, weil wir es in Zeiten, wo die Steuereinnahmen sprudeln wie nie, nicht fertiggekriegt haben, Schulden abzubauen. Das Ganze atmet einen Geist von „Wir kümmern uns um euch, wir betüddeln euch hier, wir betüddeln euch da“. Das ist doch nicht unser Bild vom Menschen, dem freien Bürger, der in Selbstverantwortung sein Leben gestaltet.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin Julia Klöckner dankbar dafür, dass sie unser Menschenbild noch einmal kurz skizziert hat.

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Herr Willsch.

**Klaus-Peter Willsch**: Ich komme zum Ende und sage: Ich kann leider nicht zustimmen, weil ich nicht glaube, dass das Ganze Stabilität verspricht. Das ist doch keine Stabilität, wenn um 18.03 Uhr am Wahlabend gesagt wird: Koalition beendet! – Dann wird gesagt: Wir reden nicht. – Dann wird noch vor Gesprächen mit dem Bundespräsidenten und nach der Sondierung gesagt: Wir reden nicht.

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Herr Willsch.

**Klaus-Peter Willsch**: Das ist der letzte Satz, Herr Laschet. – Dann wird doch geredet. Jetzt müssen wir wieder die Luft anhalten. Der SPD-Parteitag beschließt mit 56 Prozent, dass die Sozialdemokraten verhandeln dürfen. Dann kommt die Urabstimmung. Dann machen die Jusos ihren Aufzug. Wenn wir in Zukunft jedes Mal, wenn irgendwo 20 Jusos zusammenstehen, die Luft anhalten und uns fragen müssen, ob das hält, was wir miteinander vereinbart haben, dann bin ich dafür, dass wir doch lieber eine Minderheitsregierung machen und einmal zeigen, was CDU pur ist. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Jetzt Jens Spahn.

**Jens Spahn**: Liebe Frau Vorsitzende! Lieber Armin! Liebe Freundinnen und Freunde! Ja, es sind außergewöhnliche Zeiten, in denen wir leben. Das gab es in fast 70 Jahren Bundesrepublik noch nicht, dass es so lange dauert – fünf Monate nach der Bundestagswahl –, bis klar ist – mit unserer Entscheidung heute ist es immer noch nicht klar –, welche Koalition dieses Land in Zukunft regieren wird. Das hat natürlich alles zu tun mit dem 24. September letzten Jahres. Das dürfen wir nicht vergessen.

Es stellt sich die Frage – es ist heute schon angesprochen worden in fast allen Reden, und es ist Ausgangspunkt für die Debatte –, worum es in dieser Großen Koalition geht. Wir haben den

Auftrag erhalten zu regieren. Das ist gut. Aber es war in manchen Bundesländern ein bitteres Ergebnis. Wir betrachten dies als Auftrag der vielen Millionen Menschen, die uns gewählt haben. Es ist aber auch unser Auftrag, das Vertrauen derjenigen zurückzugewinnen, die uns nicht mehr gewählt haben.

Liebe Freunde, einige sagen: Das ist doch normal in Europa. Rechtspopulistische Parteien gibt es in Frankreich, in den Niederlanden, in Schweden, in Finnland und Österreich. Damit muss man sich abfinden. – Darauf sage ich: Nein, ich will mich nicht damit abfinden, dass es eine Kraft rechts von uns in den Parlamenten gibt. Ich möchte, dass wir Vertrauen zurückgewinnen, indem wir das, was wir im Koalitionsvertrag aufgeschrieben haben, gemeinsam mit den Sozialdemokraten umsetzen.

(Beifall)

Ich möchte, dass wir uns klar abgrenzen. Wir wollen das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen, und wir wollen uns klar abgrenzen von denjenigen, die als Funktionäre, als Abgeordnete der AfD mit Ressentiments, mit Rassismus, mit der Leugnung des Holocaust unterwegs sind und das in unsere Parlamente bringen. Mit denen haben wir nichts gemein, mit denen wollen wir nicht koalieren, die wollen wir nicht akzeptieren. Wir wollen sie überflüssig machen, und wir wollen sie in spätestens vier Jahren nicht mehr im Deutschen Bundestag sehen.

(Beifall)

Das, was bei der SPD passiert, hat in Teilen sogar Unterhaltungswert: die Schwester von Schulz und die Tochter von Sigmar Gabriel. Man wartet auf die Tante von Nahles. Aber das alles hat natürlich auch einen ernsten Hintergrund. Was ist eigentlich los in diesem Land, dass es so schwer ist, einen Partner fürs Regieren zu finden, wenn doch 80 bis 90 Prozent der Deutschen sagen, ihnen persönlich ginge es gut bis sehr gut?

Ja, auch wir diskutieren und ringen um die richtigen Antworten. Aber wir wollen Verantwortung übernehmen für dieses Land; denn genau dafür sind wir am 24. September angetreten. Und das unterscheidet uns anscheinend von allen anderen Parteien in Deutschland. Dafür steht die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Dieser Koalitionsvertrag ist eine solide Basis. Jetzt geht es darum, ihn umzusetzen und etwas daraus zu machen. Dabei müssen wir immer wieder erklären, was uns leitet. Dazu gehören manchmal auch einfache, aber doch wahre und kraftvolle Sätze, nämlich dass es die Kinder einmal besser haben sollen als man selber. Es ist die Zukunftszuversicht, die bei uns Christdemokraten angelegt ist. Wenn es den Unternehmen und der Wirtschaft gut geht, dann müssen auch die Beschäftigten, die Arbeiter und Angestellten, etwas davon haben. Das ist der einfache Kern-

satz der Sozialen Marktwirtschaft. Und da, wo es nicht gelingt, dass jemand seinen fairen Anteil bekommt, müssen wir gegensteuern. Einigkeit und Recht und Freiheit, im Grundgesetz verankert, sind die Grundlagen für unseren Staat. All das ist angelegt im Koalitionsvertrag. Wir müssen jetzt das Richtige daraus machen.

Abschließend will ich sagen: Es geht nicht darum, über rechts, links, oben oder unten zu diskutieren. Es geht um zutiefst menschliche Grundbedürfnisse: um innere Sicherheit, kulturelle Sicherheit, um Ordnung und um die Aufgabe, Zukunft zu gestalten. Wir wollen die Zukunft nicht erleiden, wir wollen sie gestalten. Wir als Union wollen Vertrauen zurückgewinnen als verlässlicher Partner für die Bürgerinnen und Bürger im Team mit Angela Merkel an der Spitze. Genau darum geht es. Im Vertrag zur Großen Koalition ist das alles angelegt. Wir können jetzt Wunden lecken, oder wir können jetzt sagen: Wir machen etwas daraus. Ich möchte, dass wir etwas daraus machen. Deshalb bitte ich um Zustimmung heute.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn. – Jetzt Georg-Ludwig von Breitenbuch und danach Cedric Bickel aus Thüringen.

**Georg-Ludwig von Breitenbuch**: Wir sind in der CDU, um die Dinge besser zu machen. Deswegen treffen wir uns heute hier und diskutieren die Dinge.

Wir wollten bei uns im Kreisverband die Dinge besser machen und haben uns nach der Wahl hingesetzt und einen Brief an die Bundesvorsitzende geschrieben. Vier Monate haben wir nichts gehört. Erst dann kam ein Brief. Das ist ärgerlich. So geht man mit der Basis nicht um. Wir wollen doch letztendlich, dass die Basis Impulse geben kann, und dann darf das so nicht laufen.

Wir wollten eine Kreisvorsitzendenkonferenz erbitten. Auch das war in den letzten vier Monaten nicht möglich. Warum ist so etwas bei uns nicht möglich, damit wir die Dinge rechtzeitig diskutieren können? Wir wollen doch teilnehmen an dem, was hier in Berlin passiert, und uns einbringen mit unseren Meinungen, für die wir stehen.

Eine nächste Erfahrung, die ich hier mitteilen möchte: Ich bin seit langer Zeit im Bundesfachausschuss Landwirtschaft und Ernährung bei Christina Schulze Föcking. Wir haben ein Superpapier gemacht, was die Bundesrepublik landwirtschaftlich voll abbildet. Dieses Papier ist dann von Herrn Altmaier zurechtgeschmolzen worden auf 60 Seiten insgesamt. Wenn wir so mit unserer fachlichen Arbeit, die wir in der Partei leisten, umgehen, wenn wir so beliebig die Wahlprogramme machen, dass die Codewörter für die, die uns eigentlich wählen sollen, nicht mehr dort vorkommen – die Bauern sagen mir, dass im AfD-Programm Besseres als bei uns zu finden ist –, dann geht das nicht. Mit welcher Berechtigung wird das Wahlprogramm in diesem Flaschenhals verarbeitet? Das haben wir letztendlich nicht verstanden.

Liebe Freundinnen und Freunde, die CDU steht dafür, die Themen im Lande zu befrieden und für eine Mehrheit der Bevölkerung die Dinge ordentlich abzuarbeiten. Das Stakkato, das wir in den letzten Jahren erlebt haben, die Überrumpelung mit Themen – ich erinnere an die eine Woche, in der es um die Ehe für alle ging –, das geht so nicht. Wir brauchen langfristige Prozesse, sodass sich die Menschen sicher fühlen und mit den Veränderungen umgehen können. Das gilt nicht nur für uns in der Politik, sondern insgesamt. Diese Überrumpelung darf es in der nächsten Koalition wirklich nicht mehr geben.

Wir sind sehr nachdenklich im Kreisverband Leipzig – das will ich deutlich sagen –, was den Koalitionsvertrag angeht. Im Hinblick auf unsere Leistungsträger muss ich sagen: Es geht darum, dass die Leistungsträger beim Soli nicht diskriminiert werden. Außerdem gibt es das nicht abgearbeitete Thema Vorfälligkeit der Sozialversicherung. Es geht aber auch um das Thema Osteuropa. Polen wird nur kurz erwähnt. Aber über Frankreich steht im Vertrag viel drin. Es ist unsere Aufgabe – das ist vielleicht der Blick aus Sachsen –, in Richtung Osteuropa, also Richtung Tschechien, Polen und Ungarn, tätig zu werden. Das ist wichtig.

Sehr verehrte Frau Kramp-Karrenbauer, Sie waren bei uns in Borsdorf im Wahlkampf. Ich habe Sie als sehr angenehm, unprätentiös und klar in Ihren Aussagen erlebt. Ich würde mich freuen, wenn Sie das durchhalten und wenn Sie zu einer klareren Sprache kommen als im Antwortbrief, der uns letzte Woche nach vier Monaten zugegangen ist. Ich habe großes Vertrauen in Sie. Alles Gute und Gottes Segen. – Danke.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt kommt Cedric Bickel und danach Herr Irmer aus Hessen. Herr Bickel, bitte.

**Cedric Bickel**: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich möchte meinen Beitrag so gestalten, dass ich die handelnden Personen direkt anspreche.

Liebe Frau Kramp-Karrenbauer, ich bin persönlich davon überzeugt, dass es, wenn wir Sie heute wählen werden, eine richtige Wahl ist. Aber ich möchte ganz konkret einige Bitten an Sie formulieren. Wir haben heute schon gehört, was Konservative in unserer Partei zu ertragen hatten. Für mich besonders schmerzlich war das Aufgeben der Wehrpflicht, was ich immer noch für falsch halte. Ich bitte Sie – und das haben Sie angekündigt –, künftig dem Flügel, der sich momentan nicht genügend repräsentiert fühlt, wieder Platz zu geben, eine offene und programmatische Diskussion in unserer Partei zuzulassen.

Ich komme aus einer Stadt, in der 22,5 Prozent die AfD gewählt haben. Das kann für uns nicht verträglich sein; das können wir auch nicht akzeptieren. Wir müssen um diese Wähler wieder kämpfen, weil es eben nicht alles Nazis sind, sondern es sind Leute, die vor vier Jahren noch uns gewählt haben. Diese müssen wir wiedergewinnen. Ich bitte darum, dass Sie programmatisch

Angebote für diese Menschen machen. Wir müssen das Konservative in unserer Partei betonen. Ich freue mich, dass mit Jens Spahn und Julia Klöckner neue Kräfte mit dabei sind. Ich wünsche ihnen sehr viel Erfolg bei ihrem Handeln.

Ich bitte Sie auch, auf die Werteunion zuzugehen. Wir wollen uns konstruktiv in zukünftige programmatische Themen unserer Partei einbringen. Ich erlebe heute das erste Mal einen Parteitag, auf dem wir kontrovers diskutieren, und das ist gut so.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten uns nicht immer auf das Spiel der Medien einlassen und unseren Erfolg an der Dauer des Applauses für die Bundeskanzlerin messen, sondern wir sollten programmatische Punkte setzen, um Wähler zurückzugewinnen. Wir sollten uns wieder den 40 Prozent annähern. Wir sollten unsere Partei wieder für viele Schichten wählbar machen. Ich bitte Sie, das zukünftig zu berücksichtigen.

Noch ein persönliches Wort. Ich möchte Dr. de Maizière für seine Tätigkeit danken.

(Vereinzelt Beifall)

Er ist ein Politiker, der sich wirklich als Diener verstanden hat, genauso wie die Bundeskanzlerin.

Ich wünsche uns weiterhin einen schönen Parteitag und Ihnen, Frau Kramp-Karrenbauer, viel Erfolg bei der Wahl.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bickel. – Jetzt hat Herr Irmer aus Hessen das Wort, danach Thomas de Maizière.

**Hans-Jürgen Irmer**: Liebe Genossinnen und Genossen!

(Zurufe: Was?)

Entschuldigung, ich glaube, es war die falsche Rede.

(Heiterkeit)

Als jemand, der 40 Jahre in der CDU ist, darf ich das sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zwei Themen ansprechen. Zunächst zu einem Thema, das nicht im Koalitionsvertrag enthalten ist – es wird auch nicht drin stehen –, aber das wichtig ist; denn es betrifft etwa 7 bis 8 Millionen Menschen. Es geht um die Direktversicherung.

Ende der 90er-Jahre hat es viele Menschen gegeben, die auf Wunsch des Staates für ihr Alter vorgesorgt haben. Aus versteuertem Geld haben sie Geld zurückgelegt und in die Direktversi-

cherung eingespeist. Dann hat der Deutsche Bundestag 2004 auf Initiative von Rot-Grün beschlossen, von diesen investierten Geldern werden, zumindest teilweise, bei Fälligkeit Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Dies bedeutet, dass jemand, der davon ausgegangen ist, im Alter beispielsweise 100 000 Euro zurückzubekommen, im Endeffekt vielleicht 70 000 Euro zurückbekommt.

Abgesehen von der finanziellen Seite: Das Grundproblem besteht für mich darin, dass diejenigen, die im Vertrauen auf das, was Vater Staat gefördert hat und was wir alle wollen, nämlich dass die Menschen selbst Vorsorge treffen, im Anschluss an diese Maßnahme im Grunde genommen bestraft werden. Deshalb bitte ich herzlich darum, dass wir dieses Thema in den nächsten vier Jahren nicht kleinreden; denn es betrifft 7 bis 8 Millionen Menschen.

Das zweite Thema, das ich ansprechen möchte, ist der Koalitionsvertrag. Ich werde diesem als Innenpolitiker zustimmen, weil vieles, was dort drinsteht, richtig ist. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass wir das erreichen, was wir im Bereich der inneren Sicherheit erreicht haben.

Jens Spahn hat eben zu Recht darauf hingewiesen: Wir möchten die Wähler der AfD und der FDP zurückgewinnen. Die Kanzlerin hat zu Recht davon gesprochen: Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen. Ja, das teile ich ausdrücklich.

Es gibt ein zentrales Thema, das viele Menschen umtreibt, nämlich das Thema Asyl mit all seinen Facetten. Wenn wir als Christlich-Soziale Union diese Themen nicht besetzen – ob Asylmissbrauch, innere Sicherheit, Justizmissbrauch, Islam –, überlassen wir das Feld anderen. Entweder sagen die Menschen: Die haben das Problem nicht erkannt, wir gehen nicht mehr wählen und wenden uns von diesem Staat ab – was wir alle nicht wollen –, oder sie suchen sich vermeintliche Alternativen rechts außen oder links außen. Auch das wollen wir nicht. Wir müssen es sein, die die Themen anpacken. Deshalb ist es richtig, wenn wir sagen: Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen.

Ich, als Kreisvorsitzender, der seit 20 Jahren dabei ist, habe in diesem Zusammenhang eine ganz große Bitte, liebe Frau Bundeskanzlerin. Bei aller riesengroßen Wertschätzung Ihrer Leistungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten für dieses Land und für diese Partei: Geben Sie den Menschen das kleine Signal: Ja, ich habe verstanden. Wir haben es mit der Öffnung der Grenzen humanitär gut gemeint, aber dann sind wir ein klein wenig überrollt worden; ich sage es zurückhaltend. Das haben wir verstanden. Das passiert kein zweites Mal. – Ich glaube, wenn man das so deutlich von Ihrer Person hört, dann haben wir riesigen Rückenwind für die Landtagswahlen in Bayern und in Hessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Irmer. – Jetzt spricht Thomas de Maizière, danach Herr Wadepuhl.

**Thomas de Maizière:** Herr Tagungspräsident, lieber Armin! Liebe Freundinnen und Freunde! Zunächst will ich sagen: Ich finde, es ist eine richtig gute Debatte, die wir hier führen. Das haben wir lange nicht gehabt.

(Vereinzelt Beifall)

Vor allen Dingen finde ich es ganz toll, dass ganz viele hier im Saal geblieben sind und nicht draußen Kaffee getrunken haben, wie das sonst bei Diskussionen üblich ist, um sich hinterher zu beschweren, dass es keine Diskussion gibt. Heute waren Sie alle da. Toll!

(Beifall)

Auch ich werbe um Zustimmung für den Koalitionsvertrag. Ich will das am Beispiel einiger Aspekte der inneren Sicherheit deutlich machen.

Wir wollen einen Pakt für den Rechtsstaat. Für die Polizei heißt das: 15 000 zusätzliche Polizisten. Der Bund hat in der letzten Legislaturperiode 7 500 neue Stellen geschaffen, und wir wollen noch einmal 7 500 Stellen für den Bund. Meine Bitte an die Länder ist: Das sind zusätzliche Stellen, die wir in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, und es kann nicht sein, dass man diese auf die, die wir in den letzten zwei Jahren geschaffen haben, anrechnet. Zusätzlich heißt zusätzlich.

(Beifall)

Dann wollen wir etwas für die Justiz tun. Wir haben in diesem Zusammenhang zu wenig über die Justiz gesprochen. Wir wollen 2 000 Richterstellen für die Justiz. Wir wollen nicht, dass Richter immer wieder Straftätige und Täter freilassen, während Polizisten sie immer und immer wieder vor die Richter stellen. So entsteht kein Vertrauen in den Rechtsstaat.

(Beifall)

Was haben wir noch vereinbart? Mehr Videoüberwachung, auch durch Nutzung moderner Technik. Es kann nicht sein, dass sich alle darüber freuen, wenn Apple ein neues Gesichtserkennungsprogramm auf den Markt bringt, aber es nicht geht, wenn der Innenminister mittels Gesichtserkennung nach Terroristen fahnden will. Das geht nicht in meinen Kopf.

(Beifall)

Wir wollen gleichwertige Befugnisse der Sicherheitswelten im Internet und außerhalb des Internets. Das ist ein fundamentaler Satz, der viel bedeutet. Ich könnte lange Ausführungen dazu machen. Wir wollen, dass Cybergrooming, das heißt, wenn sich Täter an junge Mädchen im Internet heranmachen, strafbar wird. Wir wollen das Betreiben krimineller Strukturen im Internet, etwa Waffenhandel im Darknet, strafbar machen. All das steht in der Koalitionsvereinbarung.

(Vereinzelt Beifall)



Dann gibt es einen Punkt, der mir persönlich ganz wichtig ist – das haben Sie seit einem Jahr gemerkt –, und das ist die Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Ich halte unsere Sicherheitsarchitektur, wie es sie im Moment in Deutschland gibt, nicht für zukunftsfähig. Wir haben das Thema in den Koalitionsvertrag aufgenommen, um vielerlei Änderungen herbeizuführen. Das bedeutet: Angriffe auf die IT-Struktur unseres Landes müssen wir gemeinsam bekämpfen, das kann nicht jedes Bundesland für sich alleine tun. Wir brauchen beim Kampf gegen den Terrorismus gemeinsame Standards und einen verbindlichen Umgang. Daran müssen sich alle halten. Wir brauchen keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Das wollen wir mit einem Musterpolizeigesetz erreichen. Wenn wir innerhalb des Föderalismus nicht besser für die Sicherheit in Deutschland zusammenarbeiten, dann werden wir internationalen Gefahren nicht gut begegnen.

(Beifall)

Eben hat Herr Irmer vom Islam gesprochen. Wir wollen den radikalen Islam zurückdrängen. Erstmals steht das in einer Koalitionsvereinbarung. Wir wollen, dass Imame Deutsch sprechen, wenn sie zu uns kommen, auch das steht in der Koalitionsvereinbarung. Wir wollen mit Bund und Ländern abgestimmt radikalisierte Moscheen beobachten und auch mehr schließen, als das bisher der Fall war. All das steht in dieser Koalitionsvereinbarung.

(Beifall)

Warum machen wir das? Jetzt kommt ein entscheidender Punkt; Jens Spahn hat schon darüber gesprochen, Herr Irmer auch. Ich finde, wir machen das nicht, weil wir die AfD bekämpfen wollen, und wir machen das nicht, weil wir Vertrauen zurückgewinnen wollen. Vielmehr machen wir das, weil wir das für unser Land für richtig halten. Und diese Lösung ist dann auch ein gutes Rezept gegen die AfD.

(Beifall)

Ein letzter Punkt zu mir persönlich; das ist auch ein Ratschlag für die neuen Minister. Jeder, der Minister wird, muss so arbeiten, als wäre seine Amtszeit unbegrenzt, und er muss die innere Einstellung haben, dass er weiß, dass es ein Amt auf Zeit ist. Diese innere Spannung muss man aushalten oder man sollte nicht Bundesminister werden. Für mich ist diese Zeit jetzt zu Ende. Ich gehe als stolzer und dankbarer Bundesminister und bleibe ein stolzer und fröhlicher Christdemokrat.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Thomas de Maizière, für deinen großen Dienst an unserem Land. – Jetzt sind wir fast am Ende der Rednerfolge. Der Letzte ist Johann Wadepful aus Schleswig-Holstein.

**Dr. Johann Wadephul:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Thomas de Maizière kann, glaube ich, insgesamt als Vorbild für unsere Partei stehen. Dass wir unsere Partei hoch schätzen, dass wir mit ganzem Herzen Mitglied in unserer Partei sind, das versteht sich von selbst. Dass jeder an sich selber arbeitet und das Beste von sich selber gibt, ist ebenfalls selbstverständlich. Aber für uns gilt immer der Vorrang: Zuerst das Land, dann die Partei und dann die eigene Person. Dafür ist Thomas de Maizière ein hervorragendes Beispiel für uns alle und über unsere Partei hinaus.

(Beifall)

Nachdem wir vieles zur Innenpolitik gesagt haben, möchte ich uns ganz kurz in Erinnerung rufen, dass sich die sicherheitspolitische Lage in den vergangenen vier Jahren nicht positiv entwickelt hat. Innerhalb Europas gibt es Krisenerscheinungen; das haben wir in Osteuropa schon seit einiger Zeit erlebt. Die EU betreibt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen. Es geht sogar so weit, dass die Briten uns verlassen wollen.

Der amerikanische Präsident – er hat es mittlerweile zum Glück etwas revidiert – hat die NATO einmal als „obsolet“ bezeichnet. Unsere Bündnisse stehen in einer Zeit infrage, in der wir erleben, dass andere sich das Recht nehmen, das zu machen, wozu sie militärisch in der Lage sind. Die Russen haben die Krim annektiert und sind nach wie vor mit regulären und irregulären Truppen im Osten der Ukraine tätig. China ist uns gegenüber ebenfalls nicht immer nur freundlich und rechtskonform gesinnt. Die Seidenstraßeninitiative der Chinesen birgt auch Gefahren für die Europäische Union.

Daraus, liebe Freundinnen und Freunde, müssen wir die richtige Folgerung ziehen. Die zieht der Koalitionsvertrag als unsere Antwort auf diese Regelwidrigkeiten. Unsere Antwort für eine gute Zukunft, für Wohlstand, für Frieden und Freiheit in Deutschland heißt Europa.

(Vereinzelt Beifall)

Nur gemeinsam können wir darauf antworten. Unsere Antwort muss lauten, dass wir im Bündnis verlässlich sind. Das wird auch in der Koalition eine schwierige Diskussion werden – der Fraktionsvorsitzende hat es angesprochen. Ich denke, wir schulden es unseren Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatz sind und hier in Deutschland und anderswo ihren Dienst tun. Wenn es um Bundeswehrverbandsforderungen geht, dann ist die sozialdemokratische Partei schnell mit Unterstützungsbekundungen dabei. Aber wenn es um konkrete Haushaltszahlen geht, wird gegen die Vereinbarung des 2-Prozent-Ziels gekämpft.

Wir, liebe Freundinnen und Freunde, müssen ohne Wenn und Aber hinter der Bundeswehr stehen. Wir müssen hinter der NATO stehen. Wir müssen unsere Bündnisverpflichtungen erfüllen. Das ist nicht Aufrüstung, sondern das ist die Wachsamkeit, die dem Frieden geschuldet ist. Darauf muss auch in der CDU in den nächsten vier Jahren Verlass sein. Nur dann werden wir eine gute Sicherheitspolitik haben, nur dann werden wir zufriedene Soldatinnen und Soldaten ha-

ben, und nur dann werden wir auch äußere Sicherheit verlässlich garantieren können. Das ist wichtig, das ist unsere Verpflichtung als CDU. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Johann Wadephul. – Wir sind damit am Ende einer intensiven und, glaube ich, sehr guten Diskussion zum Bericht der Vorsitzenden und zum Koalitionsvertrag.

Jetzt kommen wichtige Dinge auf uns zu. Zunächst müssen wir feststellen, wer wahlberechtigt ist. Dazu kommen wir zum TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

#### Bericht der Mandatsprüfungskommission

Dirk Reitze hat das Wort.

**Dirk Reitze**, Mandatsprüfungskommission: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldung und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren ebenso viele Delegierte stimmberechtigt. Von den 1 001 waren um 14 Uhr 975 Delegierte anwesend. Der 30. Parteitag ist somit beschlussfähig.

**Armin Laschet**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für den Bericht.

Jetzt kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

#### Beschlussfassung über den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

Ich erläutere kurz unsere Satzung: Wenn jemand geheime Abstimmung beantragt, kann er das tun. Dann müssen allerdings 25 Prozent der Delegierten diesem Wunsch folgen. – Ein Delegierter, Hans-Fabian Bail aus Baden-Württemberg, hat geheime Abstimmung beantragt.

(Teilweise Beifall)

Jetzt muss ich feststellen: Folgen ihm 25 Prozent der Delegierten, oder können wir offen abstimmen? Deswegen frage ich als erstes: Wer eine geheime Abstimmung beantragen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das sind erkennbar weniger als ein Viertel.

(Beifall)

Also: Einige Stimmen haben geheime Abstimmung beantragt, aber nicht die von der Satzung erforderliche Zahl.

Dann kommen wir zweitens zur Abstimmung über den Koalitionsvertrag. Ich bitte Sie dazu, Ihre blaue Stimmkarte zu nehmen. Ich frage: Wer dem Koalitionsvertrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe: Wer stimmt gegen den Koalitionsvertrag? – Ich schätze: 25 Delegierte.

(Heiterkeit)

Ich würde vorschlagen, die Neinstimmen auszuzählen, damit wir präzise bleiben. – Übereinstimmende Zahl hier vorne: 27 Delegierte. Damit ist der Koalitionsvertrag bei 27 Neinstimmen von 975 anwesenden Stimmberechtigten angenommen.

(Anhaltender Beifall)

Vielen Dank. – Ich übergebe das Tagungspräsidium an Daniel Günther.

**Daniel Günther**, Tagungspräsidium: Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Dazu übergebe ich das Wort unserer Vorsitzenden, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Ich habe das bereits in meinem Bericht gesagt. Ich möchte dem Bundesparteitag Annegret Kramp-Karrenbauer als neue Generalsekretärin vorschlagen.

(Beifall)

Sie haben bereits reagiert. Es hat mich persönlich berührt – das habe ich schon gesagt –, dass sie sich aus einem Staatsamt heraus, als erfolgreiche und gerade wiedergewählte Ministerpräsidentin entscheidet, in der Partei ihren Dienst zu tun und zu arbeiten. Das spricht für sich. Deshalb ist mein Vorschlag völlig klar. Wir freuen uns jetzt auf Annegret Kramp-Karrenbauer.

(Beifall)

**Daniel Günther**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für den Vorschlag. – Ich darf das Wort zur Vorstellung an Annegret Kramp-Karrenbauer geben.

**Annegret Kramp-Karrenbauer**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Angela! Liebe Freundinnen und Freunde! Wir haben eben eine bemerkenswerte Debatte der CDU in dieser Halle erlebt. Ehrlich gesagt, wenn ich nicht schon Lust gehabt hätte, als Generalsekretärin anzutreten, hätte ich mich nach dieser Debatte auf jeden Fall beworben. Wir können stolz darauf sein, was wir heute Nachmittag hier geleistet haben.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, als unsere Vorsitzende mich gefragt hat, ob ich mir über die Verantwortung hinaus, die ich in der Partei schon als gewähltes Mitglied des Präsidiums, als Ministerpräsidentin und als Vorsitzende eines Landesverbandes trage, vorstellen kann, im Team mit anderen mehr Verantwortung in Berlin zu tragen, habe ich mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Ich bin vor knapp einem Jahr mit über 40 Prozent der Stimmen noch einmal als Ministerpräsidentin des Saarlandes bestätigt worden. Das ist heute Morgen schon angeklungen: Es war ein harter und schwerer Wahlkampf. Für mich ist klar, dass Menschen, die zur Wahl gehen, mehr abgeben als nur ihr Kreuz auf einem Zettel, als nur ihre Stimme. Sie schenken uns bei der Abstimmung ihr Vertrauen. Mit diesem Vertrauen muss man sorgsam umgehen. Deswegen war es für mich keine leichte Entscheidung. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wir alle erleben und spüren – das geben uns auch unsere Mitglieder mit –, dass wir in einer Zeit leben, die so unruhig und schwierig ist wie selten zuvor. Die Menschen haben Fragen an die Politik. Menschen sind in den letzten Monaten durch die Politik enttäuscht worden, weil sie welche gewählt haben, die dann, als es darauf ankam, sich der Verantwortung nicht gestellt haben. Im Leben jedes Einzelnen kommt es zu Situationen, in denen es nicht mehr genügt zu sagen: „Derjenige müsste“, oder: „Diejenige sollte“. Vielmehr muss man dann selbst eine Antwort darauf geben. Diese kann nur lauten: Ich kann, ich will und ich werde. Deshalb stelle ich mich gerne in den Dienst der Partei.

(Beifall)

Ich habe mich ganz bewusst gegen das Angebot entschieden, Mitglied eines Bundeskabinetts zu werden. Ich habe mich ganz bewusst – ja, es war mein eigener Wunsch – für die Funktion in der Partei entschieden.

(Beifall)

Denn, liebe Freundinnen und Freunde, alles, was ich in meinem Leben politisch erreicht habe, habe ich dieser Partei zu verdanken. Diejenigen, die morgens um fünf Uhr vor den Werkstoren gestanden und Flugblätter verteilt haben, diejenigen, die selbst dann, wenn wir zum Beispiel im Saarland einen knallharten Sparkurs gefahren haben, in ihren Vereinigungen und den Gewerkschaften den Kopf für unsere Entscheidungen hingehalten haben, und diejenigen, die an den Stammtischen und online nicht zurückgezogen haben, auch wenn die Angriffe unter die Gürtellinie gingen, sind die stillen Helden, die unsere Partei ausmachen. Das sind diejenigen, die mich und andere tragen. Es ist an der Zeit, etwas zurückzugeben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es steht mehr auf dem Spiel als die Frage, wie wir uns als Partei fühlen. Es geht vielmehr um die Frage, wie wir in einer unruhigen Zeit Stabilität gewähren. Wie werden wir den Erwartungen der Menschen gerecht? Wer eine stabile Regierung haben will, muss ein stabiles politisches System

haben. Ein stabiles politisches System gibt es nur mit stabilen Parteien. Das können nicht die Parteien sein, die nur zu einem kleinen Teil die Interessen der Menschen vertreten. Das müssen starke Volksparteien sein. Wir wollen keine Sammlungsbewegung, die inhaltsleer irgendjemandem hinterherläuft. Wir wollen wertebasierte, starke Volksparteien. Dafür müssen wir kämpfen. Das sind wir auch dieser Republik schuldig.

(Beifall)

Die Menschen stellen sich Fragen. Sie stellen diese Fragen auch uns. Sie wollen wissen: Wie geht das mit der Digitalisierung, und vor allen Dingen was tut ihr dafür, dass es auch für jeden Einzelnen etwas Positives wird? Sie wollen wissen, wie es um Europas Zukunft bestellt ist. Vertreten wir noch die gleichen Werte und unsere Interessen gemeinsam? Sie wollen wissen: Wie soll man noch zusammenleben, wenn man den Eindruck hat, dass es nur noch um den Einzelnen geht, und nicht mehr klar ist, was uns eigentlich noch zusammenhält? Liebe Freundinnen und Freunde, auf diese Fragen müssen wir die Antworten geben. Ja, das ist natürlich Sache des Regierungshandelns einer Bundesregierung. Ich bin sehr froh und stolz auf das Team, das heute vorgestellt wurde. Es ist das richtige Team, um die richtigen Antworten auf diese Fragen zu geben.

Die Antworten müssen auch im tagtäglichen parlamentarischen Ringen gegeben werden. Da mache ich mir bei der Verfasstheit unserer Bundestagsfraktion überhaupt keine Sorgen. Ich hatte bei den Verhandlungen das große Glück, viele Kolleginnen und Kollegen kennenlernen zu dürfen, die gemeinsam mit den Ländervertretern verhandelt haben. Ich weiß, dass die Bundestagsfraktion mehr als gut aufgestellt ist. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, die Grundlage für alles, was in einer Fraktion, was in einer Regierung entschieden wird, ist die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern, ist die Entwicklung einer politischen Idee, einer Vorstellung. Das ist die Aufgabe, die wir als Partei haben. Wenn wir – wie vor Jahren geschehen; das wurde bereits angesprochen – die Wehrpflicht aussetzen, dann ist es Aufgabe der Regierung und des Parlaments, sicherzustellen, dass die Verteidigungsfähigkeit erhalten bleibt und dass Ersatz für den Zivildienst geschaffen wird. Das alles ist erfolgreich passiert. Aber wir als Partei müssen die tiefergehende Antwort auf die Frage geben, wie es um unsere Gesellschaft bestellt ist. Stehen Rechte auf der einen Seite und Pflichten auf der anderen Seite noch in einem richtigen Verhältnis zueinander? Das sind die Fragen, die die Menschen stellen. Darauf müssen wir unsere Antworten geben, liebe Freunde.

(Beifall)

Als ich Anfang der 80er-Jahre in die CDU eingetreten bin, habe ich mir – das gestehe ich ganz offen – weniger intellektuelle Gedanken darum gemacht, ob diese Partei konservativ, liberal oder christlich-sozial ist. Es war eine Entscheidung aus dem Herzen und aus dem Bauchgefühl heraus. Ich hatte den Eindruck, dass das christliche Menschenbild, das wir zur Grundlage unseres Handelns machen, genau richtig ist. Es ist das Bild, das die Menschen, so wie sie sind, am

besten beschreibt und am besten annimmt. Es nimmt den Menschen mit all seinen Fähigkeiten zur Selbstverantwortung, mit der Fähigkeit, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen, wahr. Aber es nimmt ihn auch dort wahr, wo er schwach ist und wo er unsere Solidarität verdient hat.

Das ist das Entscheidende; das ist die Richtschnur. Daraus leiten wir unsere Werte ab. Das war so, das muss so bleiben, und das darf sich niemals ändern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Aus diesem Bild haben wir unsere Wurzeln mit entwickelt – das konservative, das liberale, das christlich-soziale. Natürlich kann man das sehr theoretisch diskutieren – philosophisch nach der einen oder anderen Seite unterlegt –, liebe Freundinnen und Freunde, hinter jeder dieser Wurzeln stecken aber ganz spezifische Fragestellungen, ganz spezifische Haltungen und ganz spezifische Erwartungen. Deswegen müssen wir diese Fragen auch konkret stellen und beantworten.

Was sagen wir dem älteren Ehepaar, das in einer Großstadt lebt und zum Beispiel sagt: „Wir trauen uns nicht mehr, in der U-Bahn zu fahren, weil wir uns nicht sicher sind, ob das gut für uns ist oder nicht“? Welche Antwort geben wir darauf? Was sagen wir der jungen Familie mit Kindern, die zu Recht erwartet, dass sie vom Staat gefördert wird, und zwar egal, wie sie ihr persönliches Zusammenleben organisieren will? Was sagen wir dem Unternehmer, der sagt: „Ich will etwas tun, ich will Arbeitsplätze schaffen, aber ich habe manchmal den Eindruck, dass bei mir die Einhaltung einer Richtlinie durch mehr Sicherheitsbehörden kontrolliert wird als bei manch anderem Delikt sonst wo“? Was sagen wir dem Arbeitnehmer, der Angst vor der Digitalisierung hat, weil er eben nicht weiß, ob er dann in einem halben Jahr noch einen Arbeitsplatz hat? Was sagen wir dem, der in der Jungen Union und gleichzeitig im NABU-Ortsverband organisiert ist, wenn er uns fragt: „Was tut ihr eigentlich dafür, dass unsere natürlichen Grundlagen erhalten bleiben?“ Was sagen wir unseren engagierten Mitgliedern in den Kirchengemeinden, die sich um Flüchtlinge kümmern?

Das alles sind Fragen, die die Menschen an uns richten, und wir müssen die Antworten darauf geben.

Jetzt frage ich euch: Welchen von diesen Menschen legen wir zur Seite? Bei welchen von diesen Fragen sagen wir: „Das interessiert uns nicht, weil das nicht unseren Wurzeln entspricht“?

Wir sind dann stark, wenn wir alle diese Menschen in die Mitte nehmen und alle unsere Wurzeln bespielen. Diejenigen, die nur versuchen, uns in die eine oder andere Richtung zu drängen, haben alles im Sinn, aber keine starke Volkspartei CDU, und darauf müssen wir vorbereitet sein.

(Anhaltender Beifall)

Wir waren 2013 bei über 40 Prozent, und, ja, wir haben in den letzten Jahren Wählerinnen und Wählerinnen verloren: 900 000 an die AfD und 1,4 Millionen an die FDP.

Liebe Freundinnen und Freunde, das wollen und das werden wir nicht akzeptieren. Wir werden um diese Stimmen wieder kämpfen, wir werden das aber nicht mit Schaum vor dem Mund und nicht mit der moralischen Keule tun, sondern mit den richtigen Fragen, die wir stellen.

Ich frage euch: Was, bitte schön, ist bürgerlich, konservativ und angeblich in der jüdisch-christlichen Tradition an einer Partei, die die Menschen nicht mehr als Menschen betrachtet, die die Menschen nicht mehr danach beurteilt, was sie sind, was sie können und wie sich einbringen, sondern die die Menschen von vornherein in Schubladen steckt, je nachdem, was sie glaubt, woher sie kommen? Das hat mit unserer bürgerlich-konservativen Tradition nichts, aber auch gar nichts zu tun, und das müssen wir deutlich sagen.

(Anhaltender Beifall)

Was sagen wir den 1,4 Millionen Menschen, die zur FDP gegangen sind, weil sie eine neue bürgerliche Regierung wollten? Die Leistungsträger, die Handwerker, die ein Unternehmen haben, die guten Facharbeiter, die jeden Morgen aufstehen und ihre Kinder zur Schule bringen, sagen: Ja, man muss auch etwas leisten. – Was sagen wir denen denn, und fragen wir sie nicht, was daran neu und bürgerlich ist, wenn man in dem Moment, in dem man regieren kann, erklärt: „Lieber nicht regieren als falsch regieren“? Wenn das alle Handwerker in diesem Land machen würden, dann würde ganz Deutschland in Schutt und Asche liegen. Das hat doch nichts mit „bürgerlich“ zu tun.

(Anhaltender Beifall)

Wir wollen und müssen Antworten darauf geben, und zwar nicht nur die Regierung und die Fraktion, sondern auch wir als Partei. Die Basis dafür, dass wir diese Antworten geben können, ist unser Grundsatzprogramm. Deswegen ist es vollkommen richtig – und ich bedanke mich auch dafür –, dass so viele von der Basis – die Kreisverbände vom Bodensee, die Junge Union und sehr viele andere – erklärt haben: Wir wollen über eine Fortschreibung, ein neues Grundsatzprogramm, diskutieren.

Das letzte Grundsatzprogramm haben wir zu einer Zeit beschlossen, als es noch die Kernenergie gab, und das iPhone kam gerade auf den Markt. Die Dinge haben sich geändert. Wir müssen ein Programm entwickeln, das in die 30er-Jahre hineinragt. Deswegen wird das der Hauptarbeitsschwerpunkt für die nächsten Jahre sein.

Ich sage ganz klar: Das wird keine Beschäftigungstherapie für diese Partei sein, nach dem Motto: „Die Partei kann diskutieren, und wir können in Ruhe regieren“, sondern das ist das, was wir als Grundlage für die Partei und für die Regierung der nächsten Jahre schaffen müssen. Das ist unser Anspruch!

(Beifall)



Es wird eine klare Arbeitsrichtung geben. Zuerst geht es ums Zuhören, und deswegen werde ich schon in den nächsten Wochen und Monaten mit den Vereinigungen, aber auch mit euch in den Landesverbänden reden und vor allen Dingen auch zuhören, was die Themen sind, die die Menschen umtreiben, und was die entscheidenden Leitfragen für die nächsten Jahrzehnte sind. Worauf müssen wir unsere Antworten geben?

Danach werden wir dieses Programm und diese Fragen in der Partei, aber eben auch mit anderen außerhalb der Partei offen diskutieren. Wir wollen das im Jahr 2020/2021 entscheiden, und dann wollen wir es im Wahlprogramm und vor allen Dingen nach einer erfolgreichen Wahl auch im Regierungsprogramm der CDU so umsetzen, dass wir sagen können: Wir haben es gewollt, wir haben es reingeschrieben, und wir sind diejenigen, die es umsetzen werden.

(Beifall)

Zu diesem Prozess lade ich euch alle ganz, ganz herzlich ein. Heiner Geißler hat gesagt: „Die Zukunft gehört den interessanten Parteien“. – Wir sind eine interessante Partei, und wir wollen noch interessanter werden, und zwar nicht dadurch, dass wir alle drei Tage diskutieren, wer was werden kann, sondern indem die Menschen spüren: Die CDU ist der Ort, an dem um die Zukunft und die besten Lösungen gerungen wird.

Ja, dazu gehören auch die kritischen Stimmen. Mein Gott, ich bin nicht in die Junge Union gegangen, um meinem Landesvorsitzenden zuzujubeln, sondern um ihm Feuer unterm Hintern zu machen. Das ist die Arbeitsbeschreibung der Jungen Union, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Für dieses Ringen wird in den nächsten Monaten ausreichend Raum und Zeit sein, und ich lade euch alle ein, da mitzumachen.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir alle haben in den letzten Tagen, sofern das bei den Verhandlungen möglich war, immer zumindest mit einem Auge auch die Olympischen Spiele verfolgt. Es waren hervorragende Olympische Spiele mit ganz hervorragenden Momenten.

Ich sage euch offen: Mein Lieblingsolympionike mit meinem Lieblingsmoment war die deutsche Eishockeymannschaft.

(Beifall)

Sie war es nicht nur, weil sie eine historische Medaille gewonnen hat, sondern auch weil diese Mannschaft etwas gelebt hat, was wir brauchen. Es war klar, diese Mannschaft war nicht eine Ansammlung von einzelnen Stars, vielmehr war der Star die Mannschaft. Darauf kommt es auch uns an. Der Star ist die CDU. Es geht nicht darum, welcher Einzelne in der CDU glänzt, es geht

darum, dass unsere Partei glänzt. Dafür müssen wir arbeiten, dafür müsst ihr mittun, und dafür bitte ich euch um euer Vertrauen.

(Lebhafter langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

**Daniel Günther**, Tagungspräsidium: Wir müssen schon noch wählen.

(Heiterkeit)

Liebe Annegret, auch von hier vorn vielen Dank für deine Vorstellung. Ich darf als neutraler Tagungspräsident sagen: Deine starke, selbstbewusste und motivierende Rede hat sogar das Tagungspräsidium begeistert. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Bevor wir nun in den Wahlgang eintreten, darf ich auf Folgendes hinweisen: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte durch das Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem grünen Stimmzettel mit der Nummer 1 durchführen. Wenn Sie für Annegret Kramp-Karrenbauer stimmen möchten, so schreiben Sie bitte „Ja“ oder den Namen auf den Stimmzettel. Wenn Sie klein genug schreiben, schaffen Sie das. Anderenfalls schreiben Sie „Nein“. Wenn Sie sich enthalten möchten, schreiben Sie „Enthaltung“ oder lassen Sie den Stimmzettel leer. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig.

Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimmen abzugeben. – Hatten alle Delegierten die Gelegenheit, die Stimmzettel abzugeben? – Ich höre keinen Widerspruch und schließe den Wahlgang.

Ich unterbreche die Sitzung des Parteitags für zehn Minuten. Dann wird das Ergebnis verkündet.

(Unterbrechung von 16.07 bis 16.16 Uhr)

Daniel Günther, Tagungspräsidium: Ich eröffne den Parteitag wieder. Ich möchte das Ergebnis der Wahl der Generalsekretärin bekannt geben: Wir hatten 797 abgegebene Stimmen. Davon war eine Stimme ungültig. Damit haben wir 796 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 398 Stimmen. Es gab zwei Enthaltungen. Es wurden abgegeben für Annegret Kramp-Karrenbauer 785 Stimmen; damit 98,87 Prozent Zustimmung.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

Der Vollständigkeit halber erwähne ich, dass neun Delegierte mit Nein gestimmt haben. Das sind 1,13 Prozent. – Ich darf dich, liebe Annegret, fragen, ob du die Wahl annimmst.

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für das Vertrauen. Ich sage euch aber auch: Jeder, der mich gewählt hat, ist jetzt auch verpflichtet, mitzuarbeiten an genau dieser Partei, die uns allen so am Herzen liegt. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Daniel Günther,** Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch auch noch einmal von uns hier oben. Liebe Annegret, du kannst dir sicher sein, dass wir an deiner Seite stehen und dass alle, die dich gewählt haben, jetzt auch kräftig mithelfen, damit das alles so erfolgreich wird, wie du das vorhin beschrieben hast. – Ich gebe weiter an Bernd Althusmann.

**Dr. Bernd Althusmann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir befinden uns nun beim dritten Highlight des heutigen Tages. Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

Anträge: Beratung und Beschlussfassung

Wir beginnen mit der Beratung des Antrages des CDU-Bundesvorstandes mit dem Titel „Unser Auftrag: Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert erneuern, stärken und zukunftsfest gestalten“. In den Antrag des Bundesvorstands führt unsere frisch gewählte Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer ein. – Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für diese herausragende Rede des heutigen Tages.

**Annegret Kramp-Karrenbauer,** Generalsekretärin der CDU: Liebe Delegierte, ich brauche zu diesem Antrag nur wenige Worte zu machen; denn über die Inhalte dieses Antrages haben wir heute schon im Zusammenhang mit der Grundsatzdebatte und der Aussprache über den Koalitionsvertrag miteinander diskutiert. Es geht um einen der ganz wichtigen Pfeiler unserer Partei, nämlich um die Frage: Was heißt Soziale Marktwirtschaft? Wir wollen definieren, was Soziale Marktwirtschaft unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts bedeutet, unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung.

Für uns soll das der Auftakt für die Grundsatzprogrammdiskussion sein. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten auf der Grundlage dieses Antrages die Diskussion vorantreiben und erste Antworten schon auf dem Bundesparteitag im Dezember geben. Ich will das so deutlich sagen, weil heute in der Presse an der einen oder anderen Stelle zu lesen war, dieser Antrag würde mehr Fragen enthalten. Genau das ist der Sinn. Wir wollen uns intensiv damit beschäftigen. Deswegen darf ich euch um Zustimmung zu diesem Antrag im Sinne eines Lastenheftes, eines Hausaufgabenheftes für die nächsten Wochen und Monate bitten. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann,** Tagungspräsidium: Wir kommen nun zur Beratung des Antrags des Bundesvorstandes. Dieser liegt Ihnen in einer durch die Antragskommission geänderten Fassung vor. Die Antragskommission hat vorgeschlagen, den Antrag des Bundesvorstands im ers-

ten Absatz um einen Halbsatz zu ergänzen. Nach den Worten „Dieses Wohlstands- und Sicherheitsversprechens“ soll Folgendes hinzugefügt werden: Seit 1990 gilt das in ganz Deutschland.

Hierzu wird vom Bundestagsabgeordneten Henning Otte, unserem Mitgliederbeauftragten, das Wort gewünscht. – Du kannst es kurz machen.

**Henning Otte:** Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich bin als Bundesmitgliederbeauftragter dankbar für diese tolle Rede unserer neuen Generalsekretärin. Ich sage: Wir stimmen diesem Antrag zu. Wir müssen mehr diskutieren, wir können mehr diskutieren. Das haben wir heute gezeigt. Die CDU Deutschlands ist die Volkspartei, die Partei für Deutschland. Wir wollen uns in dieser Legislaturperiode noch weiter stärken, sodass wir für die nächste Bundestagswahl gut aufgestellt sind. Wir wollen ein Grundsatzprogramm erarbeiten, das nicht zentral allein in Berlin, sondern in unseren Landesverbänden, in unseren Vereinigungen dargestellt worden ist. Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, auch ich habe dich gewählt. Ich sage: Ja, ich mache mit, ich helfe. Deswegen bitte ich auch um Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Otte. Das war kurz. – Dann lasse ich jetzt über den Antrag des Bundesvorstands mit der bereits erläuterten Änderung der Antragskommission abstimmen. Wer für den Antrag in der vorgelegten Form ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Vielen Dank.

Wir kommen zu den Sachanträgen; sie liegen Ihnen gemeinsam mit dem sogenannten Initiativantrag vor.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 2 bis C 5, die im Kern die Forderung der Einsetzung einer Grundsatzprogrammkommission beinhalten, aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu behandeln und zuerst zu beraten. Ich rufe daher die Anträge C 2 bis C 5 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Damit komme ich zur Abstimmung über die Anträge C 2 bis C 5. Wer dafür ist, die Anträge in der vorgelegten Form mit den Empfehlungen der Antragskommission anzunehmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine.

Damit kommen wir zu den Anträgen C 1 sowie C 6 bis C 10. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Keine.

Ich rufe die Anträge C 11 bis C 16 auf. Hierzu wird das Wort gewünscht, und zwar von Herrn Dr. Müller aus dem Kreisverband Wiesbaden. Es geht um die Thematik Diesel-Pkw. Für die Antragskommission möge sich Herr Schnieder bereithalten.

**Dr. Helmut Georg Müller:** Vielen Dank. – Alle, die heute mit einem Diesel-Auto hier sind, bitte ich, zügig nach Hause zu fahren; denn morgen entscheidet das Bundesverwaltungsgericht, und wenn das Bundesverwaltungsgericht Fahrverbote für möglich hält, sind die Kommunen in der Not, Fahrverbote erlassen zu müssen, weil ihre Luftreinhaltungspläne sonst nicht genehmigt werden.

Meine Bitte ist – das entspricht der Intention unseres Kreisverbandes –, der Empfehlung der Antragskommission noch einen ersten Satz hinzuzufügen, nämlich den, dass der Bundesparteitag die Bundesregierung bittet, entsprechende Gespräche aufzunehmen und dann den Text der Antragskommission zu übernehmen. – Vielen Dank.

**Dr. Bernd Althusmann,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Müller. – Zum Initiativantrag zu Wort gemeldet hat sich Herr Uwe Pakendorf aus Nordrhein-Westfalen.

**Uwe Pakendorf:** Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir haben diesen Antrag als Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis deswegen eingebracht, weil es aus unserer Sicht elementar wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen in Bezug auf die Dieselpolitik haben können. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass die Automobilhersteller hier aus der Haftung entlassen werden – daher unsere klare Formulierung.

Wir sind zufrieden mit dem, was im Koalitionsvertrag steht; das steht außer Zweifel. Wir sind zufrieden mit dem, was hier angestoßen wird. Es muss nur schnell gehen, und die technischen Lösungen müssen kommen. Es muss aber vor allem eines gelten: Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen Vertrauen haben in die Entscheidungen, die wir treffen. Wir als Volkspartei CDU sollten den Menschen im Land und den Steuerzahlern ein klares Signal geben, dass wir die Automobilindustrie an dieser Stelle nicht aus der Haftung entlassen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann,** Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission erteile ich jetzt Herrn Schnieder das Wort. Bitte sehr.

**Patrick Schnieder,** Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Das Anliegen, das hier geschildert wird, ist vollkommen berechtigt und auch nachvollziehbar. Es ist getäuscht worden. Es ist Vertrauen verloren gegangen. Das darf in der Tat nicht zulasten der Eigentümer, nicht zulasten der Verbraucher, übrigens auch nicht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder der Kommunen gehen.

So nachvollziehbar dieses Anliegen ist, so klar muss man auch sagen: Es sind noch nicht alle Fragen geklärt.

Was geht technisch? Was kostet eine solche Lösung? Welche Auswirkungen hat das in rechtlicher Hinsicht in Bezug auf Gewährleistung und Zulassung? Deshalb haben wir ja die Formulie-

rung gewählt, die wir auch im Koalitionsvertrag mit einer kleinen Änderung so vereinbart haben. Wir haben in den Verhandlungen über dieses Thema gerungen und uns gefragt: Was ist machbar, und was kann man darstellen? Insofern bin ich dem ersten Redner dankbar, dass er die Empfehlung der Antragskommission akzeptiert und das unterstützt, was vorgeschlagen worden ist, nämlich dass die Bundesregierung aufgefordert wird, diese Gespräche zu führen. Das ist, denke ich, unproblematisch. Das ist eigentlich schon enthalten in dem Prozess, den wir hier begonnen haben. Deshalb glaube ich, dass man das ausdrücklich und gerne dazuschreiben kann. Ich werbe für diese Formulierung, weil sie nicht ausschließt, was hier beantragt worden ist. Bewertet wird das erst, wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen. Deshalb werbe ich nochmals dafür, dass wir den Antrag in der Fassung der Antragskommission mit der Ergänzung des ersten Redners, also die Bundesregierung dazu aufzufordern, annehmen.

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt, bei beiden Anträgen – C13 und C14 – noch einen Satz vorzuschalten – dieser lautet: „Die CDU Deutschlands bittet die Bundesregierung, Gespräche mit folgenden Zielen aufzunehmen“ – und dann so, wie auf Seite 6 bei den Sachanträgen in der rechten Spalte beschrieben, fortzufahren. Das ist das Votum der Antragskommission. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Wenige Enthaltungen? – Keine.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit haben wir die Beratungen der Anträge abgeschlossen. Herzlichen Dank für die konzentrierte Mitarbeit!

(Vereinzelt Beifall)

Ich übergebe an Frau Grütters.

**Prof. Monika Grütters**, Tagungspräsidium: Liebe Frau Bundesvorsitzende, liebe Bundeskanzlerin Angela Merkel, ich bitte Sie im Namen des Parteitags um Ihr Schlusswort.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Ich glaube, wir hatten einen sehr intensiven Tag. Deshalb kann das Schlusswort knapp ausfallen. Ich freue mich über die große Zustimmung zum Koalitionsvertrag. Ich freue mich, dass wir eine Generalsekretärin haben, die ein super Ergebnis bekommen hat. Die Arbeit kann beginnen. Davon gibt es reichlich. Wir warten jetzt noch auf die Abstimmung der SPD-Mitglieder am nächsten Sonntag und auf das Ergebnis. Ich hoffe, dass es uns dann nach all dem, was wir heute diskutiert haben, auch gelingen wird, eine Regierung zu bilden. Dann fängt für uns als Partei und natürlich auch für eine neue Regierung die Arbeit an. Es muss jetzt langsam losgehen – in alle Richtungen.

Ich möchte Ihnen nur noch zurufen: Wir sehen uns wieder in Hamburg vom 6. bis 8. Dezember, diskutieren dann über die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert, wählen eine neue Führungsmannschaft; denn es gibt wieder Wahlen und Neuwahlen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, bis dahin alles Gute! Herzliche Grüße an alle Kreisverbände, Ortsverbände, an alle Mitglieder! Nach schwieriger Zeit haben wir heute, glaube ich, einen guten Tag hingelegt. Alles Gute und tschüss!

(Beifall – Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

**Prof. Monika Grütters**, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluss: 16,35 Uhr)

**ANHANG**  
**Beschlussprotokoll**  
**des 30. Parteitags der CDU Deutschlands**  
**am 26. Februar 2018 in Berlin**

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Vorlage des Rechenschaftsberichts 2015 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
5. Bestätigung der Antragskommission
6. Wahl der Mandatsprüfungskommission
7. Wahl der Stimmzählkommission
8. Grußworte
9. Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Einführung in den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD
10. Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden und Aussprache zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission
12. Beschlussfassung über den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD
13. Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
14. Anträge
- 14 a) Antrag des Bundesvorstandes „Unser Auftrag: Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert erneuern, stärken und zukunftsfest gestalten“
- 14 b) Sonstige Anträge  
Beratung und Beschlussfassung
15. Schlusswort



**Zu TOP 1: Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

**Zu TOP 2:** Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 30. Parteitags der CDU Deutschlands am 26. Februar 2018 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

<b>Tagungspräsidentin:</b>	Prof. Monika Grütters MdB
<b>Beisitzer:</b>	Dr. Bernd Althusmann MdL Ministerpräsident Daniel Günther MdL Ministerpräsident Michael Kretschmer Ministerpräsident Armin Laschet MdL

**Zu TOP 3:** Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

**Zu TOP 4:** Der 30. Parteitag der CDU Deutschlands nahm gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz den **Rechenschaftsbericht 2015** zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 5:** Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 30. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

<b>Vorsitzender:</b>	Peter Altmaier MdB
<b>Stellvertretender Vorsitzender:</b>	Dr. Klaus Schüler
<b>Weitere Mitglieder:</b>	
Baden-Württemberg	Dr. Stephan Harbarth MdB Andreas Jung MdB Ronja Kemmer MdB
Berlin	Stefan Evers MdB
Brandenburg	Steeven Bretz MdL

Bremen	Elisabeth Motschmann MdB
Hamburg	Dr. Roland Heintze
Hessen	Peter Beuth MdL Dr. Michael Meister MdB
Mecklenburg-Vorpommern	Vincent Kokert MdL
Braunschweig	Carsten Müller MdB
Hannover	Michael Grosse-Brömer MdB
Oldenburg	Stephan Albani MdB
Nordrhein-Westfalen	Dr. Ralf Brauksiepe MdB Christina Schulze Föcking MdL Jens Spahn MdB Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB
Rheinland-Pfalz	Mechthild Heil MdB Patrick Schnieder MdB
Saar	Nadine Schön MdB
Sachsen	Marco Wanderwitz MdB
Sachsen-Anhalt	Heike Brehmer MdB
Schleswig-Holstein	Dr. Johann David Wadephul MdB
Thüringen	Raymond Walk MdL
JU	Marcel Grathwohl
FU	Annette Widmann-Mauz MdB
CDA	Dr. Christian Bäumler
KPV	Christian Haase MdB
MIT	Marco Reuter
OMV	Klaus Schuck
SU	Leonhard Kuckart
EAK	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat	Dr. Rainer Gerding

RCDS	Henrik Wärner
BACDJ	Prof. Dr. Günter Krings MdB
EVP	Daniel Caspary MdEP

**Zu TOP 6:** Die vom Bundesvorstand für den 30. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

<b>Vorsitzender:</b>	Ulf Leisner Stellvertretender Bundesgeschäftsführer, Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik der CDU-Bundesgeschäftsstelle
<b>Weitere Mitglieder:</b>	Klaus-Dieter Götz Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern  Helmut Hehn Stellv. Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Hessen  Dirk Reitze Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Berlin

**Zu TOP 7:** Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

<b>Vorsitzender:</b>	Wolfgang Blum CDU-Bundesgeschäftsstelle
<b>Stellv. Vorsitzende:</b>	Ute Elias CDU-Bundesgeschäftsstelle
<b>Weitere Mitglieder:</b>	Arnst Martin KV Warendorf-Beckum
	Bauder Yvonne KV Esslingen
	Blume Gerhard KV Landkreis Leipzig
	Brill Hubert KV Olpe
	Ehrle Manfred BV Württemberg-Hohenzollern

Gauger	Reiner	BV Nordwürttemberg
Göttlicher	Heike	KV Ludwigsburg
Heißler	Nicole	KV Karlsruhe-Land
Hess	Philipp	KV Main-Tauber
Holsträter	Christoph	KV Bottrop
Höring	Lennart	KV Rhein-Erft
Joepen	Brigitte	KV Euskirchen
Kleinheyer	Robert	KV Rhein-Kreis Neuss
Lüttgens	Hanswalther	KV Paderborn
Maerker	Manuel	KV Ortenau
Marquard	Franziska	BV Nordostniedersachsen
Masseling	Stephan	KV Bonn
Matyja	Magdalena	KV Hannover-Stadt
Mehlkopf-Cao	Thomas	KV Mülheim an der Ruhr
Nies	Friedrich	KV Hochsauerland
Orthey	Harald	KV Westerwald
Ramakers	Bernd	KV Düren-Jülich
Samson	Ludger	KV Recklinghausen
Scherler	Thomas	KV Märkisch Oderland
Seidel	Stephan	KV Viersen
Siemers	Svenja	KV Baden-Baden
Solberg	Mechthild	LV Nordrhein-Westfalen
Solberg	Norbert	KV Essen
Stöter	Michael	KV Frankfurt/Main
Tietz	Iris	KV Oberberg
Zippelius	Nicolas	KV Karlsruhe-Stadt

**Zu TOP 8: Grußwort**

der Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Berlin, Prof. Monika Grütters MdB.

**Zu TOP 9/**

**TOP 10:** Der 30. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, und die Einführung in den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 11:** Die **Mandatsprüfungskommission** des 30. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 30. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 14:00 Uhr 975 Delegierte anwesend.

Der 30. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner    gez. Klaus-Dieter Götz    gez. Helmut Hehn    gez. Dirk Reitze“  
– Vorsitzender –

**Zu TOP 12:** Der 30. Parteitag der CDU Deutschlands stimmte nach **Aussprache** dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei 27 Gegenstimmen zu.

**Zu TOP 13: Wahl des Generalsekretärs**

Es wurde gewählt:

Annegret Kramp-Karrenbauer

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	797
Ungültig:	1
Enthaltungen:	2
Gültige Stimmen:	794
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	398
Ja:	785
Nein:	9

#### Zu TOP 14:

**14 a):** Der 30. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Unser Auftrag: Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert erneuern, stärken und zukunftsfest gestalten**“ in offener Abstimmung folgenden Beschluss:

A 1 Annahme i.d.F. der Antragskommission

(Der Wortlaut des Antrags A 1 ist in der Broschüre „Empfehlung der Antragskommission“ abgedruckt.)

**14 b)** Der 30. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung über **die sonstigen Anträge** folgende Beschlüsse:

C 1	Annahme
C 2	Annahme i.d.F. des Antrags des Bundesvorstands
C 3	Annahme i.d.F. des Antrags des Bundesvorstands
C 4	Annahme i.d.F. des Antrags des Bundesvorstands
C 5	Annahme i.d.F. des Antrags des Bundesvorstands
C 6	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 7	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 9	Annahme i.d.F. der Antragskommission

C	10	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	12	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	16	Überweisung an den Bundesvorstand

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 16 ist in der Broschüre „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

**Zu TOP 15: Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands,  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

**REDNERVERZEICHNIS**


	Seite
Abler, Eugen	36 ff.
Althusmann, Bernd	97 ff.
Altmann-Rommel, Susanne	72 f.
Bahlsen, Werner	48 f.
Bäumler, Christian	49 f.
Bickel, Cedric	83 f.
Bouffier, Volker	40 ff.
Brenning, Ernst	77 f.
Brickwedde, Fritz	65 f.
de Maizière, Thomas	86 f.
Gröhe, Hermann	44 ff.
Grütters, Monika	10 ff., 100 f.
Günther, Daniel	90, 96 f.
Haase, Christian	31 ff.
Hans, Tobias	35 f.
Harbarth, Stephan	69 f.
Irmer, Hans-Jürgen	84 f.
Kauder, Volker	67 ff.
Klöckner, Julia	73 f.
Kramp-Karrenbauer, Annegret	90 ff.
Kretschmer, Michael	12
Krull, Tobias	75 f.
Kunert, Notburga	46 f.
Lämmel, Andreas	64 f.



Laschet, Armin	31, 33, 35 f., 39 f., 44, 46 ff., 53, 55 ff., 59 ff., 69 ff., 82 ff., 87, 89 f.
Laumann, Karl-Josef	56 f.
Linnemann, Carsten	57 ff.
Merkel, Angela	5 ff., 15 ff., 90, 100 f.
Müller, Helmut Georg	99
Nowak, Dirk	74 f.
Oesterhelweg, Frank	59 f.
Otte, Henning	98
Pakendorf, Uwe	99
Pantel, Sylvia	67
Reichel, Markus	62 f.
Reinhart, Wolfgang	63 f.
Reitze, Dirk	89
Röttgen, Norbert	55 f.
Schnieder, Patrick	99 f.
Schütte, Albrecht	76 f.
Seibeld, Cornelia	78 f.
Spahn, Jens	80 ff.
Strizl, Thomas	70 f.
Thelen, Hedi	71 f.
von Boetticher Christian	60 ff.
von Breitenbuch, Georg-Ludwig	82 f.
Wagner, Christean	53 ff.
Weickert, Michael	47 f.
Wetterich, Susanne	39 f.
Woltmann, Barbara	50 ff.

Wadepful, Johann	88 f.
Willsch, Klaus-Peter	79 f.
Ziemiak, Paul	33 ff.





**Herausgeber:**

CDU-Bundesgeschäftsstelle · Kampagne und Marketing · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin  
Telefon 030 220700 · Telefax 030 22070111 · [www.cdu.de/kontakt](http://www.cdu.de/kontakt)